



Auswärtiges Amt

13. Forum Globale Fragen



**Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt –
Globalisierung, Urbanisierung und internationale Politik**

Berlin, 6. - 7. April 2006

In Zusammenarbeit mit



13. Forum Globale Fragen

**Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt –
Globalisierung, Urbanisierung und internationale Politik**

**Berlin, 6. - 7. April 2006
Auswärtiges Amt**

Herausgeber: Auswärtiges Amt,
Arbeitsstab Globale Fragen
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 030 – 5000 1923
gf09-s@auswaertiges-amt.de
www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/foren

Photos: Jürgen Gebhardt, Berlin

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Redaktion: Hermann Nicolai und Ulrike Ungewiß, Arbeitsstab Globale Fragen

Die Diskussionsbeiträge wurden weitgehend in ihrer ursprünglichen Form abgedruckt. Als Mitschnitte freier Rede wurden sie den Panelteilnehmern vor Veröffentlichung nicht zur redaktionellen Durchsicht überlassen. Etwaige Fehler bei der Wiedergabe liegen allein in der Verantwortung der Redaktion.

Der Arbeitsstab Globale Fragen im Auswärtigen Amt dankt Frau Carolin Fischer und Frau Julia Wilink für ihre Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des 13. Forum Globale Fragen.

Die Veranstalter danken der Stadt Berlin für die Einladung zum Abendempfang



Eröffnungsansprache: Staatsminister **Gernot Erler**, Auswärtiges Amt..... 5

Impulsreferat: **Prof. Klaus Töpfer**, ehemaliger Exekutivdirektor..... 9
 United Nations Environment Program

Panel 1: Urbanisierung und Megastädte: Symptom globaler Ungleichgewichte oder unerkannte Chance auf Entwicklung? 13

Dr. Frannie Léautier, Vizepräsidentin Weltbank Institut
Prof. Peter Herrle, TU-Berlin
Sheela Patel, Präsidentin Society for the Promotion of Area Resource Centres, Bombay
Prof. Klaus Töpfer, ehemaliger Exekutivdirektor United Nations Environment Program

Moderation: **Bernd Hoffmann**, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Diskussion.....23

Panel 2: Vernetzung und Städteallianzen – die neue internationale Rolle der Kommunen..... 32

Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der UN-Stadt Bonn und geschäftsführende Präsidentin des Council of European Municipalities and Regions
Father Smangaliso Mkhathswa, ehemaliger Bürgermeister von Pretoria und Mitglied des Präsidiums von UCLG United Cities and Local Governments
Elisabeth Gateau, Generalsekretärin UCLG
Dr. Georg Witschel, ehem. Leiter der Tsunami-Partnerschaftsinitiative, Auswärtiges Amt

Moderation: **Dr. Stephan Articus**, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Deutscher Städtetag

Diskussion.....44

Panel 3: Nachhaltige Entwicklung in Megastädten und Ballungszentren: Strategien und Akteure.....52

Arkebe Oqubay, Bürgermeister von Addis Abeba und Staatsminister für öffentliche Arbeiten und Stadtentwicklung, Äthiopien
Somsook Boonyabancha, Präsidentin Community Development Organisations Institute, Bangkok
Cornelia Richter, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
Georg Meerpohl, Misereor
Dr. Günter Dill, Konrad Adenauer Stiftung

Moderation: Dr. Manfred Konukiewitz, Bundesministerium für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Diskussion.....68

Panel 4: Wissenschaftsobjekt Megastadt: Der Beitrag der deutschen71
Forschungsinitiativen zu Verständnis und nachhaltiger Entwicklung
von Megastädten

Prof. Bernd Hansjürgens, Sprecher der Forschungsinitiative Megastädte der
Helmholtz-Gemeinschaft

Prof. Frauke Kraas, Sprecherin der Forschungsinitiative Megastädte der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

Prof. Eckart Ehlers, Hauptgutachter des Förderschwerpunkts Megastädte des
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Prof. Udo Ernst Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin

Moderation: Christian Much, Auswärtiges Amt

Diskussion.....81

Panelistinnen und Panelisten.....86

Teilnehmerinnen und Teilnehmer.....90

Das "Forum Globale Fragen".....97

Eröffnung durch Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Exzellenzen, Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Forum Globale Fragen im Auswärtigen Amt. Mein besonderes Willkommen gilt unseren Podiumsgästen und Panelisten, die sich die Zeit genommen haben, heute und morgen mit uns über Globalisierung, Urbanisierung und internationale Politik zu diskutieren. Ich freue mich, dass wir so hervorragende Persönlichkeiten gewinnen konnten und bin dankbar, dass einige von ihnen eine Anreise von weither auf sich genommen haben.

Mit dem seit Gründung im Jahr 1999 nunmehr 13. Forum setzen wir eine stattliche Reihe aktueller Veranstaltungen fort, die sich mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und mit Fragen, die unseren Erdball als Ganzes betreffen, auseinandersetzen. Für das Auswärtige Amt ist es der Versuch, gemeinsam mit anderen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nach Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu suchen. Denn längst sind die Zeiten vorbei, in denen Regierungen sich zutrauten, diese Antworten allein zu finden und umzusetzen. Komplexität und Ausmaß der globalen Herausforderungen mag in den vergangenen Dekaden exponentiell gewachsen sein. Aber auch unsere Möglichkeiten, darauf zu reagieren, haben sich dank neuer Partnerschaften zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren vervielfacht.

Nachdem sich frühere Forumsveranstaltungen bereits Teilaspekten der Urbanisierung gewidmet haben - ein Beitrag zum Thema Sicherheit und Urbanisierung beim 10. Forum und ein Panel Urbanisierung und Migration beim 12. Forum - wollen wir dem Thema diesmal eine ganze Veranstaltung widmen. Dies ist auch ein Beitrag zu den Zielen des dritten *World Urban Forum*, das das Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen, UN-Habitat, im Juni in Vancouver ausrichten wird. Ich freue mich, dass ein so beachtlicher Teil der deutschen Fachöffentlichkeit unserer Einladung gefolgt ist.

Es ist kaum zu übersehen, dass wir am Beginn eines urbanen Jahrhunderts stehen. Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat es gar das „Jahrtausend der Städte“ genannt. In der Tat, noch in dieser Dekade überschreitet die weltweite Urbanisierung den Scheitelpunkt oder hat ihn schon überschritten. Mehr als die Hälfte der Menschen werden dann in Städten und urbanen Agglomerationen leben. Und der Trend zur Verstädterung hält an. Schätzungen zufolge wachsen die Städte weltweit jede Woche um mehr als eine Million Menschen. 2030 wird es weltweit 2 Milliarden Stadtbewohner mehr geben, über 90 % davon in Entwicklungsländern. Das Bevölkerungswachstum der Zukunft findet in den Städten statt, nicht auf dem Land.

Immer mehr Städte erreichen dabei die Größenordnung einer Megastadt mit ihren ganz besonderen Problemen. Dabei kommt es weniger auf die magische Zahl von 10 Millionen Einwohnern an, sondern auf die Ballung sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und politischer Probleme in Städten dieses Ausmaßes. Von heute gut 20 Megastädten wird ihre Zahl bis 2015 auf über 40 anwachsen, drei Viertel davon in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Während sich das Bevölkerungswachstum in den alten Zentren des industrialisierten Nordens verlangsamt, wachsen die neuen Metropolen des Südens mit atemberaubender Geschwindigkeit. Benötigte London noch 130 Jahre um von einer auf acht Millionen

Einwohner zu wachsen, so haben Städte wie Shanghai oder Sao Paolo nicht einmal 30 Jahre für diesen Sprung gebraucht. Die heute in den Entwicklungsländern heranwachsenden Megastädte übertreffen diese Geschwindigkeit abermals erheblich.

Die Herausforderungen denen sich Stadtverwaltungen, nationale Regierungen und die Staatengemeinschaft gegenüber sehen, sind beträchtlich. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Ein Drittel aller Stadtbewohner, mehr als 900 Millionen Menschen, leben heute in Armut, in Elendsvierteln ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, ohne Abwasser und Abfallentsorgung. Armut wird zunehmend städtisch.
- Überforderte Kommunalpolitiker und Stadtverwaltungen ohne ausreichende Mittel und Kompetenzen sind in den Metropolen der Entwicklungsländer nicht länger in der Lage, lebenswichtige Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Beispiele sind die Wasser- und Gesundheitsversorgung oder der Bildungssektor.
- Im schlimmsten Fall gehen Regier- und Steuerbarkeit einer Stadt oder von Teilen von ihr verloren. Staatliche Institutionen können den Menschen nicht mehr Recht und Gesetz garantieren. Rechtsfreie Räume, das wissen wir nur zu gut, sind immer auch eine Gefahr für die internationale Sicherheit.
- Der enorme Ressourcenverbrauch und Abfall- und Schadstoffausstoß von Städten machen diese zu Umweltfaktoren erster Ordnung mit Auswirkungen weit über ihre geographische Ausdehnung hinaus.
- Gerade die Megastädte in den Entwicklungsländern sind für ihre Bewohner in vielerlei Hinsicht zu Risikolebensräumen geworden. Man stelle sich ein größeres Erdbeben vor in einer der dichtbesiedelten Megastädte, ohne wirksame Bauregulierung und Gebäudekontrolle.
- Schließlich ist auch die zentrale Rolle, die einige Global Cities als Knotenpunkte der Weltwirtschaft spielen, ein Risiko für das weltweite Wirtschaftsgeschehen. Störungen dieser Global Cities bedeuten auch Störungen der Weltwirtschaft.

Schon diese Beispiele zeigen, dass der weltweite Prozess der Urbanisierung und das Schicksal der Städte und ihrer Menschen keine Angelegenheit allein der kommunalen Politik ist. Selbst nationale Antworten würden der Komplexität der Urbanisierung nicht gerecht. Auch die internationale Politik ist hier gefordert.

Für unsere Haltung zur weltweiten Urbanisierung scheint mir zu gelten, was auch für die Globalisierung gilt: Sie geschieht, ob wir sie wollen oder nicht. Sie birgt Chancen wie Risiken. Aufgabe der Politik ist es, sie so zu gestalten, dass wir die Chancen zum Wohl der Menschen nutzen und die Risiken begrenzen. Dabei halte ich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Globalisierung und Urbanisierung für zentral. Haben z.B. die internationalen Austauschbeziehungen, die grenzüberschreitende Mobilität von Kapital und Arbeitskräften Auswirkungen auf die Urbanisierung? Können wir Urbanisierung überhaupt vernünftig gestalten ohne die Globalisierung zu gestalten? Das Forum wird diesen Fragen nachgehen müssen.

Umgekehrt werden aber auch die Städte immer stärker zu Agenten der Globalisierung. Der Wettkampf um die besten Standorte in der globalen Wirtschaft spielt sich zunehmend zwischen Städten ab und immer weniger zwischen Nationen. Der internationale Investor stellt die Frage nach attraktiven Rahmenbedingungen und guter Regierungsführung dann mehr noch in Bezug auf die Stadt als auf das Land.

Ich finde es ein ermutigendes Zeichen, dass Städte und Kommunen aus allen Teilen der Welt immer häufiger und selbstbewusster als internationale Akteure auftreten. In neuen, weltumspannenden Allianzen und Netzwerken wie *Metropolis*, *United Cities and Local Governments*, *Cities Alliance* oder *Global Cities* organisieren sie den Transfer von Wissen und betreiben Lobbyarbeit für ihre Anliegen. Dies wurde zuletzt wieder deutlich durch die Teilnahme auch von Städte-Vertretern an der dritten Early Warning Conference vergangene Woche in Bonn und an der massiven Präsenz von Bürgermeistern am vierten Weltwasserforum, Mitte März in Mexiko-Stadt.

Zwischen den Städten aber auch mit den Akteuren der multi- und bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind hoch-effektive neue Partnerschaften entstanden. Weltbank und UN-Habitat haben dabei eine Vorreiterrolle gespielt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat dieses Potenzial ebenfalls seit langem erkannt und fördert solche Partnerschaften nach Kräften. Die klassischen Akteure der internationalen Beziehungen dagegen haben hier noch Nachholbedarf. Auch deshalb haben wir diese Veranstaltung der Urbanisierung und den Städten gewidmet.

Meine Damen und Herren,

ob wir die Millenniumsentwicklungsziele erreichen werden, wird sich vor allem in den Städten der Entwicklungsländer entscheiden. Deshalb wird Entwicklungspolitik auch Stadtpolitik. Das gilt für die innerstaatlichen Anstrengungen wie für die Entwicklungszusammenarbeit.

Die deutschen Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit haben sich die Planung städtischer Entwicklung, Sanierung informeller Siedlungen, städtische Infrastruktur und Umweltmanagement und die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung frühzeitig zur Aufgabe gemacht. Aufgrund eigener Erfahrung ist Deutschland bei einigen der drängendsten Probleme der Stadtentwicklung gut gerüstet, den Kommunen der Entwicklungsländern Rat anzubieten. Ich nenne hier Abfallbeseitigung und Recycling, die Nutzung erneuerbarer Energien und vor allem die kommunale Selbstverwaltung.

Der entscheidende Beitrag aber zu einer menschengerechten Entwicklung der rasant wachsenden Städte kommt meiner Meinung nach nicht von außen, sondern von den Stadtbewohnern selbst. Das Problem ist möglicherweise weniger das überbordende Wachstum der Städte, sondern der Mangel an Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen, die ihre Lebensumstände betreffen.

Erlauben Sie mir einen abschließenden Hinweis: Es ist erstaunlich, von Wissenschaftlern wie von Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit zu hören, wie wenig genau wir bisher die komplexen Prozesse, die in den Megastädten ablaufen, verstehen. Ich finde es daher sehr zu begrüßen, dass sich die deutsche Wissenschaft in drei großen Forschungsinitiativen der Frage nach nachhaltiger Entwicklung der Megastädte angenommen hat, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft und das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit einem Förderschwerpunkt. Ich

freue mich besonders, dass alle drei Forschungsinitiativen an dieser Dialogveranstaltung mitwirken.

Besonderer Dank gilt den Kooperationspartnern unserer Veranstaltung, dem Deutschen Städtetag, der TU Berlin mit ihrer Habitat Unit und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die uns engagiert, kompetent und jederzeit ansprechbar bei der Planung und Vorbereitung beraten haben. Gastgeber des Empfangs im Roten Rathaus heute Abend wird die Stadt Berlin sein. Auch dafür herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren,

wenn die Staatengemeinschaft immer besser versteht, dass Stadtfragen nicht nur technische Probleme darstellen, sondern Fragen von großer entwicklungspolitischer und internationaler Bedeutung sind, dann liegt das auch an der engagierten und hartnäckigen Arbeit des Siedlungsprogramms der Vereinten Nationen, UN-Habitat. Ich freue mich, dass Prof. Klaus Töpfer sich bereit erklärt hat, heute für die Exekutivdirektorin von UN-Habitat, Frau Dr. Tibaijuka, einzuspringen. Frau Tibaijuka musste ihre Teilnahme aus zwingenden Gründen leider kurzfristig absagen. Ihnen allen ist bekannt dass Prof. Töpfer bis vor wenigen Tagen das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP geleitet und zu einer weltweit hoch geachteten Einrichtung aufgebaut hat. Weniger bekannt ist Ihnen vielleicht, dass er von 1998 bis 2000 auch UN-Habitat kommissarisch geleitet hat und mit dessen Arbeit bestens vertraut ist. Bevor ich Ihnen, Herr Prof. Töpfer, nun das Mikrofon überlasse, erlauben Sie mir, dass ich Ihnen schon einmal von dieser Stelle den herzlichen Dank der Bundesregierung für die in den vergangenen acht Jahren in Nairobi geleistete, hervorragende Arbeit ausspreche. Herr Prof. Töpfer Sie haben das Wort.

Impulsreferat von Prof. Klaus Töpfer, vormals Exekutivdirektor United Nations Environment Program

Thank you very much Minister Erler, Excellencies, ladies and gentlemen, friends and colleagues. When in my days as German minister for housing and city planning I was responsible for the transfer of the government and parliament from Bonn to Berlin, one of the main challenges was to think how we wanted to develop the city of Berlin, a city that had been divided for a long time, reflecting the different ideas of a city in two different cultures, ideologies and societies. Until today it is fascinating to observe in Berlin the different concepts of a city. Unlike cities in democratic countries, a city in a communist or socialist system in its structure, buildings and the role of public space reflects a totally different idea of society. In Berlin, these differences met head on. That was a challenge. It was a challenge to deal with many buildings and places heavily burdened by the Nazi ideology. Moreover, it was quite a challenge to discuss whether it was better to get rid of those buildings entirely or to renovate them and give them a new function. Luckily, we decided for the latter.

This epitomizes the idea of a city. The very moment when a city loses its past, it will not have the integrity and the integration capacity for people to live there. Today you can go through the city and see traces of all the different eras and see that this city had to shoulder both the good and the bad chapters of German history. Turning to this building here, the then foreign minister was absolutely convinced it would be disastrous to set up the Foreign Office in these premises of the former *Reichsbank*. Back then, it was seen as contaminated by history. I was convinced, however, that there can be no better proof that you can handle your past than by using this building in the future. Today it is very clear that cities are in the centre of development. Once the Canadian thinker Marshall McLuhan observed that we are transforming into a global village. To my mind we are now transforming into a global city. Indeed, the first part of this title is clear. I don't want to repeat the figures the Minister has mentioned. I can only underline that they are more or less correct.

The trend is absolutely clear. We are moving towards an urban century and I believe that we also have to underline that without any doubt cities and the urbanization process are at the moment part of the problem of sustainable development. They are part of the problem with respect to all three pillars of sustainable development. On the social side we know that the integration capacities of many cities are not strong enough. This can also be seen in this city Berlin. The question is how to deal with the diversity of citizens coming from all parts of the world. One of the main topics in Germany right now is how to integrate children in a school where 70 or 80% of pupils are from other cultures. Can the city integrate them? Can the city fulfill the social function which we once found in the medieval saying that "going to a city makes you free" – "Stadtluft macht frei".

Oder ist die Stadt in der Zwischenzeit dazu nicht mehr in der Lage? Sie können, glaube ich, die klare Abhängigkeit formulieren: Wo die Stadt ihre integrativen Funktionen nicht erfüllt, werden Slums entstehen. Und deswegen sind Slums nicht spezifisch für Entwicklungsländer. Wir werden mehr und mehr Slums auch und gerade in entwickelten Ländern sehen, weil Städte ihre Funktionen verlieren. Ich sage das deswegen so bewusst, weil ich die Sorge habe, dass man den Auftrag der Millenniums Entwicklungsziele, die Zahl der Slum-Bewohner um hundert Millionen Slum Bewohner zu verringern, als lediglich eine architektonische Herausforderung für ein Quartier sieht. Ich glaube, auf diese Weise werden wir die Slum-Probleme nicht lösen. Wir können sie nur lösen, wenn wir die Städte in ihrer Funktion stärken.

Natürlich, wo Funktionen verloren gehen, treten andere negative Erscheinungen zutage. Ich habe jetzt über acht Jahre lang recht viel meiner Zeit in Nairobi in Kenia gelebt mit vielen sozialen und Sicherheitsproblemen. Diese sind ohne Zweifel mit der Frage der Armut ganz unmittelbar verbunden. Eindeutig ist auch, dass wir diese Sicherheitsprobleme nicht bewältigen können, indem wir mehr Polizei einsetzen, sondern dass wir uns fragen müssen, wie wir Quartiere und Städte lebensfähiger und zukunftsfähiger machen können. Sie sehen das wiederum nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in entwickelten Ländern. Wer einmal durch diese seelenlosen Architekturen der Vorstädte von Paris gegangen ist, weiß, dass diese Strukturen die Funktion einer Stadt nicht erfüllen und Gewalt hervorrufen. Gegenwärtig ist ein Grund für das drohende Nichterreichen der Millennium Development Goals, dass Städte nicht funktionsfähig sind.

Das gilt in der zweiten *Säule*, der Frage der Umwelt, ganz genauso. Wir wissen, dass die Städte in hohem Maße Teil der ökologischen Probleme sind. Sie exportieren ihre Probleme auch in ihr Umland. Deswegen können wir die Probleme der Stadt nicht in der Stadt allein, sondern nur im Zusammenspiel zwischen der Stadt und ihrem Umland lösen können. Es gibt so etwas wie eine parasitäre Entwicklung der Stadt auf Kosten des Umlands. Die Funktionen des Umlandes werden mehr oder weniger kostenlos genutzt, um Städte im Bereich von Wasser, Abfallentsorgung, Luftreinhaltung und vielem anderen mehr funktionsfähig zu halten. Man könnte das auch in anderen Bereichen zeigen.

Städte werden ihre Funktionen in der Zukunft nur wahrnehmen können werden, wenn es uns gelingt, eine Lösung für die Mobilität in Städten zu finden. Wie kommen wir zu anderen Mobilitätsformen, nicht als eine wie auch immer geartete ideologische Position gegen den gegenwärtigen Individualverkehr, sondern als Antwort auf die Begrenztheit der vorhandenen Ressourcen. Immer wieder erwähne ich die Zahlen: Gegenwärtig kommen weltweit auf 1 000 Einwohner etwa 120 PKWs. In Amerika sind es knapp 900 Autos pro 1 000 Einwohner. In Mitteleuropa haben wir etwa 800, in China gegenwärtig - man glaubt es nicht, wenn man in Peking ist - weniger als 50 Autos pro 1 000 Einwohner. Will man dort die Mobilität weiter entwickeln, muss man schon andere Formen der Mobilität finden. Und nebenbei, die chinesische Regierung sieht das ganz genauso. Deswegen sucht sie nach *changing consumption and production patterns*. Dies ist eben nicht nur eine umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung an die hoch entwickelten Länder, sondern, in deren Städten, gerade auch an die Entwicklungsländer.

Es ist richtig, dass Städte die Wachstumsmotoren von Regionen oder Ländern sind. Immer wieder ist darauf hinzuweisen, dass beispielsweise das Bruttosozialprodukt von Thailand zu über 50 % in Bangkok verdient wird. Das heißt, wenn Bangkok seine Funktionen als Stadt nicht erfüllen kann, wird Thailand in seiner wirtschaftlichen Entwicklung massiv gebremst. Und Thailand ist ja nicht ein besonders schwach wachsendes Land. Sie können denselben Zusammenhang etwa in Indonesien mit Jakarta beobachten. Sie können ihn in vielen Bereichen Afrikas sehen. Das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft, einer regionalen oder einer nationalen, hängt von der Qualität der Funktionsfähigkeit von Städten ab. Ökonomen beschreiben mit diesxer „*urbanization and localization of economies*“ die Vorzüge aus der Ballung.

Die Vorzüge der Ballung liegen auch darin, dass sie Identitäten vermitteln. Wenn ich im Ausland bin und jemanden treffe, der sagt mir, er sei aus Deutschland, und ich darauf frage: „Aus Deutschland sind Sie?“, dann sagt er sofort: „Ja, eigentlich bin ich aus Berlin.“ oder „Ich bin aus München.“ Das heißt, seine Identität verbindet er sehr stark mit einer

funktionsfähigen Stadt. Deswegen sind kulturelle Einrichtungen von zentraler Bedeutung für die Identifikation von Menschen mit ihrer Stadt. Dies betrifft alle Bereiche und Lebensräume; es betrifft Einrichtungen wie Fußballvereine oder Wissenschaftseinrichtungen. Es geht darum, in Städten Erkennbarkeiten zu schaffen und Urbanität zu ermöglichen, um wirtschaftliche Stabilität und Attraktivität zu erhalten.

Zusammengefasst: Die Millennium Development Goals werden gegenwärtig durch die Gefahr, dass die Städte ihre Funktionen nicht erfüllen können, erheblich belastet. Überall dort, wo wir funktionsfähige Städte haben, bestehen gute Perspektiven für die Verwirklichung der Millennium Development Goals und für Stabilität in der weiteren Entwicklung. Auch hier würde ich wiederum gern – wenn es die Zeit zuließe – den Bezug zur Entwicklung in Berlin herstellen, die das in ganz besonderer Weise verkörpert. Eine Stadt, die im Verständnis vieler noch immer eine getrennte Stadt geblieben ist, weil sie noch nicht eine ungeteilte Identifikation schaffen konnte. Dies ist etwas, das für meine Begriffe dringend geschaffen werden muss.

Seit langer Zeit gibt es auch in der Entwicklungszusammenarbeit die Frage, wo wir mit unseren Anstrengungen ansetzen müssen? Müssen wir im ländlichen Raum ansetzen, um dort Anreize zu schaffen, dass die Menschen nicht in die Städte abwandern? Müssen wir mit Entwicklungspolitik im ländlichen oder sollen wir im städtischen Raum beginnen? Ich glaube, dass wir die Probleme des ländlichen Raums von den Städten her lösen müssen. Funktionsunfähige Städte werden nicht in der Lage sein, den umgebenden ländlichen Raum zu stabilisieren. Und deswegen geht es auch um Fragen wie Stadtsysteme oder ob es so etwas gibt wie „Christallersche“ Schwerpunkte und Differenzierungen. Walter Christaller war ein deutscher Geograph um die vorige Jahrhundertwende, der mit Sechsecken zu zeigen versuchte, wie sich geografische Räume ergänzen. Bis heute hat sich einiges verändert. Wir sehen, dass Städte auf einmal funktionsdifferenziert werden und dennoch funktionsfähig bleiben. Dies ist außerordentlich hilfreich, weil wir Stabilitätspole urbaner Art im ländlichen Raum brauchen. Früher nannten wir dies Wachstumspole. Heute nennen wir sie lieber Stabilitätszentren.

Wie schwer man damit hereinfallen kann, habe ich persönlich erlebt. Ich war einmal, der GTZ sei gedankt, als junger Mensch Gutachter in Brasilien, ein integrierter Experte im dortigen Planungsministerium. Dort haben wir wunderbare Pläne gemacht, wie man durch mittlere Zentren außerhalb der großen Städte den weiteren Druck auf die Zentren abfangen könnte. Ich bin dann später als deutscher Bundesminister wieder nach Brasilia gekommen und musste mir ansehen, wie die Urbanisierung, die Konglomeratswelle von Rio, von Sao Paulo, von Curitiba in einem cancerogenen Prozess darüber hinweg gegangen ist, wo wir von Berlin aus glaubten, mittlere Zentren machen zu können.

Das bringt mich zurück zu meiner Meinung, dass wir die Probleme von der Stadt aus lösen müssen. Wir müssen dies tun, indem wir städtische Funktionen in den ländlichen Raum hinein bringen - in einer Abwandlung des eingangs zitierten bekannten deutschen Satzes: Wenn die städtischen Funktionen nicht zu den Menschen im ländlichen Raum kommen, kommen die Menschen im ländlichen Raum in die Städte. Sie werden diese urbanen Funktionen dort brauchen. Zu glauben, man könne mit nostalgischer Verklärung den ländlichen Raum retten, ist schlicht und einfach Ideologie und nicht realistisch.

Eine deutliche und sicherlich wichtige Endaussage möchte ich noch machen. Ich habe gesehen, dass wir an vielen Stellen eigentlich die Probleme in die Städte selbst hinein tragen, indem wir die Interdependenz ihrer drei Funktionen - sozial, ökologisch und

ökonomisch - ergänzt durch die kulturelle Dimension, nicht oder nicht hinreichend berücksichtigen. Wir sind zu sektoral ausgerichtet in unseren politischen Antworten. Und wenn sie sektoral ausgerichtet sind, werden sie das Problem eher verstärken, als dass sie es lösen. Sie können eben nicht nur sektoral ansetzen und sagen, wir machen jetzt eine große Verkehrsinvestition. Eine solche Entscheidung muss sich einbinden in die städtische Gesamtentwicklung.

Mein dringender Rat, auch an die Kollegen der Stadtplaner, der Architekten und Stadtmanager: Lassen Sie uns Abschied nehmen von der Stadt als einem Ganzen. Lassen Sie uns in der Zentralität die Dezentralisierung fördern. Das ist nicht die Nostalgie der kleinen Nachbarschaft, des Kiez in Berlin oder was auch immer, sondern es ist die entscheidende Notwendigkeit, dass wir große Stadtsysteme eigentlich nur in der Dezentralität der Stadtsysteme stabil weiter entwickeln können. Ich bin davon überzeugt, dass wir nicht den großen, breit angelegten Stadtentwicklungsmodellen zu folgen brauchen, sondern dass wir uns in der Stadt beschäftigen müssen mit Stadtquartieren, mit Teilbereichen der Stadt, so dass wir diesen wiederum ihre Identität in der Gesamtstadt geben können. Eine Stadt mit über 20 Millionen Einwohnern können Sie planerisch nur dezentral bewältigen. Und dann sollten wir an der einen oder anderen Stelle auch auf die heilsame Wirkung der Chaos-Theorie vertrauen. Ich sage das sehr bewusst. Zu glauben, dass man alle diese sozialen Systeme planerisch steuern könnte, wird sich als falsch erweisen. Wir müssen Freiräume geben, damit sich die sozialen Systeme entwickeln können. In diesem Sinn müssen wir breiter denken, besonders auch an die Menschen.

Für mich sind die Städte gegenwärtig viel zu sehr aus der männlichen Perspektive, zu maskulin entwickelt. Wir brauchen viel mehr aus der Perspektive von Frauen entwickelte Stadtstrukturen. Deswegen brauchen wir auch mehr Frauen in der Stadtplanung. Frauen leben und wohnen anders als Männer. Ein Stadtquartier, ein Wohnquartier von Frauen mitgeplant, ist ein anderes als ein von Männern geplantes. Wir brauchen mehr feminine Strukturen in der Stadt, in denen sich auch Kinder wieder finden können. Wir brauchen die Vermischung von Funktionen, damit wir nicht zu so etwas wie „arbeitslosen Stadtquartieren“ kommen, die zu bestimmten Zeiten des Tages arbeitslos sind. Wenn Sie durch die Bürostädte gehen, werden Sie sehen, dass sie arbeitslos sind, am Abend und in der Nacht. Sie werden sehen, dass dadurch Verkehr provoziert wird, den Sie durch eine stärkere Vermischung vermeiden könnten. Wir müssen uns fragen: Wie können wir es erreichen, dass die Städte auch in ihren Innenstädten wieder Funktionen haben? Denn dies ist für mich sehr klar geworden, um noch einmal auf Slums und Ghettos zurück zu kommen: Der Unterschied zwischen entwickelten Ländern und unterentwickelten Ländern ist sehr deutlich. Die Slums in den Entwicklungsländern sind vornehmlich am Rande der Stadt und die Slums in den hoch entwickelten Ländern sind vornehmlich im Zentrum der Stadt, weil dort die Funktionen verloren gehen, weil sie sich an den Rand bewegen.

Der Zusammenhang von Globalisierung und Urbanisierung und die Rolle von Städten in der internationalen Politik sind faszinierende Themen. Für Ihr 13. *Forum Globale Fragen* wünsche ich Ihnen erkenntnisreiche Gespräche und Diskussionen.

Panel 1: Urbanisierung und Megastädte: Symptom globaler Ungleichgewichte oder unerkannte Chance?

Moderation: Bernd Hoffmann, GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

Meine Damen und Herren, wie ein roter Faden werden sich meines Erachtens drei Fragen durch diese Veranstaltung ziehen: Die erste ist, wie ist es zu erklären, und gibt es überhaupt Parameter und Mechanismen, dass manche Städte offensichtlich unter sehr veränderten globalen Rahmenbedingungen wachsen, gedeihen, prosperieren und dies bei anderen nicht der Fall ist. Die zweite ist, welche konkreten und unmittelbaren Auswirkungen hat der Druck der Globalisierung auf die Lebensqualität, auf die Kultur, auf die soziale Struktur von Städten? Die dritte ist, wer sind in diesem Zusammenhang, wie bei allen Fragen der Globalisierung, die Gewinner, wer die Verlierer, und welche Verantwortlichkeiten bestehen in einer Gesellschaft auf welcher Ebene, lokal, national und international? Frau Dr. Léautier, in einer Ihrer Veröffentlichungen „Cities in a Globalizing World - Governance, Performance and Sustainability“ haben Sie diese Fragen in bemerkenswerter Weise aufgeworfen.

Dr. Frannie Léautier, Vizepräsidentin Weltbank Institut

Thank you very much Dr. Hoffmann. I come to this topic with most of my comments coming from very recent research we have published at the World Bank, in this new book that Dr. Hoffmann just mentioned. The book looked at the role of cities in a globalized world. The reason why we did the research is mainly because there is very little research on cities. The research that has been done is mostly sectoral as Prof. Töpfer mentioned, or it tends to look at issues within a regional economic context. There is very little detailed research on how cities actually function and what the impact of globalization has been on those cities. The other reason is that globalization was actually born in cities. The first act of globalization came from agglomerated societies that engaged in trade contacts and had diplomatic relations. They had cultural exchanges and so on. Therefore cities are the birth place of globalization. The third reason was that cities are also the birthplace of democracy. When people started to live together in large agglomerations, they needed to figure out how to live peacefully together. So when you look at the evolution of globalization, since democracy and globalization are born in cities, one has to look at how globalization and democracy actually interact and what the implications are. Are cities helped or hurt by globalization? Does governance play a role - positive or negative or none at all - and what are the interactive effects?

We focused on five themes and started off with city infrastructure, because infrastructure is the foundation on which cities can actually globalize. If you have a port and functioning facilities you can interact with other cities or countries. If you have a transport network or you are able to organize economic activity this gives you the basis by which you can globalize. That was the first thing we looked at. The second thing was that Africa as a region, as a continent has a very different pattern of urbanization and it has not benefited from urbanization the way other regions of the world have. This fact has challenged economists because most economies have seen urbanization as a contributor to economic growth. But in Africa we see a lot of urbanization. It is the fastest urbanizing continent in the world but with very little economic growth. The question is: What is the puzzle in the process of urbanization in Africa? The third thing we looked at, is the topic of governance. Is governance of the city important when you have a local city? Does it make a difference if a city is in the process of globalization? What kind of difference does it make? And

particularly looking at the cultural and political dynamics between the mayor of the city or the leader of the city, the citizens and the firms who are coming to invest in the process of globalization, how do they interact and what does it produce? The fourth theme included old questions of technology and scale that have been studied for many years. What are the new implications of technology, particularly with the information and communication technology revolution and new forms of technology? Does that change the way cities function? The fifth topic we looked at was the interplay between governance and globalization.

Let me start with the question of infrastructure. We found that it mattered very much whether services were local services, like water or garbage collection for instance, or not. If garbage is next to your building you care about it in a different way than if electricity is generated in a nearby town and you receive only the benefits of it. The interaction of these factors depends on whether you are looking at a local infrastructure service like water or garbage collection or whether you are looking at a network service as transport, railway networks and so on or whether it is global services like cell phones or the internet. What difference does this make in the way cities behave and the way decisions are made?

We found that there are actually three key things that have changed in the last 20 years. One of them is that with respect to global services the pressure for cities to perform goes down because consumers can exit. I come to Berlin with my mobile phone from Washington. It does not matter whether the telephone service in Berlin works. I have a mobile service, satellite communication and I am alright. I can exit the system. And that has a very different implication for instance than finding my way from the airport to this conference hall, because then I have to rely on the local transportation system. These pressures are changing the way in which mayors have had to respond and they are changing the dynamics of governance at the city level.

The second aspect which is different in that finding was the heightened attention to security and the impact of natural disasters. When you go to the United States after the Hurricane Katrina or when you look at Indonesia and the other Asian countries after the Tsunami or when you look at New York and London after the security crisis, people are looking at infrastructure in the cities and the services in a very different way. How do security services, police and transport services interact? Things that we really did not have to worry about before have become quite central. The question of how the city functions overall is becoming very important. What are the other broad findings from this work? We found that when you compare cities that are more globalized than others they produce much more, the city product is higher and they are better able to generate employment. Consequently, if globalization is handled well, it can be a great asset for cities.

There are, however, also a number of challenges. Let me start with Africa. The average mayor in an African city has 15 \$ per capita per year to spend on their citizens. Having only 15 \$ a year per person to build schools, to build roads, to provide health services and to provide police services, they are very very poor. Poverty is one of the reasons why African cities have not done as well as other cities. But we found other reasons as well, governance being one of them. When you compare for instance the average performance of cities in Botswana - which is known to be a much better governed country - to an average performance of a city in Nigeria, you will find a huge difference. The nature of local governance and the nature of national governance play a big role. And within that some cities are able to perform better. The city of Kigali when going from conflict to post conflict was immediately able to improve. We have here the mayor of Addis Abeba. This

city is another example where even with tension at the national level you are able to improve quality of services at the city level.

There are some changes that one can observe and in particular quality of governance makes the difference. In order to understand this better we started to think about the dynamics of decision-making, and to look at how a mayor is deciding within this context. So you place the mayor in a game between citizens, the firm and the mayor. The citizens can observe the quality of life, they can observe the quality of governance and they can make choices to either vote the mayor out or not, depending on what kind of political structure they are living in. How these dynamics play out with a company coming in to invest generates some very interesting results and here I would like to refer to two remarks by Prof. Töpfer and the Minister earlier on. The quality of voice and participation of citizens makes a huge difference on the impact that these dynamics generate. If you have globalization in the context of participation and inclusion of people's perspectives the outcome is positive. But if you do not have that you end up with very negative dynamics, with corruption creeping in with a whole series of inefficiencies. Therefore the role of voice and participation of citizens is absolutely critical.

As regards technology and scale, we had very interesting results. Technology is a promoter of good governance because people can complain easily. They do not have to go and demonstrate outside the mayor's office. They can pick up the phone, they can send an e-mail. They can look for information on the internet and so on. Cities which have those services were better performing than those that did not. However, technology also can be a damper to good governance because people can exit. If they can build their own well, if they can have their own generator, if they have their own cell phone citizens do not exert so much pressure for good performance. Consequently, dynamics also change as a result of this. We also found that capital cities tend to do very well in terms of providing local services, much better than non-capital cities. But port cities which are under pressure by globalization tend to do much better with respect to global services like cell phones and the internet.

What about governance? We got very interesting findings. We had three simple hypotheses: First, governance matters, whether you are in a local or global context. Second, globalization matters and third, governance and globalization interact. And if they interact they interact in a positive way. And for all types of services we found that regardless of whether you are in a local or global context, governance matters. However, governance matters more for local services if you are a local city. If you are not globalized and you are poorly governed, citizens will not have water, garbage collection and all of these things. However, if you are globalized the pressures of globalization push cities to perform better because they have competition with other cities. That seemed to be a very strong finding.

What does this mean for policies? It means that we need to build the skills of mayors. The average mayor now, whether in the developed or in a developing country has to be thinking about the role of his or her city not only for the local citizens but also in the context of globalization. Very few mayors have these types of skills. When investing into development the donor community thinks very sectorally, as Prof. Töpfer mentioned. This does not help cities to get the kind of support that they need. There is a necessity to shift in the way we approach investments at the city level. Moreover, we need new institutions. Here I will be very curious to hear what Sheila Patel will say because the kind of institutions you need which stitch together the interest of citizens, the interest of companies

and the interest of local governments are very critical. How do those institutions function across cities and across countries? With respect to Africa, it is very clear that decentralization is a very important factor. However this decentralisation must be more asymmetric as we found that if you give more autonomy to cities rather than regions those countries perform better. Therefore asymmetric autonomy for cities seems to be a very important factor. This is something to look at. But also very few African cities are playing a larger regional or global role. Coastal cities for instance - if they function more on a regional or global basis - could generate a lot of wealth for their national economies and for the continent as a whole.

As far as governance is concerned, we found three main results: One is that it is not only important that countries are well governed. It is important that cities are well governed because there is an added value for good governance at the local level. And voice and transparency are amongst the two most important issues of governance. Consequently, there is a need to support reformist mayors. This is particularly difficult for the World Bank because sometimes the mayor is in the opposition and if you are working with the central government it is very difficult to get agreement that the country will undertake liabilities for a city which is being managed by the opposition. Some of these political tensions need to be looked at.

Finally, the IT revolution has been very good for cities and cities can benefit from that to improve the quality of governance.

I am sorry, I am trying to summarize a whole book in a few minutes but I think there are other opportunities to interact and also to hear from the other panelists. Thank you for your time.

Bernd Hoffmann, Moderator

Thank you very much Mrs. Léautier, Sie haben eine ganze Reihe von Fragen angesprochen, die sicherlich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in hohem Maße beschäftigen werden. Dazu gehört die Herausforderung für die Wissenschaft, die Aussage *governance matters* und der regionale Fokus, der häufig aus dem Blickwinkel vieler, die sich mit diesem Thema befassen, nicht von besonderer Bedeutung erscheint. Und ich glaube, ein ganz wichtiges Thema, das sicherlich auch später bei Ihnen, Sheela, noch zum Ausdruck kommen wird, ist das Thema Partizipation und *voices and participation*. Ganz herzlichen Dank.

Herr Prof. Herrle, was hier vorher gesagt wurde, muss Ihnen ja in den Ohren geklungen haben. Ich fasse das zusammen in einer plakativen Formel, die von Ihnen stammt, nämlich: Entwicklungspolitik wird Stadtpolitik. Wir sind gespannt auf Ihre Darstellung.

Prof. Peter Herrle, Technische Universität Berlin

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die Möglichkeit, heute zu Ihnen zu sprechen. Es ist in der Tat so, dass ich vor zwei Jahren einmal schriftlich die These formuliert habe, dass Entwicklungspolitik zunehmend Stadtentwicklungspolitik werden müsse. Es gab wenig Resonanz auf diese These. Vor einem Jahr habe ich die gleiche Behauptung vor einem internationalen Fachpublikum wiederholt und die Breite der Resonanz – auch der darin deutlich werdende Widerstand - hat mich überrascht. Der Grund dafür liegt darin, dass Entwicklungspolitik oder vielleicht Politik überhaupt zu sehr - und das wurde heute

schon mehrmals von meinen Vorrednern gesagt - in Sektoren denkt. Auch die deutsche Entwicklungspolitik ist vor allem eine sektorale Politik. Sie steht damit nicht allein, sondern verhält sich ähnlich wie die großen Institutionen der Entwicklungspolitik wie z.B. die Weltbank oder andere bilaterale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Dennoch - und das ist die These, die ich hier heute noch einmal aufrollen möchte - glaube ich, dass Stadtentwicklung als Fokus in der Entwicklungspolitik, nicht nur sinnvoll, sondern notwendig ist. Ich möchte Ihnen dazu zehn Thesen vortragen, die ich in der Kürze der Zeit jedoch nur skizzieren kann. Die ersten drei Thesen beziehen sich auf den Prozess der Urbanisierung.

Meine erste These ist, dass es geht nicht darum geht, ob wir die Urbanisierung wollen. Urbanisierung ist ein unvermeidlicher und irreversibler Prozess, der ähnlich der industriellen Revolution das Leben der meisten Menschen der Erde in diesem Jahrhundert drastisch beeinflussen wird. Quantitativ gesehen wird es gegenüber 2,8 Mia im Jahr 2000 einen drastischen Zuwachs auf 4,9 Mia städtische Bevölkerung bis 2030 geben. Dieser Zuwachs von 2,1 Mia liegt fast zu 100% in armen Ländern und wird etwa zur Hälfte in den Slums stattfinden. Schon allein diese Zahlen könnten Anlass zu einer stärkeren Fokussierung auf urbane Entwicklungsprobleme geben.

Die zweite These besagt, dass diese Urbanisierung deshalb unaufhaltsam ist, weil sie Teil eines globalen gesellschaftlichen Wandels ist. Die heutigen Globalisierungsprozesse vollziehen sich in einer historisch einmaligen Geschwindigkeit und Ausbreitung. Sie beruhen im Wesentlichen auf

- einer globalen Neuordnung der Produktionsstandorte,
- einer Globalisierung des Finanzwesens,
- einer Globalisierung der Kommunikationssysteme,
- und einer Globalisierung von Wertesystemen, die typischerweise städtischen Lebens- und Konsumformen entstammen.

Das Ergebnis dieser Prozesse, so die dritte These, sind nicht Städte im mitteleuropäischen Sinne, gekennzeichnet durch politische, soziale und bauliche Kohärenz, sondern städtische Lebens- und Produktionszusammenhänge mit einem hohen Grad an Informalität. Wenn "Kohärenz" in diesem Sinne als eine wichtige zivilisatorische Leistung der Städte akzeptiert, kommt man zu dem Schluss, dass die Konsensbildungsprozesse, die dieser Kohärenz zu Grunde lagen heute offenbar in vielen Ländern nicht mehr funktionieren und Städte in ethnisch oder ökonomisch definierte Fragmente "auseinander brechen". Die "Stadt" als räumlich definierte Kategorie und als Gegenstand staatlicher und internationaler Politik ist zunehmend unscharf. Die Gegensätze von Stadt – und Land werden teilweise obsolet. Die Reichweite staatlicher oder auch städtischer Politik und formalisierter Governance endet häufig bei 50% der Bevölkerung. Nicht "die Stadt", sondern verstärkte Lebensformen werden zunehmend das Thema sein. In großen Stadtregionen, wie beispielsweise im Pearl River Delta, in dem 120 Millionen Menschen leben, haben sich besondere "peri-urbane" Lebens- und Wirtschaftsformen herausgebildet, die weder städtisch noch ländlich sind. Es gibt einerseits eine städtische Landwirtschaft und andererseits ländliche Gebiete, deren ökonomische Struktur völlig städtisch geprägt ist.

Die daraus entstehenden städtischen Agglomerationen bergen eine ganze Reihe von Problemen, die sich mit folgenden Thesen skizzieren lassen:

Der vierten These zufolge führen globale Mechanismen des Stadtwachstums nicht unbedingt zu gleichen lokalen Phänomenen, sondern bringen diversifizierte Problemlagen

hervor, die mit der Geschichte und Politik des jeweiligen Landes oder der Region zu tun haben. Krisenbedingte Migration, städtische Armut, Gewalt, politische Instabilität, Umweltprobleme, Unregierbarkeit, leere Kassen, Wohnungsnot sind einige der Probleme, die mit unterschiedlichen Akzenten in Afrika, Asien oder Lateinamerika zu finden sind. Lassen Sie mich beispielhaft auf die Umweltproblematik hier kurz etwas näher eingehen: Die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks für China zeigt, dass ein unserem Lebensstandard entsprechender Entwicklungsstand in China zwei zusätzliche Planeten der Größe der Erde erforderlich machen würde, um die verbrauchten Ressourcen zu erwirtschaften. Das ist eine sehr hypothetische Rechnung, aber sie zeigt erstens die politische Dimension, die mit dem der Urbanisierung verbunden ist. In China ist Entwicklung gleichbedeutend mit Urbanisierung, d.h. einem gezielten und staatlich initiierten und geförderten Stadtwachstum. Es wird an dieser hypothetischen Rechnung aber auch deutlich, dass es sich auf der Grundlage lokaler Bedingungen zunehmend um eine internationale Problematik handelt und deshalb Lösungen nicht nur lokal oder national gefunden werden können.

Nach meiner fünften These scheint vielen Ländern eine Polarisierung der Stadtbewohner gemeinsam zu sein, eine Entkoppelung von ehemals ineinander geschachtelten Wirtschaftskreisläufen. Typisch sind wachsende Einkommensunterschiede und zunehmende städtische Armut, die sich vor allem in der Exklusion von typisch urbanen Gütern und Dienstleistungen ausdrückt (Gesundheit, Wohnraum, Wasser, Abwasser, Bildung, geregelte Arbeit, Sicherheit, etc.). Eine Politik, die diese Faktoren aus dem jeweils spezifischen (typischerweise städtischen) Zusammenhang reißt und einzeln als "sektorales Problem" betrachtet, kann keinen Erfolg haben. Es ist eine interessante Frage, ob dieser Exklusion auch durch internationale Zusammenschlüsse von Bewohnerorganisationen oder Nichtregierungsorganisation wie "Slum Dwellers International" oder die "Habitat International Coalition" entgegengewirkt werden kann. Sie artikulieren sich zunehmend auch im Dialog mit den großen entwicklungspolitischen Institutionen versuchen Einfluss zu nehmen auf deren Politik.

Gemeinsam scheint auch zu sein, das ist die sechste These, dass Städte mit einem klassischen Modell lokaler Governance, das sich auf die Regulierung und den Ausgleich negativer Folgen privater Initiative durch eine (lokale) formell legitimierte Institutionen beschränkt, nicht regierbar sind. Die Mehrzahl der Stadtbewohner und ihre städtischen Lebens- und Arbeitsformen entziehen sich dieser Art der Regulierung. Dezentralisierung oder Partizipation, die gängigen Konzepte zur Erreichung von mehr Demokratie und Bürgernähe funktionieren unter den Umständen einer eingeschränkten Governance nur unzureichend. Angesichts des Ausmaßes informeller Siedlungsentwicklung fragt man sich, wer woran partizipieren soll. Ist es so, dass die Armen an den formellen Prozessen der Planformulierung partizipieren sollen, oder ist es möglicherweise so, wie in manchen lateinamerikanischen Städten, dass formelle Instanzen in der informellen Planung "konsultiert" werden sollten, wenn es um neue Besetzungen von städtischem Boden geht? Sind horizontale Aushandlungsprozesse unter den Bedingungen einer stark eingeschränkten lokalen Governance den Verhältnissen angemessener? Ich glaube, man muss sich diesen Fragen stellen, um zu neuen und praktikablen Lösungen zu gelangen.

Die folgenden Thesen gehen der Suche nach möglichen Lösungen nach.

Meiner siebten These zufolge müssen drei Bedingungen für eine erweiterte Steuerbarkeit der Stadtentwicklung zusammenkommen:

- Durchsetzungs- und Kontrollkapazität (Macht);

- Legitimität (Verhältnis zur Zivilgesellschaft);
- Verfügbarkeit von Ressourcen (vor allem Finanzressourcen).

Es gibt heute keinen Akteur, der als einzelner in diesen drei Dimensionen über die erforderliche Kapazität verfügt. Stadtverwaltungen fehlt oft sogar das erforderliche Machtmonopol, um Sicherheit in der Stadt zu garantieren, geschweige Entwicklungen effektiv zu steuern; bei der Durchsetzung von Projekten können sie sich nicht unbedingt auf eine (verhandelte) Zustimmung der Bevölkerung stützen und schließlich fehlen in der Regel die Ressourcen, um Sanierungen, Infrastrukturmaßnahmen oder Umsiedlungen zu finanzieren. Meist kommen die Ressourcen aus dem internationalen Raum in Form von Krediten oder in Form von Zuschüssen oder aber es wird mit internationalen Unternehmen im Zuge der Globalisierung um die Ansiedlung von großen Unternehmen und damit auch über Infrastruktur verhandelt. Typisch sind heute fraktionierte und unübersichtliche Akteurslandschaften in denen eine Vielzahl von Akteuren unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Die Millenniumsziele sind genau aus diesem Grund ohne die Beteiligung aller wichtigen Akteure – und dazu gehört auch die Zivilgesellschaft - nicht erreichbar.

Die achte These sagt, dass erfolgreiche Stadtentwicklung deshalb nur durch Allianzen möglich ist und zwar Allianzen aus Partnern, die in den drei genannten Defizitbereichen Synergien entwickeln. Ohne die Einbeziehung der Zivilbevölkerung (samt ihrem mobilisierbaren Kapital), einer grundbesitzenden Elite, der lokalen Verwaltung und möglicher Finanzierungsgeber wird es nicht möglich sein, Stadtwachstum zu steuern oder Slums in nennenswertem Umfang zu sanieren - oder gar die Entstehung neuer Armutsviertel zu verhindern. Die entstehenden Prozesse folgen dabei nicht unbedingt unseren Vorstellungen von Demokratie und Partizipation, aber sie sind zwingend kooperativ und von mehr als einem Akteur geprägt.

Entscheidende Rollen spielen gemäß der neunten These neben den Stadtverwaltungen

- Basisorganisationen (CBOs), die dann besonders wirksam sind, wenn sie national oder sogar international organisiert sind (globale Kommunikationsnetze) und
- professionalisierte Mittlerorganisationen (in der Regel Nichtregierungsorganisationen), die zwischen den kulturellen und ökonomischen Welten verschiedener Gruppen vermitteln, Basisorganisationen zur Artikulation verhelfen und bis in die internationale Ebene agieren.

Zusammenarbeit – auch internationale Zusammenarbeit muss sich auf diese Konstellation von Akteuren einstellen. Das gelingt nur, wenn wir Organisationen und Formen der Kommunikation und Mediation haben, die es ermöglichen, diese Leute überhaupt an einen Tisch zu bringen. Wir werden im Verlaufe dieser Veranstaltung zwei Organisationen hören, die institutionell sehr unterschiedlich strukturiert sind, aber dennoch beide die notwendige Übersetzungs- und Artikulationsarbeit von Zivilbevölkerung in den stadtpolitischen Raum unternehmen (SPARC, Indien und CODI, Thailand). Das Vorhandensein derartiger Mittler ist meiner Ansicht nach entscheidend für eine stärkere Inklusion der von Entscheidungen, Ressourcen und ausgeschlossenen Teile der Stadtbevölkerung. Stadt wird nicht geplant sondern "verhandelt" – und dazu müssen beteiligten Akteure handlungsfähig und handlungswillig sein.

Die genannten Prozesse spielen sich aber nicht nur lokal ab sondern gelten auch für die internationale Ebene. Meine zehnte These ist deshalb: Ohne die internationale Ebene – und darunter sind auch internationaler Druck, internationale finanzielle Unterstützung und Formen der horizontalen Partnerschaft und Zusammenarbeit zu verstehen - sind lokal kaum bessere Lösungen durchsetzbar. Diese These folgt der Logik der Internationalisierung von Abhängigkeiten auch in den Urbanisierungsprozessen. Damit entsteht auch ein

Verantwortungsbereich für Internationale und Entwicklungspolitik, der über bloße Sicherheits- oder Wirtschaftsinteressen in der Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern hinausgeht: Ich erinnere mich an die Frage, die Herr Dr. Hahn vom BMBF bei der Vorstellung des Megacities-Forschungsprogramms gestellt hat: „Wozu müssen wir Deutsche uns mit den Megacities in Asien befassen?“ In seinem Einleitungsreferat verwies er auf die grundlegenden politischen Zusammenhänge. Stadtentwicklung kann im Zuge der Globalisierung nicht mehr nur lokal gedacht werden. Es gibt eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer, kommunikativer und auch kultureller Zusammenhänge, die die Entwicklung in Deutschland mit derjenigen in Entwicklungsländern verbindet.

Wenn es richtig ist, dass städtische Lebens- und Produktionszusammenhänge der gesellschaftsprägende Faktor des 21. Jahrhunderts sind, dann geht es darum, auf die Entwicklung dieser Verhältnisse Einfluss zu nehmen, im Interesse von Sicherheit, Nachhaltigkeit, die uns allen nützt, von Frieden, von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator

Besten Dank Herr Prof. Herrle. Sie haben in Ihren zehn Thesen eine Reihe von Fragen aufgeworfen, Lösungen aufgezeigt und interessante Forderungen an die Politik gerichtet, die viel Stoff zur Diskussion bieten. Sie haben dabei auch auf die Rolle lokaler Akteure hingewiesen. Das bringt uns zu der nächsten Panelistin, Frau Sheela Patel, herzlich willkommen. Sie sind jemand, die gerade lokale Akteure in einem hohen Maße kennt und vertritt und auch auf lokaler Ebene arbeitet, immer mit dem Ziel, der Stimme der Zivilgesellschaft Raum zu schaffen. Here is the floor, Sheela.

Sheela Patel

Thank you very much for inviting me to speak here today. Having been working on urbanisation for more than 30 years, I think that finally the time of cities has come. In 1974 I started to work in Bombay as a counsellor working with children in crisis. Then I started working with communities to provide children with health and education. I realized that the children of households living along the pavements of the city - despite the fact that we sent them all to school and organized their health care - that they and their families faced evictions every fifteen days because the municipality did not accept that there were people living on the pavement. It was a situation of investing in a leaking bucket. These experiences caused me and several of my colleagues to found SPARC. We were looking at ways to set up a professional support system for poor women and their families, in order to try to change their lives by deciding to come into cities. For me this resonates very much with what you said, Dr. Töpfer, because people come into the city to liberate themselves from discrimination, from hunger, from a lack of mobility. And in most instances in our cities in the South, they are able to feed themselves twice a day. I think this is a very important thing, which must be understood by people living in the North: Poor people come into the city in order to survive and because they have very strong aspirations, not for themselves but for their children. They hope that by coming into the city their children will get education and health care.

If you can withstand decades of evictions, if you are persistent in wanting to live in the cities, then after two or three decades your presence will be acknowledged. We will say “maybe we will call your slum a recognized slum, but please wait in line until this happens”. I think acknowledgement is very important for all of us, who are working in cities, since the number of people coming to cities is accelerating at such phenomenal pace,

that cities are now dealing with the dual challenge: The acknowledgement of people already living in the city and the preparation for those who are going to come. The third challenge is the huge growth of the number of poor people living in the city. These three challenges show that global institutions have ignored the crisis of urbanization for a very long time. People like me and some of our colleagues, who have survived with the help of Northern NGOs, which have supported us to strengthen our organizations, know that it has been a very difficult and hard struggle. In many ways my coming here today is an acknowledgement of the support of the German organization MISEREOR for the last 20 years. Due to organizations like MISEREOR, today the networks I am working with are able to represent ourselves globally.

In India, my organization supports two social movements. I call them social movements because they consist of poor people living in informal settlements, struggling to find an identity in cities. One is called the *National Slum Dwellers Federation*, which is a federation of poor communities living in 70 cities in India, with a membership of about 650000 households. For many people this number will seem to be high. However, as everybody loves to talk about statistics, I will give you some as well: In 2005 India had around 315 million urban people. India has the second largest population in the world after China, which means that this is about 10 % of the world's urban population. This is more than the total urban population of North and South America. It is also more than the population of all the least developed countries in the world. 50 % of this, about 150 million people, live in slums. Consequently, one out of six slum dwellers in the world lives in India. Therefore the work of our association is merely a drop in the ocean. Moreover, it reminds us of how quickly we have to create institutional mechanisms by which this huge constituency of urban squatter citizens can begin to develop an identity and a voice and a choice in urban areas. By and large, the work strategy of international agencies or local institutions is to find 3, 4, 10, 15, 20 slums and to work in them. The last 25 years of work have shown that this does neither produce land security nor water or sanitation and it certainly does not produce political identity for the poor. Therefore the purpose of the *National Slum Dwellers Federation* in India is to create a constituency stipulating its role as an active participant in this process rather than a consumer.

The second organization is an organization called *Mahila Milan* which means "Women Together". As it has been said rightly „urbanization and the issue of squatter citizens are women's issues". Women, not able to deal with their urban identity, come into cities with their families and produce an infrastructure in their meagre and terrible environment that turns into communities and neighbourhoods which socializes children of the next generation. When development enters these areas, usually one or two men come and talk to the development outsider and say what they would like. But this is very different from what women want. By talking to men and women living in slums, we are very often confronted with totally different points of view. This can be illustrated by a very interesting example which is related to one of the largest infrastructure projects that my city has ever had. Bombay – now known as Mumbai - has between 12 to 14 million inhabitants. We keep saying this with respect to most of our developing countries, as all statistics are a bit shady. Our cities do not like to count poor people properly. Consequently, statistics about the poor are mostly very dicey and cannot be disaggregated for planning purposes. Therefore, one of the things that the *Federation* does, is to demonstrate that it can count itself and produce excellent statistics of its constituency.

Today Mumbai is a large city. It used to be a poor city, which came up in the early 18th century, because the British colonists needed a port in order to export goods from Western

India. The former sleepy fishing villages became this new port. The city has grown around that port and has a rail transport system, which was not built for poor people or their transport, but in order to transport goods and services. Today this transport system is the city's life line for public transport. I know Frannie from the days when the government of India, the government of the Maharaja and the World Bank were negotiating about the upgrading of the transport. The World Bank insisted that if the railway and the infrastructure are being improved, the issue of the people affected by this investment must be addressed. How many people would that be? Everybody had a different figure. However, the *Slum Federation* had done a survey of this population and it said that there were 35 000 households living between 3 and 850 feet away from the railway track. If the railway required 30 feet to be cleared, it would mean that approximately 16 – 18 000 households would need to move. Everybody in our city said this was not possible. Poor people do not move. Politicians will not let them move. Do you know why? Because they are their vote bank. They will not allow these people to move to another location, because they are a critical ingredient of ensuring that in the local political election they will vote for this or that politician. However, the women of these railway slums said “we will move, we do not want our children to be tied by their ankles to the bedpost for fear that they will crawl on a railway track”. This was the motivation. The motivation was not to give the city a better transport system, but it was their own need to move away from the track. In order to express our aspiration, we as an organization went to the Maharaja government, to our municipality, to our railway authority and said: “We will demonstrate you, that poor people will move”. It was a combination of a global requirement for investment - the World Bank saying ‘if you do not provide for rehabilitation, we will not give you the money’ - and poor people from the bottom saying “we will demonstrate to you how we will move”, that made this project possible. This made us all aware of the power of association, the power of choice and the power of preparing very poor people to begin to explore transformation in their lives.

The reason for telling you this story is, that very often people in global overarching positions forget the reality of the poor living in the city. For them it is accidental whether the city is a globalizing or a fast growing economic environment, since most of them do not really think like we do before deciding where we move. Their compulsions to move takes them to the place that they know and to a locality where their community and kinship live. They migrate according to that pattern. Often it is the inability of municipalities - unable to deal with all these people - which produces a city consisting of two parts, a formal and an informal one.

The global economic order is also producing informalization in cities of an extent that we have never seen before. Therefore, designing neighbourhoods, cities and infrastructure for localities where people live and work together in informal environments in a way that has never been brought into the educational system, is another challenge that we face. We know how to formalize neighbourhoods. Yet, many places do not need to be formalized, as they need their present informalization in order to work for the poor in a way that they can then develop mobility.

Lastly, I would like to stress that the poor in the South do not resist globalization, they do not resist transformation and the potential of transformation for globalization. However, they want a part of it. If they are being denied to participate and benefit from this globalization, they will resist. Until now the volume of this resistance is so big, that the real challenge for us is the issue of creating institution arrangements in order to educate, support and assist the poor to make their voice being heard. We have to support mayors

and municipal administrations to develop the capability to listen to these voices. Moreover, we require professional and technical expertise which can bring together financial, technical, political and poverty related aspirations to produce solutions. Just producing economic solutions is dangerous as it leads to huge inequity. More and more poor people living in cities - unlike their parents and grand parents - are no longer happy with being fed and employed. They want more. Therefore, in order to support this process, we have an organization in Asia, called the *Asian Coalition of Housing Rights* and we have an international network of community federations called the *Shack Dwellers International*, which now operates in 22 countries in Asia, Africa and Latin America more recently. It is an imperfect, an emerging institution arrangement that tells poor people and its leaders that they can also travel and visit each other, that they can support each other and that they can represent their voices in global arenas. Having spoken to you today, I hope that in the next three years one of the representatives of the community federations will come in my place. Thank you.

Moderator

Thank you, Sheela, for your presentation. Ich glaube es war es wert, zum Schluss eine ganz andere Perspektive, die aber dieselben Bezüge herstellt, und aus einer Erfahrung, die Sie über 30 Jahre lokal und mit hoher Initiativkraft gewonnen haben, hier darzulegen. Sie haben auch den Bezug zur Lebenswirklichkeit dargestellt ebenso wie die Auswirkungen von Globalisierung auf Arme und die Möglichkeiten, hier etwas durch andere institutionelle Akteure zu tun. Auch bei Ihnen klang zum Schluss die Frage an, nach der Notwendigkeit anderer Akteure, institutioneller Arrangements und Ähnliches mehr, wie es auch schon vorher der Fall war bei Ihnen, bei Herrn Prof. Herrle. Es wird interessant sein, diesen Fragen nachzugehen.

Wir haben vier hochinteressante Präsentationen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven mit vielen Gemeinsamkeiten gehört. Nun besteht die Gelegenheit, dass Sie, meine Damen und Herren, selbst zu Wort kommen und Ihre Fragen, Ihre Kommentare an die Panelisten richten.

Diskussion

Henning Zierock, Gesellschaft Kultur des Friedens

Die Frage geht an den ehemaligen Umweltminister, Herrn Töpfer, und betrifft den Zusammenhang von Energie und Urbanität, die Nutzung und die Gewinnung. Wenn wir über Megacities sprechen, stellt sich ja die Frage: warum gehen so viele Menschen in die Städte? Ein Grund ist, dass viele das Land verlassen, weil sie keine Existenz haben, weil es dort, wo keine Energie ist, auch keine Arbeit gibt. Sie folgen auch der Neonspur der Werbung und landen dann oft noch nicht einmal in den Städten und versuchen einen Lebensstandard zu erreichen, für den die energetischen Voraussetzungen nicht da sind. In den großen Städten bestehen riesige Probleme mit Verkehrswegen, mit der Qualität der Städte, mit den gegenwärtig vorhandenen Energieformen und der Umwelt. Deswegen meine Frage: Welche Rolle messen Sie regenerativen Energien bei, also Biomasse und Solarenergie, um mehr Lebensqualität in diese Entwicklung zu bringen, sowohl in Fluchtwanderungen, als auch in den Städten selber? Eine letzte Überlegung: da die Ressourcen immer knapper werden und wir viele Kriege verdeckt um Ressourcen führen, stellt sich auch die Frage der Umstrukturierung vieler Länder. Der Bauer wird zum Soldaten, wenn er in den Konflikt gezogen wird, weil er dort einen Sold bekommt.

Inwieweit können wir das durch Entwicklung und Anwendung neuer Energien positiv beeinflussen?

Manfred Nitsch, Freie Universität, Wirtschaftsprofessor am Lateinamerika-Institut

Meine Frage richtet sich an den Herrn Kollegen Herrle. Wenn wir uns seit vielen Jahren gemeinsam um diese Probleme bemühen, wie gehen Sie mit dem Widerspruch um, am Anfang zu sagen, wir brauchen zweieinhalb Planeten für das, was wir vorhaben, aber in Ihren zehn Thesen ist es eigentlich eher Sheela Patels „we want more“, was Sie ja auch unterstützen. Auch Frau Léautier sagt, 15 \$ pro Kopf in der Stadtverwaltung ist zu wenig. Hilft es uns da wirklich weiter, mit dem Fußabdruck zu operieren oder sollte man mit anderen Metaphern arbeiten? Denn dieser Fußabdruck geht doch eigentlich eher in Richtung Konflikt, „life boat - wer da drin ist, haut dem anderen auf die Finger, damit nicht das ganze Boot untergeht“ und ähnliche Metaphern kommen hoch, wenn man dieses Bild wirklich so einführt. Wie gehen wir mit diesem Widerspruch als verantwortungsvolle Intellektuelle um? Es ist eine gemeinsame Frage, die ich mir auch selber stelle, über die man aber doch in dieser Runde nachdenken sollte.

Cornelia Richter, GTZ, Bereich Planung und Entwicklung

Herr Töpfer, Sie haben uns daran erinnert, dass Slums nicht nur ein Phänomen der Entwicklungsländer sind, sondern zunehmend auch das Phänomen der Industrieländer werden. Mich interessiert, welche Empfehlungen Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen als Leiter des UN Habitat-Programms und auch von UNEP geben können, um vielleicht auch beratende Beispiele für die Entwicklung hier in den Industrieländern zu geben? Meine konkrete Frage lautet: Was können wir von den Entwicklungsländern für die Konfliktsituationen hier lernen?

Michael Ströbel, Politologe, Universität Erfurt

Die Frage, die ich gerne an Frau Patel und Frau Léautier stellen würde, lautet: was ist denn nun die eigentliche Herausforderung für die internationale Politik? Wir tagen hier im Auswärtigen Amt. Welches sind die Fragen, die wirklich jenseits von Entwicklungspolitik, von Governance-Analysen, von Finanzen stehen, was ist nun der Grund, der auch der deutschen Bevölkerung und der Bevölkerung Europas nahe gebracht wird, weshalb wir uns für die Megacities und deren Entwicklung engagieren? Was bedeutet, um an Herrn Töpfer anzuschließen, die Chaos-Macht der *global cities* weltweit, die *cities*, die im Sinne von Saskia Sassen vernetzt sind, die eine gute Infrastruktur haben, die eine große Rolle spielen auf dem Weltmarkt? Ich meine, das sollte - wenn nicht jetzt, dann im weiteren Fortgang - auch diskutiert werden, um bei uns das Problembewusstsein und das Engagement jenseits von aller institutionellen Verfasstheit zu fördern.

Moderator

Besten Dank für die Fragen. Wir hatten zwei Fragen, die sich unmittelbar an Prof. Töpfer gerichtet haben. Herr Prof. Töpfer, wenn Sie mit der Beantwortung beginnen möchten.

Prof. Töpfer

Herzlichen Dank dem Fragesteller. Ich glaube ich habe deutlich gemacht, dass wir in der Konzentration, in der Konglomeration sehr viel stärker die Dezentralisierung brauchen. Wenn wir das umsetzen wollen, müssen wir uns unmittelbar mit der Energiefrage auseinandersetzen. Wir werden das übrigens auch in vielen anderen Bereichen sehen. Die urbane Landwirtschaft ist von großer Bedeutung. Landwirtschaft in städtischen Ballungen ist ein zunehmend bedeutsames und wichtiges Thema geworden. Als ich Leiter unserer Delegation zu Habitat 2 war, stellte UNDP einen Bericht über Stadt und Landwirtschaft

vor. Dieser zeigte, dass die Nutzung der Biomasse im städtischen Bereich massiv weiter entwickelt werden wird, gerade weil wir sehr viel stärker dezentrale Versorgungsregelungen haben werden. Und damit kommt die erneuerbare Energie mit ins Bewusstsein. Ich hebe die Biomasse hervor, weil das etwas mit den Entwicklungsländern zu tun hat. Wenn Sie lange in einer Stadt mit 3,6 Millionen Einwohnern wie Nairobi gelebt haben, wo der Anschluss an die Elektrizität bei etwa 10 bis 12 Prozent liegt, und wenn Sie wissen, dass eine zentrale Stromversorgung sehr schwer umzusetzen ist, dann wissen Sie die kluge Lösung zu schätzen, die in vielen indischen Städten mit dezentralen Biogasanlagen erreicht worden ist. Ein Problem dabei ist, dass das, was in hoch entwickelten Ländern nicht angewandt wird, in der Technik nicht weiter entwickelt wird. Da wir bei uns Biomasse über lange Zeit nicht genutzt haben, ist die technologische Entwicklung der Biomasse-Technik relativ rudimentär. Ich sage Ihnen voraus, dass wir einen technologischen Boom in der effizienteren Nutzung aller Arten von Biomasse haben werden, wenn diese Technik in den industrialisierten Ländern aufgegriffen wird. Die Städte werden dann sicherlich enorm davon profitieren.

Eine Beobachtung, die man sich immer wieder vor Augen halten muss: Der Anstieg der Rohölpreise in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren hat dazu geführt, dass Afrika für die gestiegene Ölrechnung mehr bezahlen muss, als es an Mitteln der wirtschaftlichen Zusammenarbeit insgesamt erhält. Es ist ja wunderbar, darüber zu diskutieren, dass wir mit unseren Entwicklungshilfeleistungen auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts kommen müssen. Wenn es uns aber nicht gelingt, im Energiebereich den Preisanstieg abzufedern, so fließen die Transferleistungen der Entwicklungshilfe mehr oder weniger wieder aus den Empfängerländern ab. Deswegen sind erneuerbare Energien so wichtig für Länder, die noch keine Netzverbände haben und sie über lange Zeit nicht bekommen werden, um dezentrale Versorgung insgesamt zu ermöglichen. Wir sind hier im Außenministerium. Wenn ich das richtig sehe, versteht sich Außenpolitik auch in diesem Lande zunehmend unter dem Gesichtspunkt, welche Beiträge sind zur Ressourcensicherung notwendig. Ich habe Herrn Steinmeier hier zwei Mal gehört und muss sagen, dass er diese Punkte sehr deutlich angesprochen hat. Wir werden also sehen, wie diese Querverbindungen zur allgemeinen Außenpolitik und zu dem wichtigen Teilbereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weitergeführt werden.

Zum zweiten Punkt, da bin ich Ihnen, Frau Richter, herzlich dankbar, dass Sie den angesprochen haben. Ich weiß um die großen Probleme in den Slums und in den großen Städten Asiens. Es ist außerordentlich wichtig, wie Sheela Patel sagte, dass die Menschen dort ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Ich möchte auch ihre Aussage unterstreichen, dass wir für eine funktionierende Stadtentwicklungspolitik dringlich die Frage der *secure tenure*, also der Sicherheit von Eigentumstiteln, klären müssen. Wenn Sie in einem Kontinent wie Afrika leben, wo Frauen in manchen Ländern kein Grundeigentum haben können, werden Sie sehen, welche enormen Probleme das verursacht. Deswegen bin ich ein großer Verfechter der Katasterwesen in der Entwicklungspolitik. Sie brauchen gesicherte Rechtstitel. Der auf diesem Gebiet hinreichend bekannte peruanische Professor de Soto, wird nicht müde zu sagen: Solange wir nicht gesicherte Titel haben, werden die Menschen in den Slums nicht investieren wollen, weil sie damit die Wahrscheinlichkeit von *forced eviction* erhöhen. Je besser das wird, was sie errichtet haben, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie vertrieben werden. Deshalb sind Rechtstitel so zentral. Ich bin der norwegischen Regierung dankbar, dass sie eine neue Weltkommission mit de Soto und Gro Harlem Brundtland eingerichtet haben, um genau diese Frage weiter voran zu bringen.

Bei all diesen Fragen ist mir heute ganz wichtig gewesen, auch klarzumachen, dass man nicht davon ausgehen darf, dass die Stadtprobleme nur Probleme der Entwicklungsländer sind. Sie sind es mehr und mehr auch in den hoch entwickelten Ländern. Wir sind noch gar nicht in der Lage zu sagen, welche Konsequenzen die uns bisher nicht bekannte Ökonomie des Schrumpfens für uns hat. Was passiert in und mit einer Gesellschaft, die zahlenmäßig schrumpft, die sich gleichzeitig in einer globalisierten Welt befindet, wo solche Informationen natürlich Anreiz für andere sind, hierher zu wandern. Glauben wir denn wirklich, dass wir den Druck aus Afrika durch höhere Zäune an der Mittelmeerküste gegenüber Frankreich abhalten können? Können wir uns denn wirklich damit zufrieden geben, auf den Kanaren in der Sonne zu liegen und im gleichen Augenblick versuchen Schiffe von wirklichen Menschenhändlern, dieses gelobte Land zu erreichen und Tausende sterben dabei? Das sind doch die Realitäten. Diese Frage, wie wir eine Balance hinkriegen, müssen wir auch bei uns selbst regeln. Ich bin der festen Überzeugung, dass es kaum ein Land der so genannten hoch entwickelten Länder gibt, das bislang die multikulturelle Integration in Städten bewältigt hat. Und ich sehe es exakt in dieser Stadt Berlin, ich sage es noch mal sehr deutlich. Es ist wirklich bedeutsam, dass wir hier einmal etwas Modellmäßiges machen.

Was kann man also lernen von den Städten der Entwicklungsländer? Ich hatte in der letzten Woche gerade die Gelegenheit - da war ich noch Exekutivdirektor von UNEP - in Curitiba zu sein, bei der Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über Biologische Vielfalt. Ich war zuvor noch nie in Curitiba. Es ist beeindruckend zu sehen, wie dort die städtischen Verkehrsfunktionen bewältigt werden. Es war das erste Mal, dass ich in einer Stadt zu einer globalen Konferenz war, wo ich zu früh bei der Konferenz war. Das ist mir noch nie passiert. Wie man also in einer solchen Stadt Verkehr bewältigen kann, auch sozial bewältigen kann, wird dort deutlich. Wir wissen alle, dass die Slums eine doppelte Benachteiligung haben. Weil sie weit draußen liegen, werden sie über Mobilitätskosten doppelt belastet. Dass eine Stadt wie Curitiba das Problem der Mobilität lösen kann, finde ich bemerkenswert. Ich habe mich immer gefragt, wenn ich durch Nairobi ging, wie kann das denn überhaupt noch funktionieren, warum explodiert das nicht? Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, es geht nur, weil die Menschen in sozialen Netzen leben, die aus Familien und Sippen bestehen und weil sie ja nicht nur in den Slums zu Hause sind, sondern noch Verbindung in den ländlichen Raum hinein haben. Sie sind ja, obwohl sie in den Slums der Städte leben, noch ländlich denkende, ländlich verwurzelte Menschen.

Als mein Abteilungsleiter bei UNEP ein hervorragend ausgebildeter, lange tätiger Jurist, Kenianer, pensioniert wurde, habe ich meinen Büroleiter gefragt: „Was schenke ich ihm denn?“ Da hat er mir gesagt: „Wenn Sie ihm eine Freude machen wollen, schenken Sie ihm eine Kuh.“ Ich habe ihm eine Kuh geschenkt. Und er hat sich sehr darüber gefreut, weil er natürlich noch dem ländlichen Raum verbunden war. Mein Fahrer, der pensioniert wurde, hat vier Kühe und wohnt im Slum. Sie müssen sehen, dass solche Gesellschaften ihre verbliebene Stabilität in den Netzen von Familie, von Sippe und von Nachbarschaft finden. Ich glaube das ist dasselbe, was wir in Indien sehen, was wir überall sehen. Ich will das nicht verklären. Aber manchmal sage ich mir, da könnten wir sogar von lernen. Möglicherweise werden wir sehr schnell in eine solche Situation kommen. Die Erfahrungen, die ich in Nairobi gemacht habe, die kann ich nicht nur abstrakt darstellen, vor allem die Erkenntnis, dass man massive Fehler macht, wenn man Probleme nur vom Reißbrett aus bewältigen will. Ich stimme Sheela Patel zu, die gesagt hat, ihr müsst differenzieren, ihr müsst gesellschaftlich differenzieren, ihr müsst hingehen und sagen, welche Rollen die Frauen spielen. Nehmt die ganz ernst, gebt ihnen die *micro credits*. Prof.

MuhammadYounus, der Erfinder des Mikrokreditwesens, hat darauf hingewiesen, wenn wir einen Kleinkredit an Männer geben, ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir ihn zurückerhalten, sehr gering. Geben wir den Kleinkredit an Frauen, erhalten wir ihn wieder. Sie gehen damit anders um als Männer. Vielen Dank.

Moderator

Herr Prof. Herrle, Sie sind von Ihren Kollegen auf einen vermeintlichen Widerspruch in Ihren Aussagen angesprochen worden, das sollte Sie zu einer Antwort verleiten.

Prof. Peter Herrle

Ja, Widersprüche sind gut für die Diskussion und ich bin Ihnen dankbar, dass Sie darauf hingewiesen haben. Das Modell des ökologischen Fußabdrucks ist ein relativ grobes Modell. Als solches ist es geeignet, Konflikte, Dimensionen und Diskrepanzen deutlich zu machen und als solches wird es auch in der politischen Diskussion benutzt. Ob es darüber hinaus taugt, reale Entwicklungen vorherzusagen ist eine ganz andere Frage und ist hier nicht Gegenstand der Diskussion.

Im zweiten Teil Ihrer Frage unterstellen Sie, dass ich zu kleinen romantischen Lösungen mit NGOs und Wohnungsbau an der Basis bzw. im Quartier usw. tendiere, also zu einer vor 30 Jahren aktuellen Konzeption von *small is beautiful*.

Das möchte ich nun doch etwas revidieren, auch um deutlich zu machen, worum es wirklich geht. Was ich gesagt habe ist, dass wir einen neuen institutionellen Rahmen brauchen, in dem sich Entwicklungspolitik und Stadtpolitik vollzieht. Das ist nicht mehr der kohärente Rahmen, wie wir ihn in einer deutschen verfassten Stadtgemeinde haben, sondern es ist ein Rahmen, in dem typischerweise sehr viele Akteure tätig sind. Das Beispiel von SPARC zeigt, wie einer dieser Akteure oder eine Gruppe von Akteuren Rollen übernommen haben, die bisher nicht besetzt waren. SPARC hat es geschafft, verschiedene Enden dieser weit auseinander driftenden Teile der Stadtgesellschaft wieder zusammen zu führen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir mit solchen Akteuren zusammenarbeiten. Solche Mittler arbeiten nicht nur im Quartier oder in kleinen Projekten. Sheela Patel hat es nicht gesagt, aber gerade SPARC ist in Wohnungsbauprojekte mit 10.000 Wohneinheiten pro Jahr involviert, eine Zahl, die jeden Anschein "kleiner Insellösungen" vom Tisch wischt. 10.000 Wohneinheiten im Jahr zu organisieren, allein die Produktion, dann aber auch den rechtlichen Rahmen dazu bereitzustellen, Genehmigungen zu bekommen, Land zu akquirieren, die Bewohner, die vorher auf der Straße gewohnt haben zu organisieren, ihre Beteiligung am Entwurf zu sichern, dies alles das sind höchst komplizierte Vorgänge und Aufgaben, für die es ein spezielles und professionelles Know-how, eine spezielle Verankerung in den Communities, eine Legitimation, wie ich vorhin sagte, braucht. Ebenso braucht es technische, administrative und organisatorische Fähigkeiten, die eine nur agitierende NGO, nicht einbringen kann. Es geht um neue Konstellationen, in die neue und andere Akteure zusammengespannt werden.

Um es etwas biographischer oder direkter zu formulieren: vor vierzehn Tagen war ich mit einer Gruppe von zwanzig Studenten in Mumbai in einem der Projekte von SPARC. Die Studenten, von denen einige noch nie außerhalb Europas waren, haben *pavement dwellers* besucht und ihre Wohn- und Einkommensverhältnisse studiert. Dies alles vor dem Hintergrund der Aufgabe den Entwurf und das planerische Qualität großer Umsiedlungsprojekte weiterzuentwickeln. Eine solche Planung ist am grünen Tisch nicht möglich. Es geht uns darum, in einer internationalen Zusammenarbeit die Probleme zusammen mit den Betroffenen anzugehen. Die neue Dimension dieser Arbeit besteht

darin, dass es möglich ist, in einer internationalen Kooperation in großen lokalen Projekten zusammenzuarbeiten. Das ist die Art und Weise, wie wir versuchen, die argumentative Kluft, von der Sie sprachen, zu überbrücken.

Zur Frage nach regenerativen Energien möchte ich ein Beispiel geben: Als ich vor sechs Jahren im Rahmen eines Auftrages für die GTZ in China war, kam ich unter anderem mit Wohnungsbauunternehmern in Berührung. Einer der *developer* war ein ehemaliger Bauer. Er hatte Kredite bekommen und war in den kommerziellen Wohnungsbau eingestiegen. Das Interessante war: Auch in China entwickelt sich das Umfeld zunehmend kompetitiv und er meinte sich durch ein besonderes Label von seinen Mitbewerbern unterscheiden zu müssen. Aufgrund seiner Herkunft vom Land kannte er sich mit Biogasanlagen gut aus und dieses Wissen hat er in seine Projekte eingebracht. Also baute er "Öko-Siedlungen" für Städter indem er die Biogasanlagen für die Straßenbeleuchtung in seinen Siedlungen benutzte. Eine weitere Komponente waren Solarkollektoren zur Warmwassergewinnung, denn sie boten eine wesentliche Verbesserung der Wohnverhältnisse in einer Region, in der es bislang über die Wintermonate überhaupt keine Heizung gab. Die Solarkollektoren ermöglichten in den Übergangszeiten warmes Wasser zu erzeugen. Derartige Ideen haben in China ein enormes Potenzial. Durch Kontakte zu deutschen Planern und Unternehmen versuchte dieser Unternehmer seine Konzepte einer "ökologischen Siedlung" zu verbessern.

Moderator

Danke Herr Herrle. Die letzte Frage richtete sich an Sie, Frau Léautier und dann Frau Patel, aber könnte genauso gut auch an die anderen Panelteilnehmer gerichtet sein und betraf den Politikrahmen, in dem wir uns mit Urbanisierung beschäftigen. Ich möchte daher zunächst Frau Léautier bitten und dann Frau Patel, dass Sie auf diese Frage eingehen.

Dr. Frannie Léautier

I think the question raised was a very important one. Which is the role of developed countries in this phenomenon of urbanization in globalization and what are the challenges in international politics? I would classify this in three different challenges.

The first challenge is, why should a citizen in a developed country care about poverty in a developing country's city? For three basic reasons: First, because the functioning of developed countries' cities and the functioning of developing countries' cities is interlinked in globalization. So, if those developing countries' cities do not perform, they cannot continue to produce and interlink countries and, therefore, generate opportunities for developed countries in the long run. They may be export opportunities, other trade-related exchanges or tourism, all these are factors. An average person, say 40 years ago, would go to a city like Daressalam as a tourist. You can stay in your hotel, be very well secure and you are fine. Today you probably are working for a company that is investing in Daressalam. You live there, your children need to go to school there. So you have to worry about the hospitals, you have to worry about the quality of education, you have to worry about whether you can go to the market and come home. So people have gotten much closer, the impact has become much closer. The second reason is the opportunity for learning from each other which this concern about poverty in developing countries generates. We just concluded a study in the World Bank where we have done 30 years of observation of people living in the favelas in Rio de Janeiro and we were able to track them over three generations. It's the only study in the world that has looked at poverty in slums over such a long period of time. And the results were quite stunning and they have lessons

for cities like Berlin, Paris and so on. First, 30 % of the people who lived in the favelas could never leave them. Their incomes went up, they had better education, but they could not leave. And the reason was stigma. Because your address is a favela, you go for a job, employment, interview and people look at your address and you are stigmatised for that. Another factor is generational. The second generation did very well but the third generation did worse. They were better educated than their grand parents, they had better health and many other opportunities, but for various reasons they did not even avail of the opportunities which their grand parents had. One cause was discrimination by address. The other one was that they were disillusioned with society, which was a very striking feature, because after two generations of seeing very little progress they just did not want to participate any more. They opted out of society. They preferred to be members of gangs.

The third cause was that the government provided services, like education and health, whereas for many of these young people who would then become workers and earners and decision makers, did not learn how to become citizens within that city, because they are marginalized, in their whole life they are marginal. They never had a chance to consider what it means to actually participate in decision making and so on. This is an important feature, which gives lessons again for developed countries.

The second challenge is poverty through a hierarchy of choices. People first move from a rural area to a city within their own country. So the first level of problems, which Sheela has outlined in her remarks, is: to integrate within cities in their own countries. But the next wave of migration is from a city in a poor country to a city in a rich country. The links are very closely connected and when you look at the patterns of remittances, how people who have moved to developed countries are investing in the countries that they come from and the potential implication of this provides great opportunities to work together, to solve a series of problems, because it is migration in layers that is taking place.

The third challenge is that cities now are actually playing in a global space and they negotiate with each other. When Kigali had an earthquake the city of Rome went directly to help them. They did not have to talk to the national government of Italy to engage in that conversation. So you have these interactions taking place on diplomatic issues, on investments, on tourism and it is a whole new scene in a whole new field and in the context of globalization it is important for nations to engage in this process, because with cities engaging you may get some very unwanted consequences at the national or regional level and that will be important to consider.

I would like to make one brief comment on the question on whether we should be thinking of life boat strategies, because if you look at the resource question where can one go if you only have fifteen dollars per capita per year?. Some of the things that we have noted and this was true of Europe a thousand years ago, is that cities grow and cities die. So we should expect that in developing countries some cities will just lack resources to continue to grow and people will have to move. And the importance of integrating people into society continues to accelerate rather than become less acute, because we will have to expect many cities that will not be able to function any more. Mining cities in the United States were shut down. All the people from those cities had to move out. Europe went through the same transformation and is still going through it today. Africa will have to go through a similar process as well. And when you look at Africa, the challenge really will be along the coast because that is where the opportunities are, that is where you have enough water for feeding large populations. The central part of Africa is very difficult. It is very rich in natural resources but cannot sustain large populations in terms of water and

other demands. So these are some difficult issues, which in the interest of having Africa function as a common region are very important, because otherwise the solutions start to become very difficult. So that is a brief answer to your question.

Sheela Patel

The way I would like to interpret the question that was given to me is, what contribution can the global society or countries like yours have on localities. I want to take a different approach from the one that Frannie took. Today our economies are linked, our lives are linked, communication makes all of us much closer to each other and what is happening, whether we like it or not, is that we are producing global standards of how things should be done. So, if you take the different issues in development, you will see that the creation of global standards emerges out of an acknowledgement of these interdependencies. For instance, you take the issue of child labour. Activists around the world have produced a campaign, where big clothing merchandisers cannot sell goods, if they cannot demonstrate that they were not produced by children. That is an example how a commitment to produce minimum egalitarian rights to everybody can produce changes in southern societies. I think that a lot of that imagination has to come in the urban environment. Poor people in the south spend more money on their water, electricity, their dwelling per capita, per unit than the middle class people do. They do that both at the cost of themselves and their cities. A lot of research and knowledge has produced this insight and through various city associations is now helping municipalities and mayors to look at how to integrate communities into their decision making process.

So I feel that the real challenge for all of us is that, if we actually acknowledge the value and contribution of cities to our life as an international community we can then begin to look at creative mechanisms, which produce international campaigns. The campaign for secure tenure, for instance, produces huge spaces for local activists to negotiate with their municipalities. So, there is an important role for international development to play in producing things that have to be adhered to by more and more countries and to do it in a way that sensitively supports those local institutions to adapt and take them up, because the last thing you want is a global hammer on your head. But then the fact that that hammer might hit your head is also a good wake-up call. I think the question of how you balance the carrot and the stick in development is also important. So I would say: Don't give up on cities.

Moderator

Das war schon fast ein Schlusswort, aber das möchte ich gerne an Sie, Herrn Prof. Töpfer, hier vom Panel geben. Bitte schön.

Prof. Töpfer

Nein, kein Schlusswort, nur eine Antwort, warum dieses Thema in ein Außenministerium gehört. Ich glaube, wenn man das in der Breite betrachtet, ist die Lösung der Probleme von Städten die Friedenspolitik für die Zukunft. Wenn es uns nicht gelingt, in entwickelten und in Entwicklungsländern die Probleme von Städten zu bewältigen, werden wir eine unfriedliche Welt haben. Und wenn ein Außenministerium die Verpflichtung hat beizutragen, dass wir friedliche Lösungen für Probleme finden, dann ist es dringend notwendig auch im Außenministerium die Probleme von Städten zu erörtern und nach Lösungen zu suchen. Und einen letzten Satz: Nicht nur mit dem Hammer Lösungen finden. Ich habe immer den schönen Satz gelernt: Für denjenigen, der einen Hammer hat, ist alles ein Nagel. Und ich warne davor, dass wir vom Instrument her die Probleme definieren und nicht umgekehrt vorgehen. Sonst werden wir dazu beitragen, dass wir in der Zukunft in

einer sehr unfriedlichen Welt leben werden. Deswegen herzlichen Dank den Organisatoren dieser Konferenz, die sich hoffentlich nicht als Eintagsfliege erweist, sondern als Versuch, Außenpolitik breit zu positionieren, den Ursachen nachzugehen und nicht nur auf das Tagesgeschehen zu reagieren.

Moderator

Besten Dank Herr Prof. Töpfer, besten Dank Mrs. Léautier, Mrs. Patel und Herrn Prof. Herrle. Besten Dank auch an Sie, meine Damen und Herren. Wir haben vier hochinteressante Beiträge, Anregungen, Denkanstöße, Orientierungen gehört. Dies wird uns sicherlich nicht nur hier, sondern heute über den Tag hinaus begleiten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und schließe hiermit das Panel.

Panel 2: Vernetzung und Städteallianzen – die neue internationale Rolle der Kommunen

Moderation: Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Deutscher Städtetag

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zum zweiten Panel des 13. Forums Globale Fragen. Ich möchte als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages mit einigen Sätzen zu diesem Thema selbst etwas sagen und möchte beginnen mit einem ganz herzlichen Dank an das Auswärtige Amt, dass dieses 13. Forum Globale Fragen den Städten gewidmet ist. Ich glaube das ist Ausdruck der Tatsache, dass auch in der internationalen Zusammenarbeit die Bedeutung der Städte oder der Kommunen und ihre Rolle erkannt worden ist und geschätzt wird. Städtepartnerschaften gibt es seit den 50er Jahren in sehr großer Zahl und inzwischen haben die deutschen Städte insgesamt etwa 6 500 Städtepartnerschaften. Diese Städtepartnerschaften waren immer schon ein Anlass für Austausch und für Verständigung. Lange Zeit hat die Versöhnung nach dem Krieg eine ganz wichtige Rolle gespielt aber auch Hilfe und Unterstützung. Mittlerweile ist daraus eine internationale Bewegung geworden, es sind internationale Netzwerke geworden und man hat die Rolle der Kommunen und in besonderem Maße auch der Städte bei vielen Entwicklungs- und Entwicklungshilfeprozessen erkannt. Als die erste Delegation des neu gegründeten neuen Weltverbandes *United Cities and Local Governments* im letzten Jahr nach New York zu Kofi Annan gereist ist, hat er sie als wichtige Partner begrüßt und hat ihnen erklärt, dass dieses Jahrtausend das Jahrtausend der Städte - „*an urban millenium*“ - sei. Das hat er nicht nur getan, weil *United Cities and Local Governments* mit den dort versammelten Städten fast oder sogar etwas mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung repräsentiert, sondern das hat er getan, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass die Chancen lokaler Demokratie eine ganz wichtige Voraussetzung für Entwicklungsprozesse sind.

Dazu vielleicht noch ein, zwei Gedanken, bevor ich gleich hier unser Podium vorstellen darf. Es ist sicherlich so, dass Städte und Verstädterung für viele auch ein Alptraum sind. In Städten harren Probleme, die für viele Beobachter eigentlich unvorstellbare Dimensionen angenommen haben, sei es im Umweltschutz, sei es in Fragen der Ver- und Entsorgung, sei es unvorstellbares Elend und Armut. Aber Städte sind auch Orte der Bildung, des Wissens und der Wissenschaft, Orte der Kommunikation und Orte, die sich oft durch eine bürgernähere oder die bürgernahe Form von Governance auszeichnen. Städte sind vor allem auch Orte der gesellschaftlichen Formation und der gesellschaftlichen Initiativen. Deswegen bilden sie sehr oft eine besonders wichtige Grundlage für Initiativen der Demokratisierung, der Rechtsstaatlichkeit, der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung. Deswegen glauben wir, dass es eine gute Entwicklung ist, wenn nicht nur im Auswärtigen Amt, sondern an vielen Stellen, über die wir gleich hören werden, und insbesondere auch bei den Vereinten Nationen weltweit erkannt wird, welche Chancen die Einbeziehung von Städten in Entwicklungsprojekte und welche Chancen die Nutzung von Partnerschaften und Netzwerken dabei spielen. Über den Stand dieser Netzwerke und dieser Partnerschaften, über ihre Perspektiven, über ihre Grenzen wollen wir uns jetzt mit Ihnen unterhalten, und das auf der Grundlage von vier kurzen Statements unserer Gäste hier auf dem Podium.

Da darf ich Ihnen vorstellen: Frau Elisabeth Gateau, die Generalsekretärin des neuen Weltverbandes *United Cities and Local Governments*. Es ist in der kurzen Zeit, seit es diesen Weltverband gibt, gelungen, zumindest im Kontext der Vereinten Nationen einen

einigermaßen ernst zu nehmenden und gewichtigen Stellenwert zu erlangen und das ist sicherlich auch zu einem großen Teil Frau Gateau zu verdanken, die bis zur Gründung des neuen Verbandes die Generalsekretärin des EMA, also des Europäischen Kommunalverbandes war. Herzlich willkommen Elisabeth Gateau. Father Smangaliso Mkhathshwa aus Südafrika ist ehemaliger Bürgermeister Pretorias, Mitglied des ersten Parlaments nach Überwindung der Apartheid. Bildungsminister, Präsident des Südafrikanischen Kommunalverbandes, auch Präsident des Panafrikanischen Kommunalverbandes und einer der drei Präsidenten der United Cities and Local Governments. Sie haben den weitesten Weg, herzlich willkommen. Ich darf Frau Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann begrüßen, die ich gegenüber allen, die am Thema der kommunalen Entwicklungsarbeit interessiert sind, nicht vorzustellen brauche. Ich glaube, Frau Dieckmann, ich übertreibe nicht wenn ich sage, dass sich die Stadt Bonn unter Ihrer Führung an die absolute Spitze der Internationalisierung von Kommunalpolitik gesetzt hat. Herzlichen Dank, dass Sie heute hier mit auf dem Podium sind. Frau Dieckmann ist außerdem die Vizepräsidentin der deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Exekutivpräsidentin des EMA und Mitglied der City Alliances. Herzlich willkommen. Last but not least Herr Dr. Georg Witschel, gegenwärtig der Beauftragte der Bundesregierung für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, ein Thema, dem wir uns heute weniger widmen wollen. Aber Sie sind ja deswegen hier, und dafür sind wir Ihnen dankbar, weil Sie ehemals der Leiter der Tsunami Partnerschaftsinitiative waren und aus den Erfahrungen dieser Partnerschaftsinitiative heute zu uns sprechen. Davor waren Sie aber auch Rechtsberater und stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und kennen auch das Thema Networking, das wir heute besprechen wollen. Ich kann Sie hier in Ihrem eigenen Haus nicht willkommen heißen, aber herzlichen Dank, dass Sie mitmachen. Wir beginnen jetzt mit den Statements. Frau Dieckmann bitte.

**Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der
UN-Stadt Bonn und geschäftsführende Präsidentin des
Council of European Municipalities and Regions**

Meine Damen und Herren, Städtepartnerschaften haben eine lange Tradition und ich behaupte, Städtepartnerschaften sind eine Grundlage für die Entwicklung Europas geworden. In den 50er Jahren haben wir viele Städtepartnerschaften mit europäischen Staaten gegründet. Es ist fast selbstverständlich, Partnerschaften in England, Frankreich, Belgien oder Italien zu haben, und zwar solche, die sehr stark von den Menschen gestaltet wurden. Da haben sich Schulen getroffen und da haben sich Feuerwehren und Chöre gegenseitig besucht. Städtepartnerschaften sind die Grundlage für ein Kennenlernen der Menschen in Europa gewesen. In den vergangenen Jahren haben viele Städte ihre Städtepartnerschaften neu ausgerichtet. Das heißt nicht, dass die traditionellen europäischen Städtepartnerschaften nicht weiter existieren. Sie existieren sogar gut weiter, aber es hat sich die Erkenntnis entwickelt, dass wir in einer globalisierten Welt, in der Nachhaltigkeitsfragen von ganz entscheidender Bedeutung sind, ohne die Beteiligung der Kommunen diese Herausforderungen nicht werden bewältigen können. Ohne Unterstützung der kommunalen Ebene ist der Weg zu den Menschen fast nicht möglich.

Neben einer Politik der Vereinten Nationen und neben einer Politik der nationalen Regierungen brauchen wir das Engagement von Kommunen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu hat es eine Reihe von Schritten gegeben für die die

Grundlage - das kann man sicher heute sagen - 1992 in Rio mit der lokalen Agenda 21 gelegt wurde. Ich würde sagen, es gibt keine deutsche Stadt mehr, die sich nicht in irgendeiner Weise mit dieser lokalen Agenda beschäftigt hat, und auch weltweit ist dies so. Darüber hinaus war es in der internationalen Politik notwendig, dass sich Persönlichkeiten an die Spitze dieser Bewegung stellten. Sie haben einen von ihnen heute gehört, Herrn Prof. Töpfer, der sehr früh und sehr dezidiert dafür eingetreten ist, Kommunen in die internationale Entwicklungszusammenarbeit mit einzubeziehen. Dies geschah aus der Erkenntnis heraus, dass die kommunale Ebene ganz viel bewegen kann. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat dies schon sehr früh erkannt.

So kann man heute sagen, dass es eigentlich keine wichtige internationale Konferenz mehr gibt, an der nicht auch die Kommunen beteiligt sind. Wir sind häufig im Gespräch mit Herrn Dr. Konukiewitz, der im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung u. a. für den Bereich der Stadtentwicklung zuständig ist. Hier werden einzelne Kommunalvertreter mit in die nationalen Delegationen aufgenommen. Es gibt bei allen wichtigen Konferenzen parallele Bürgermeisterkonferenzen und es ist fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass dann auch einer der Bürgermeister im Plenum das Ergebnis der Bürgermeisterkonferenz einbringt. Auf der Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung 2001 in Johannesburg haben sich 600 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen aus aller Welt engagiert. Bei der Klimakonferenz in Montreal hat es parallel eine Bürgermeisterkonferenz gegeben und auch bei den großen Konferenzen, die in den vergangenen Jahren in Bonn stattgefunden haben, wie den *Renewables* oder der Klimakonferenz, der Konferenz des Wüstensekretariats oder gerade noch in der letzten Woche bei der Internationalen Frühwarnkonferenz, vom Auswärtigen Amt organisiert, sind die begleitenden Bürgermeisterkonferenzen schon eine gute Tradition geworden. Ich nenne als Beispiel die Frühwarnkonferenz, denn bei allen Katastrophen, die weltweit passieren, wären weder Frühwarnungen noch die Hilfe danach ohne das Engagement von Kommunen möglich. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir die Kommunen ganz eng mit einbeziehen.

Ich will kurz sagen, welche konkreten Projekte wir in Bonn in Angriff genommen haben. 1999 haben wir dem Rat der Stadt Bonn ein Konzept für internationale Kontakte vorgelegt, das über die traditionellen Partnerschaften hinaus Projektpartnerschaften formuliert hat. Dabei haben wir uns mit Kommunen in Südamerika, in Afrika und in Asien auf gemeinsame Projekte mit begrenzter Dauer konzentriert, die auf beiden Seiten von den Stadträten vertreten werden. Wir haben im Moment Projektpartnerschaften mit La Paz, Ulan Bator, Buchara, Minsk und Cuddalore und sind kurz davor, uns auch noch für eine afrikanische Partnerstadt zu entscheiden. Wir versuchen jeweils neben der politischen und Verwaltungsebene, also der Oberbürgermeisterin und dem Rat, die natürlich diese Partnerschaft tragen müssen, in den Städten Vereine der Bürger und Bürgerinnen aufzubauen. Es gibt z.B. einen La Paz-Verein und eine deutsch-usbekische Gesellschaft, die in Bonn ihren Sitz haben. Es gibt jetzt einen Verein „Bonn hilft Cuddalore“ und schon lange existieren ein Minsk-Club in Bonn sowie ein Bonn-Club in Minsk. Uns ist wichtig, dass wir nicht nur auf einer abgehobenen politischen Ebene interagieren, sondern dass wir wirklich ganz konkret auch Bürger und Bürgerinnen mit einbeziehen.

Ich sage ganz deutlich, dass dies für uns auch einen Nutzen hat, über den man auch offen sprechen sollte. Wir sind eine internationale Stadt, deutsche UNO-Stadt, eine Stadt mit mehr als 150 Nichtregierungsorganisationen, eine Stadt, in der viele internationale Konferenzen stattfinden und in der wir uns für die Ziele engagieren, die auch bei den VN-Organisationen Thema sind. All das hat dazu beigetragen, dass Bonn den guten Ruf

bekommen hat, mehr als eine Stadt zu sein, die nur VN-Organisationen beherbergt, sondern in der auch die Bevölkerung ein breites Interesse an der Arbeit dieser Organisationen zeigt.

Wir haben mit unseren Partnerstädten jeweils bestimmte Projekte festgelegt. In La Paz steht ein Bildungsprojekt in einem Vorort im Mittelpunkt, über das wir Schulen und Kindergärten unterstützen, einen Fachkräfte-Austausch machen und Mitglieder aus der Verwaltung und aus dem Jugendamt nach La Paz entsenden. Diese Aktivitäten gehören zum Beratungsaspekt des Projekts. Wir versuchen aber auch finanzielle Unterstützung zu organisieren, beispielsweise über Projekte, die in der Stadt organisiert werden. Wir veranstalten seit dem Jahr 2000 jeweils Partnerschaftsjahre mit einer in Bonn ansässigen Organisation, die auch in unseren Partnerstädten aktiv sind. Wir versuchen darüber hinaus eng mit Entwicklungsorganisationen zusammen zu arbeiten, wie z. B. dem DED, InWent, VN-Organisationen und mit den Ministerien, weil es oft für diese Organisationen interessant ist, sich in Ergänzung zu ihren Entwicklungsprojekten auch vor Ort kommunal zu engagieren. Was wir am wenigsten einbringen können, und das ist unseren Partnern manchmal nicht ganz so leicht verständlich zu machen, das sind Finanzmittel aus dem städtischen Haushalt, weil es hierfür nun einmal ein Rechtssystem und eine Gesetzgebung in der Bundesrepublik gibt. Unsere Städte wirken wohlhabend und reich im Vergleich mit manchen anderen Städten. Wenn ich dann sage, dass wir die erwarteten 500 000 Euro nicht zur Verfügung stellen können, dann muss dies mühsam erklärt werden. Wir können aber Know-how vermitteln und so sehr viel zur Unterstützung der Entwicklung in diesen Städten beitragen. In Ulan Bator unterstützen wir beispielsweise ein Stadtplanungsprojekt, für dessen Umsetzung auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unseres Planungsamtes in Ulan Bator gewesen sind. Auch das Projekt der Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung ist ein Beitrag zur Demokratisierung. Ich glaube, dass dies ganz besonders nachhaltig ist. In Buchara steht im Moment ein Schulprojekt mit der so genannten Schule Nr. 4 im Mittelpunkt. Dort machen wir das, was wir in Bonn schon lange machen, nämlich Energiesparprogramme an Schulen einführen. Wir unterstützen den geplanten Bau einer Solaranlage auf dem Dach der Schule Nr. 4 in Buchara, einer Stadt mit 300 Sonnentagen im Jahr. Hier lohnt sich die Installation, da die Anlage viel zur Einsparung von Energie beitragen kann. Das Projekt wird von der Kommune begleitet, aber es ist insbesondere auch ein Stück wirkliche Entwicklung für die Schüler und Schülerinnen, für die Lehrer und Lehrerinnen. Mit unserem Projekt in Cuddalore - und da möchte ich mich noch mal ganz herzlich beim Auswärtigen Amt bedanken, das damals sehr aktiv bei der Organisation der Tsunami-Hilfe war – haben wir uns als erste Kommune entschieden, in die Tsunami-Hilfe einzusteigen.

Ich will an diesem Beispiel auch noch mal deutlich machen, was getan werden muss. Sie können sich alle an diese Tage erinnern. Es kam der Appell von Bundeskanzler Schröder, auch auf kommunaler Ebene Hilfe und Unterstützung zu organisieren, ein Appell, den wir uns in Bonn zu Herzen genommen haben. Uns war klar, dass wir das nicht alleine und direkt von Bürgermeisterin zu District Collector in Cuddalore machen können, sondern dass wir mit einer Organisation würden zusammenarbeiten müssen, die Erfahrung im Land hat. Wir haben uns für die Welthungerhilfe entschieden, die in Indien aktiv ist, vor allem auch im Bezirk Cuddalore und die wir aus dem Partnerschaftsjahr 2002 sehr gut kannten. Es waren also Partner an dem Projekt beteiligt, die sich bereits im Vorfeld kannten; auch die örtliche Presse, der Bonner Generalanzeiger, schloss sich der Initiative an. Wir haben in Bonn innerhalb von drei Monaten eine Summe von immerhin 500 000 Euro für diese Partnerschaftsinitiative gesammelt. Und es gibt mit Sicherheit auch Bonner und Bonnerinnen, die zusätzlich Spenden an die großen Hilfsorganisationen geleistet haben.

Wir haben uns dann dazu entschlossen, in zwei Dörfern die Wiederanschaffung von Booten und den Wiederaufbau von Häusern zu unterstützen. Dies ist durch die Deutsche Welthungerhilfe organisiert worden. Ich bin selbst im April vergangenen Jahres vor Ort gewesen und habe mir ein Bild von der Situation gemacht. Nach meiner Rückkehr nach Bonn habe ich mehrere hundert Menschen in das alte Rathaus eingeladen, Vertreter von Schulen, Vereinen und Organisationen, die gespendet hatten, um deutlich zu machen und zu zeigen, was konkret passiert ist. Es ist ganz wichtig die Bürger mit einzubeziehen. Und dann - und jetzt kommt für mich das Entscheidende - haben wir das Projekt nicht nach der Tsunami-Hilfe abgebrochen, sondern wir haben eine ganz offizielle Partnerschaft mit Cuddalore gegründet. Inzwischen ist auch ein Verein in Bonn entstanden. Diese Partnerschaft hat drei große Ziele. Erstens möchten wir ein Krankenhaus errichten, was es zwar gibt, was aber sehr schlecht ausgestattet ist. Da Bonn ein Gesundheitsstandort ist, beteiligen sich auch Bonner Kliniken an dieser Initiative. Zweitens soll eine Schule errichtet werden und drittens wird es auch hier wieder Solarprojekte geben, da Bonn sich in den vergangenen Jahren in der Solarenergie sehr stark engagiert hat.

Ich glaube, dass wir durch diese Herangehensweise eine breite Einbindung und ein breites Interesse der Bürger und Bürgerinnen erreichen können, und dies auf beiden Seiten, in den Partnerstädten im Ausland und auch bei uns. Ich will hier noch einmal meine Überzeugung betonen, dass wir auf Dauer keines der Ziele, weder die Millenniums- noch die Nachhaltigkeitsziele umsetzen können, wenn wir nicht eine breite Partizipation der Menschen in den Städten, in den Kommunen, in den Gebietskörperschaften haben. Dies alles ist nicht durch Gesetze und internationale Programme erreichbar, sondern nur, wenn sich die Menschen vor Ort beteiligen. Deshalb verfolgen wir den Ansatz, zusammen mit Entwicklungseinrichtungen und mit Regierungen auf der kommunalen Ebene zusätzlich Kontakte zu schaffen, um ein breites Forum für die Umsetzung dieser Ziele zu haben. In den vergangenen Jahren ist bei der kommunalen Zusammenarbeit weltweit sehr viel passiert. Es ist heute auf allen Kontinenten selbstverständlich, dass kommunale Vertreter an der Entwicklungszusammenarbeit teilnehmen und dass sie die entsprechende Philosophie vertreten.

Als Letztes möchte ich gerne noch etwas sagen, das ich immer hochinteressant finde und das zeigt, welche Möglichkeiten in grenzüberschreitender kommunaler Zusammenarbeit stecken: Klimapolitik wurde in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren eher zurückhaltend betrieben. Doch schon parallel zur Nachhaltigkeitskonferenz 2001 in Johannesburg hat es einen Beschluss der Conference of Mayors der Vereinigten Staaten gegeben, der sich ganz klar gegen die Klimapolitik der nationalen Regierung ausgesprochen hat. Dass sich in den Vereinigten Staaten bei der Klimapolitik jetzt das erste Mal etwas bewegt, hängt auch damit zusammen, dass einige starke Bürgermeister die Probleme in ihren Orten genau kennen. Und ich habe erst kürzlich wieder erlebt, welche Debatte die Verwüstung durch den Wirbelsturm Katrina in den USA und in anderen Ländern hervorgerufen hat, die bisher glaubten, sie seien von Klimafragen weniger betroffen. Da wird die Diskussion um nachhaltige Entwicklung plötzlich ganz wesentlich von der kommunalen Ebene angeregt.

Ich glaube, dass das Thema der internationalen Rolle der Kommunen heute nur angerissen werden kann. Ich bitte Sie alle ganz herzlich, egal wo Sie Verantwortung tragen, die Kommunen mit einzubeziehen. Es gibt eine ganz große Kraft und einen ganz großen Willen in den Kommunen, sich für die nachhaltige Entwicklung dieser Welt mit einzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator

Vielen Dank Frau Dieckmann. Ganz besonders interessant ist der Befund, in welchem Maße sich die Bonner Bevölkerung nicht nur zur Teilnahme auffordern lässt, sondern tatsächlich auch bei diesem Engagement der Stadt mitmacht. Das ist nicht selbstverständlich. Vielleicht ist nachher im Gespräch noch einmal Gelegenheit, zu erforschen, was die Grundlage für diese erfolgreiche Partizipation der Bevölkerung ist. Nun möchte ich Herrn Mkhathshwa einladen, uns seine Analyse der Rolle der Städte in der internationalen Politik und in der Entwicklungspolitik mitzuteilen. Herr Mkhathshwa, bitte schön.

Father Smangaliso Mkhathshwa, ehemaliger Bürgermeister von Pretoria und Präsident von United Cities and Local Governments-Africa

Thank you very much, Ladies and Gentlemen. It is unavoidable that when a local government practitioner speaks before, that I will probably repeat some of the facts that she has mentioned, because we work in the same field. So I will try to identify those aspects of the same challenge that all of us are facing. Before I continue with my real contribution let me also point out the obvious: namely, that we cannot discuss the challenges of development and of globalization without looking at the same time at the context within which all these social phenomena happen.

In 1998 the mayors of Africa came together in Abidjan. At that time they belonged to three associations, one was lusophone, the other one was anglophone and the third one was francophone, a typical colonial situation. We agreed that we could not continue with that situation, because first of all we were fragmented and we could not speak with one voice. We could not tackle challenges facing Africa in a unified way, we depleted the resources that could have been better utilized. In other words, we agreed to come together under one umbrella and that umbrella is now called *United Cities and Local Governments of Africa (UCLGA)*.

Why did we come together? We came together, because we believed that our agenda was to do everything that was in our power as local governments to contribute to a new era of development, social development, intellectual development, economic development, all aspects of human development. And also because we were quite aware that we could not possibly expect to participate and to compete in a lively globalized environment, unless people had high quality education and technical skills, unless our people were united, unless we also fought against the demon of tribalism, the demon of HIV/Aids, the demon of social instability. And therefore, right from the beginning we agreed that we also wanted to help to contribute to the ongoing struggle for peace and stability, because you cannot have development in an environment that is quite unstable.

So let me look back and ask ourselves: why is Africa where it is today? We all agree that there were certain unfortunate historical developments and some of them happened before anyone of us was actually born. The whole phenomenon of colonialism in its various manifestations, the way in which the African continent was obviously balkanized into spheres of influence contributed to the retardation of development. But we also look back with great pride to the great civilizations that existed especially in West Africa, in North Africa, Central Africa and more lately we are discovering in South Africa, that some of the oldest traces of human consciousness and development are actually to be found in South

Africa, as paleontologists have discovered. So we are very proud of this great continent that has potential. And we therefore said, the only way to ensure that Africa moves forward, is to fight poverty, to fight disease, to fight ignorance so that the people of Africa can walk tall and upright. Let us use the UCLGA as a tool to move the continent forward.

We also look with great pride and gratitude to some of our development partners, the donors that have worked with us, through the years of apartheid, of colonialism and of suffering. We all agreed that the only way to say “thank you very much for what you did and what you are doing now and what you are going to do together with us” is to ensure that we organize ourselves in such a way, that our understanding of development follows a new paradigm altogether. Not the usual development where people for instance contributed money and do a lot of duplication and so on. Many problems thus have not been targeted properly. Therefore we said “no, let us look at a new way of achieving those objectives”. We then agreed, that we could not do this in isolation as mayors, counsellors, municipal officials. We needed institutions of higher learning to partner with us. We needed our brothers and sisters in Europe, in Asia, in North America, all over the world, especially in Europe because we have had enormous association with Europe. And we will then say “Let us reassess and reevaluate that partnership, to see to what extent we can create new alliances, new and diverse networks and how we can also work with development partners, with potential donors”. But all this should be done in a way that is slightly different, because you will then see a big difference.

I have noted the very important point mentioned by Ms Léautier from the Woldbank. When you pointed out that the progress of developing countries is actually in the best interest of developed countries, they also stand to gain by that achievements, so it is a win win situation. For me - I suppose that my African ideology comes through - as human beings we belong to one family. And if in any family one of the members of the family is either dragging their feet or is left behind, you extend a hand of friendship and support. And that is therefore the agenda of the *United Cities and Local Governments of Africa*. We are saying that we are agents of change and that national and provincial governments cannot do it alone. Experience has shown many times, that if a national government tries to impose a particular project, without active support of NGOs, of local governance practitioners and so on, that very often it doesn't work as effectively as it should. Yesterday before I left home I had a long meeting with NEPAD, the New Economic Partnership for Africa's Development, which is the economic wing of the African Union. We agreed that there is no way NEPAD could work and succeed alone. There is no way that the UCLGA can do it alone and we need to complement one another's efforts.

That is why, ladies and gentlemen, I thought rather than entertaining you with concepts and abstract thoughts, let me tell you the history, because this is something that is alive, something that you can interact with in a very real tangible way. I was elected the first president of this United Cities and Local Governments of Africa last year and we have already opened an office, where we want to make sure that this organization is not just run from one particular office or centre. We have elected five vice presidents to cover the whole African continent, so that each and every of the five African sub regions begins to work and move forward following the strategy we have already worked out, . Now, obviously I don't want to give the impression that all this has been achieved already. For instance, communication between members and between the head office and members has to be vastly improved. It is not going to be easy at all, but it is very exiting. And I am here today to say to you, ladies and gentlemen, we believe in working together with you. We

believe that we need the international community. We also believe that in a way the international community also needs us.

In conclusion let me just share with you a resolution that was taken at the founding congress of UCLG-Africa in Tshwane/South Africa last year. We felt that if local government institutions and municipalities in Africa are to be effective, they need to have some kind of latitude, some muscle, they need to have power to serve the people. In many African countries the status of local government is very unclear. In South Africa it is very different. According to the constitution there are three interdependent, interconnected spheres of government, each sphere with clearly defined powers enshrined in the constitution. It is clearly stated in the constitution what our president and his cabinet are expected to do, what the parliament is supposed to do, what the provinces are supposed to do and which power and responsibility the local government has, which level makes it possible for local government institutions in South Africa, to take initiative on their own. For some of them we generate their own revenue, limited as it may be, to fulfill the very specific responsibilities that have been given to them. Now this is not really the case in all the countries in Africa. We therefore took a decision in UCLG-A, that we need to persuade all heads of states in Africa to follow a model, not necessarily the South African model, but to allow a situation, where mayors, counsellors, officials at local government level can take the initiative, interact with the people and take decisions for which they will be accountable.

When we were discussing the importance of cities in the development of nations, of countries, I was struck by the fact that in a way this is not really completely new. If you study ancient Greece, Athens was a key to the development of Greece. The same is true for Rome and the Roman Empire. So perhaps what we are doing now is something that was done a long time ago under different circumstances and maybe for different reasons, but the principle remains very valid. Ladies and gentlemen, thank you for giving me the opportunity to speak here. I am also saying this for my colleague Elisabeth Gateau. She is the Secretary General of the UCLG and she is playing an extremely important role. I am responsible for the African continent, also for the world, but she is responsible for the whole world's local government practitioners and together we say thank you very much for giving us this chance.

Moderator

Vielen Dank, Mr. Mkhathshwa. Sie haben am Anfang Ihrer Rede auch auf die Bedeutung friedlicher Beziehungen als Grundlage für jedwede Entwicklungsprozesse hingewiesen, und vielleicht kann man in dem Austausch, der gleich folgt, auch noch mal darüber reden, wie solche auch auf Solidarität ausgerichteten Partnerschaften und Netzwerke selbst zu einem Instrument des Friedens und zu einer Förderung der Friedensentwicklung werden können. Zunächst einmal herzlichen Dank. Frau Gateau, bitte.

Elisabeth Gateau, Generalsekretärin United Cities and Local Governments

Networks and city alliances is the theme of our workshop this afternoon and with the mandate of my presidency I would like to tell you about the global organization of cities, the United Cities and Local Governments (UCLG), Weltbund der Städte. This organization is the association, which the cities themselves have freely created, which is co-funded from

the cities and local government associations and we try through this to be a self governing organization. We do not rely on subsidies, which means that we have our own agenda, which is decided upon by our leadership, our politicians, the mayors of the world. Of course, we cannot be a centralized organization and you have already noted that we have a strong and structured European branch, the Council of European Municipalities and Regions CEMR, of which Mrs. Dieckmann is one of the vice presidents. We have very strong German associations as members, Stefan Articus is here, one of the main executive officials of this association and they all support us. We also have a very important African branch, Father Mhkatshwa is the president and just told you about his branch.

Now what is the mandate of our organization, founded one and a half years ago in Paris? The members, as you were told, are very divers. North, South, smaller cities, mega-cities, associations of local government from the whole planet. I think you could hardly find a country where the national association of local government is not a member of UCLG. What does unite us? Of course, we cannot start with doing everything, so we decided to focus on only two objectives. The first objective is to change the relationship with the United Nations system. I will give you an example to explain this. The Millennium Development Goals were decided in the year 2000 by over 190 national governments, members of the United Nations, but without consultation of local governments. You can imagine that local government representatives were disappointed and when in 2005 we had the Millennium Review Summit in New York the analysis was not very optimistic that these objectives could be reached in the year 2015.

In the meantime the situation has changed and UCLG played an important role in this change. Most governments and most of the United Nations agencies consider it necessary now to have the support and commitment of local governments to succeed with the Millennium Goals. This did not come by itself. Three months before the Millennium Review Summit in New York in September 2005 last year at UCLG we got hold of the draft outcome document with 40 pages and not one word about local governments. One could say that as these are statements, writings, papers they don't have much meaning. But we have the feeling that if you do not appear in an official document of the governments then it means that there is no political existence, no legal basis for starting anything. So the mayors of UCLG decided that we had to make a strong lobby to change this. And here I would like to pay tribute to the European Union and to the German government, they helped us very much, they supported the demands of all the European cities which were asking for a recognition of the role of local governments in the possible success of the Millennium Goals. Through this lobby and with the support of the German government and the European Union, one paragraph was included in the Millennium Review Summit document, recognizing the importance of local governments in the Millennium Goals.

I was very interested to listen to our colleagues on the previous panel where everybody stated the importance of local governments. But again, when it comes to real recognition it is not that easy. We always have the support of the European Union governments, but not always the support of other parts of the world for many reasons. So our objective is now to change this, to obtain this kind of recognition one after the other on each world summit. We obtained it at the Millennium Review Summit, we obtained it three weeks ago at the World Water Summit in Mexico City. Again 100 governments were gathered and again there was a lot of recognition for the role that local governments can play in the management of major problems of the future of mankind, which is water. And again it was not an easy task to obtain this formal recognition. This week there is a meeting of the committee on development of the European Parliament. They are discussing the criteria

and the regulations for the European Development Fund. This fund has been in existence for 30 or 40 years. Local government cannot have access to the European Development Fund as such whereas NGOs can.

This, by the way, is another question: The United Nations system does open the door to local government in the framework of NGOs. But the city of Bonn, or the city of Pretoria, or the city of Berlin are not NGOs, they are government at a different level than the national government. So this is part of our main objective. We are trying step by step to convince the other governments of the planet, that they should support the local governments in a much broader way.

The other mandate, which we have, is to become the central organization for exchange of know-how, expertise and best practices between local governments. One instrument will be our first global report on decentralization and local democracy, which we would like to publish as an index following the example of Amnesty International or Transparency International, which shows the state of local democracy in the world. We are now working at this with a team of researchers and we hope to start soon and produce something which will have a high credibility and respectability. Another instrument are the 13 committees which have been established, where the local government officers and politicians can discuss among themselves and exchange know-how and expertise. I would like to mention one of them in particular, which is the committee on local finance and development for which we have received the support of the World Bank and of Cities Alliance. I see Mr. Konukiewicz of the German Ministry of Development Cooperation BMZ here and I thank him for the support we receive there - which will enable us to create a task force of mayors capable of becoming a partner to the World Bank. This is not easy as the World Bank, the agencies and local governments all discuss individually in a way where they are more or less divided. We are now trying to unite the views of local governments on these matters and try to find solutions together with the World Bank and other institutions and the donors. So these are examples of our work. Thank you very much.

Moderator

Herzlichen Dank Elisabeth Gateau. Wenn ich mal Revue passieren lasse, was Herr Mkhathshwa auch an Problemen berichtet hat, sozusagen Netzwerke und Verbände zu etablieren, stellt sich vielleicht mal in einer längeren Perspektive innerhalb unseres neuen Weltverbandes auch die Frage, ob dieser Verband nicht auch Hilfestellung geben kann, einmal gegenüber Regierungen, die kommunale Projekte erst gar nicht zulassen wollen, aber auch bei Fragen der Qualifizierung und der Organisation von Struktur. Nun bitte ich Herrn Witschel um seinen Beitrag.

**Dr. Georg Witschel, ehemaliger Leiter der
Tsunami-Partnerschaftsinitiative, Auswärtiges Amt**

Meine Damen und Herren, Vernetzung und Städte-Allianzen, die neue internationale Rolle der Kommunen. Ich bin kein Kommunalpolitiker, kein Experte und möchte mich daher dem Thema von dem Blickwinkel aus nähern, bei dem ich wenigstens etwas Expertise besitze, nämlich Hilfe, Partnerschaft, Projektpartnerschaft, wie wir es am Beispiel der Tsunami-Hilfe ein gutes Stück weit demonstrieren konnten. Sie erinnern sich, dass in der Neujahrsansprache 2005 der Bundeskanzler zur Partnerschaftsinitiative aufgerufen und Christina Rau an ihre Spitze gerufen hatte. Was sollte diese Partnerschaftsinitiative? Sie war etwas Ungewöhnliches, sie war nämlich ein Hilfsangebot des Staates subsidiär, ein Hilfsangebot an Private, an die Kommunen, an Landkreise, an Vereine, an Individuen zu

helfen. Die Partnerschaftsinitiative sollte mehrere Zwecke erfüllen, nämlich Hilfsangebote der deutschen Zivilbevölkerung, der deutschen Zivilgesellschaft möglichst genau auf die Bedürfnisse der Menschen in den Krisenregionen auszurichten, das offizielle Hilfsprogramm der Bundesregierung zu flankieren, über die Nothilfe der ersten Monate hinauszuwirken. Vor allem aber sollte sie dazu beitragen, die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu den Ländern in der Tsunami-Region zu vertiefen, und zwar nicht auf nationalstaatlicher Ebene, sondern auf Ebene der Städte, der Regionen, der Provinzen, der Dörfer, also Zivilgesellschaften aktiv in die Entwicklung der bilateralen Beziehungen einzubinden.

Dieses sehr ungewöhnliche Angebot des Bundeskanzlers fand enormes Gehör. Wir haben 1.380 Hilfeangebote, Partnerschaftsangebote bekommen, 350 davon aus Kommunen und bei den Kommunen beziehe ich Landkreise mit ein. Von diesen 350 sind mittlerweile gut 300 vermittelt, der Rest ist in Arbeit. Was gehört dazu, um Ihnen so einen Überblick über die Maßnahmen zu geben, die in diesem Rahmen geleistet wurden? Es war Aufbau der Wasser-Infrastruktur, Gebäude-Infrastruktur, allgemeine Infrastruktur, aber auch Unterstützung bei Administration, Planung, medizinischer Versorgung. Frau Dieckmann, Sie haben vielleicht das erfolgreichste Beispiel, nämlich Cuddalore in Südindien genannt, wo Sie u. a. Fischerei-Einrichtungen, Wohnräume und anderes wieder aufbauen. In Thailand helfen die Kreise Düren und Heinsberg den Seenomaden bei der Beschaffung von Booten. In Sri Lanka sind die Städte Regensburg, Wolfsburg und Hannover beim Schulbau und bei Schulpartnerschaften beteiligt und in Banda Aceh renovieren die Städte Meerane, Erfurt und Buchholz ein Waisenhaus. Nun, wir sollten vorsichtig, realistisch und fair sein, es ist vermutlich noch viel zu früh, um zu beurteilen, wie viele längerfristige Partnerschaften aus der spontanen Hilfe der ersten Monate entstehen werden. Ich glaube Cuddalore ist auf gutem Wege, aber warten wir es ab, wie viel über fünf oder zehn Jahre davon halten wird.

Und doch hat der Tsunami eine Tatsache an die Oberfläche gespült, nämlich dass Kommunen, Städte und Landkreise eine zwar kleine, aber wichtige Rolle im internationalen Beziehungsgeflecht spielen. Sie sind die Träger, die Grundorganisationen einer zivilgesellschaftlichen Verknüpfung - und das ist, glaube ich, neu in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren - von Ländern aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen und mit ganz unterschiedlichen Einkommensverhältnissen. Es ist eben nicht mehr nur Deutschland mit Frankreich oder Deutschland mit England, sondern nun auch mit der Weltregion, die man früher Dritte Welt nannte. Kommunen geben Hilfe, sie empfangen Hilfe, und zwar deshalb, weil Kommunen oft den Problemen der Menschen am nächsten stehen. Wer macht denn häufig das Rettungswesen? Wer macht die Feuerwehr? Wer kümmert sich um Gesundheits- und Schulwesen? Das sind doch die Kommunen. Die Kommunen verfügen über wirklich bedeutende eigene Kenntnisse und Fähigkeiten, die auf staatlicher Ebene, bei uns also auf Ebene der Bundesregierung, so oft gar nicht vorhanden sind.

Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Kommunale Partnerschaften können mittlerweile auf tragfähigen internationalen Grundlagen aufbauen. Ich denke hier an die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, den Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Ich erinnere noch mal an Rio de Janeiro, wo die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen das Programm Agenda 21 annahmen, das eine zukunftsfähige Entwicklung bei gleichberechtigter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher, umwelt- und teilhabebezogener - das ist ein schöneres Wort für partizipatorischer - Aspekte fordert. Was haben wir hier in der Bundesrepublik innerhalb der Bundesregierung getan? Zusammen mit den Ländern wurde bereits 2001 die

Servicestelle Kommunen in der einen Welt - grässliche Abkürzung SKEW - gegründet, die bereits vorhandene Ansätze kommunaler Entwicklungszusammenarbeit in den 16 deutschen Bundesländern und in 16 000 Kommunen unterstützen soll. Neben der Stärkung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit mit Partnern in anderen Ländern gehört die Schaffung kommunaler Partnerschaften zu den wesentlichen Aufgaben. Wir, sprich das Auswärtige Amt, arbeiten und arbeiten immer noch mit Inwent im Rahmen der Tsunami-Hilfe sehr eng zusammen. Eine ganze Reihe bestehender und erfolgreicher, auch durch Inwent vermittelter Partnerschaften wie z. B. zwischen Nürnberg und San Carlos, Nicaragua, oder zwischen Ludwigshafen und Sumgait in Aserbaidschan, zeigen, dass solche Partnerschaften Erfolg haben können.

Ich komme zum dritten Aspekt: Kommunen brauchen auch Unterstützung. Häufig fehlt den Kommunen nämlich die Kompetenz, auf internationalem Parkett tätig zu werden. Was Sie Frau Dieckmann, sagten war ein ganz wichtiger Punkt: Gefährlich wird es dann, wenn eine Kommune, ohne bereits Beziehungen in ein bestimmtes Gebiet, in eine bestimmte Stadt zu haben, meint, sie muss binnen 24 Stunden helfen. Wir hatten diese Fälle im Rahmen Tsunami: ein Bürgermeister flog nach Sri Lanka, hat sich mit seinem Kollegen dort getroffen und wollte die Schule wieder aufbauen. Auf der Rückfahrt fiel ihm dann ein „Mensch, man könnte noch mal mit der Botschaft sprechen“ und musste dann letztlich erfahren, dass die Gemeinden in Sri Lanka gar nicht für den Schulbau zuständig sind, dass dieses Projekt an Japan vergeben war und dass allenfalls Reisemittel in den Sand gesetzt wurden. Kommunen können also viel, sie können aber nicht alles und sie sollten sich dort, wo sie es benötigen, auf erfahrene Hilfsorganisationen abstützen. Das muss nicht der Staat sein, das können sehr wohl große Nichtregierungsorganisationen sein, aber versuchen Sie es nicht allein im Schnellgang.

Es gibt viele Fragen, die sich Gemeinden stellen müssen, gerade dann, wenn man den vertrauten Kulturkreis verlässt. Was dürfen eigentlich Gemeinden in anderen Teilen der Welt? Was sind ihre Erwartungen gegenüber uns? Wie kann vermieden werden, dass aufgrund eines unterschiedlichen Erfahrungs- und Erwartungshorizontes die Enttäuschungen schnell groß werden? Hier braucht es ein staatliches Unterstützungsangebot und hier gilt der Appell: Arbeiten Sie mit erfahrenen Organisationen zusammen. Was wir hier tun, was ich hier angeleiert habe, ist, auch im Auswärtigen Amt den Gedanken kommunaler Städtepartnerschaften tiefer zu verankern. Der ist da, seit langem, aber er ist noch so ein bisschen Europa-lastig. Ich habe mich daher hingesezt, habe vor allen Dingen den Leiter unserer Aus- und Fortbildungsstätte angeschrieben und dafür geworben, dass wir bereits in unserer Aus- und Fortbildung, aber auch sozusagen bei den Marschbefehlen unserer Leute, die ins Ausland gehen, bei den Anforderungen für die Berichterstattung, das Thema kommunale Partnerschaften richtig in den Köpfen verankern.

Eins muss natürlich auch dabei klar sein: Wir können als Bundesregierung helfen, aber die eigentliche Verantwortung bleibt bei den Kommunen. Die wiederum müssen mit ihren knappen Haushaltsmitteln internationale Kontakte pflegen. Also hier kann viel getan werden, denn moderne Kommunikationswege sind Möglichkeiten für eine verstärkte internationale Rolle der Kommunen. Globalisierung bietet hier eine Chance.

Vielleicht sollte ich noch einen Aspekt erwähnen, denn Herr Mkhathwa, Sie erwähnten, dass Afrika uralte Kulturen hat und dass es eben nicht nur um generöse Hilfe geht, sondern dass in Afrika zu Recht Stolz vorhanden ist. Partnerschaften sind, auch wenn sie von der Ersten in die so genannte Dritte Welt gehen, keinesfalls nur Einbahnstraßen. Wir können

von Gemeinden in der Dritten Welt einiges lernen. Es gibt bewundernswerte Beispiele von Transparenzschaffung und Bürgerbeteiligung in Ländern der Dritten Welt, von denen wir wiederum vieles lernen können. Es gibt hier also durchaus Zweibahnstraßen, die wir nutzen können.

Ein letztes Wort, und ich komme damit zum Schluss. Man muss natürlich auch aufpassen. Bürgerinnen und Bürger werden von ihrer Kommune zunächst erwarten, dass kommunale Dienstleistungen zu Hause erbracht werden. Bürgervereine, die sich etwa um bestimmte Partnerschaften kümmern, halte ich für einen sehr guten Ansatz, um Langfristigkeit in die Partnerschaft zu bringen. Auch wenn Enttäuschungen, gerade bei Partnerschaften mit der Dritten Welt, nicht ausbleiben werden, glaube ich, dass die Multikulturalität und die Internationalität vieler deutscher Kommunen eine bedeutsame Möglichkeit ist, um Globalisierung durch eine kommunale Vernetzung und durch Städte-Allianzen mitzugestalten. Lassen Sie uns also diese Möglichkeiten gemeinsam nutzen, aber mit Augenmaß, mit Geduld und mit der nötigen Zusammenarbeit mit den anderen Spielern, die Kommunen den notwendigen Rückhalt, die notwendige Unterstützung bei Aktivitäten in der Dritten Welt geben können. Vielen Dank.

Moderator

Vielen Dank, Herr Witschel, für diese Ausführungen und dafür, dass Sie noch mal am Ende der Statements so ausdrücklich und überzeugend dargestellt haben, welche Rolle die Kommunen oder kommunale Partnerschaften im Entwicklungsprozess bilden können. Ganz herzlichen Dank auch dafür, dass Sie sich hier im Auswärtigen Amt für eine noch weitergehende unterstützende Haltung für solche Partnerschaften eingesetzt haben.

Dann wäre mein Vorschlag - auch auf die Gefahr hin, dass unsere Diskussion wegen der fortgeschrittenen Uhrzeit dann so ein bisschen den Charakter der Haydn'schen Abschiedssinfonie hat, dass immer mehr gehen, aber das akzeptieren wir - dass wir einfach in die Diskussion einsteigen. Darf ich um Wortmeldungen bitten.

Diskussion

Hennig Zierock, Gesellschaft Kultur des Friedens

Wir haben selbst in unserer Organisation vieles von dem hier Dargestellten nachvollzogen, von Städtepartnerschaften bis zu Projektpartnerschaften in Krisen- und Kriegsgebieten. Mich würde vor allem eines interessieren: diese Städtepartnerschaften waren ja vor allem ein Friedensinstrument, etwa die Versöhnung mit Frankreich. Aber sind wir nicht immer beim Reagieren stehen geblieben? Es gibt in Wirklichkeit keine strategische Initiative, wie wir kommenden Problemen entgegentreten. Frau Diekmann, was Sie gesagt haben, das ganz Neue war 1992 in Rio, als es hieß, man kann nur mit den Menschen große Veränderungen erreichen. Die Gesellschaft bildet sich nicht immer ab in den kommunalen Parlamenten. Porto Alegre war so ein Beispiel mit den Bürgerbeteiligungen. Was ich vermisse ist, dass wir jetzt in dieser Situation eigentlich verschlafen haben, mit den islamischen, arabischen Staaten solche Projekte und Friedenspartnerschaften einzugehen, und zwar nicht nur bilateral, sondern als weltweite Strategie. Israel – Palästina zeigt es, dass man nicht in einer Richtung eine Partnerschaft macht, sondern immer gleichzeitig in zwei Richtungen, nämlich die Partner von außen reinbringen, wie es die OSZE auch macht, dass man Leute hat, die neutral vermitteln. Warum haben wir das mit dem Irak nicht gemacht? Es gab eine große Initiative der Städte im Krieg in Amerika, in San Francisco, viele haben sich gegen den Krieg ausgesprochen. Im Iran wäre es jetzt höchste Zeit, dass Sie dort hinreisen würden. Aber da haben Sie Probleme mit dem Auswärtigen

Amt, auch wenn es immer so schön heißt kommunale Außenpolitik. Eigentlich ist es ja schon 15 Jahre alt was wir machen, dort hinzureisen und mit den Bürgern dort zu sprechen, nicht auf den nächsten Krieg zu warten, und wir reparieren dann wieder den Aufbau mit. Man reagiert immer nur auf die Dinge und ich würde mir wünschen, dass wir viel aktiver die Bürger beteiligen, weil es ist ja keine schweigende Gesellschaft gibt, auch nicht im Iran und anderen Ländern. Jetzt wäre die Zeit, auch das zu entwickeln. Auch wenn das ein großes Spannungsfeld ist, wenn der Außenminister Ihnen sagen wird, das können Sie nicht machen, Sie können da nicht hinfahren oder so eine Initiative mit Friedenspartnerschaften einbringen. Das nur als Anregung, dass wir in den Städtepartnerschaften viel aktiver diese friedensstiftende Rolle wahrnehmen als zu warten, bis es zu spät ist. Danke.

Moderator

Vielen Dank für diesen Hinweis. Möchte jemand von Ihnen darauf antworten?

Gateau

There exists more than you notice at first sight. We have a city diplomacy committee which is chaired by the mayor of The Hague and which is very actively dealing for instance with matters such as the Israel – Palestine cooperation where Israeli and Palestine mayors do work together, do start cooperation, do things which at the state level would not be really possible at this stage. So there are cooperations which are very discreet, very quiet because of the circumstances, but which have been started. So that is one example. There is another one. The UN has asked us to create a database of experts of the local governments, capable of intervening in future post-conflict regions and we are trying to do this with the United Nations High Commissioner for Refugees. It is not easy because in local governments the mayor and the municipal council cannot decide in advance that they will have 12 firemen ready to jump to an Iraqi city. So what we are trying to do is that local governments do contribute to our data base what kind of capacities they have in the city which could be theoretically made available in post-conflict situation as well as in disasters such as the Tsunami situation. That is what we are now trying to build, which means that there is some kind of strategic thinking in advance.

Dr. Georg Witschel

Vielen Dank. Zwei, drei Anmerkungen, die, bis auf die Erste, meine persönlichen Anmerkungen sind. Die erste bezieht sich auf Irak. Ganz klar, bleiben Sie da draußen, bleiben Sie da weg. Es gibt eine ganz eindeutige Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Dies Pflaster ist zu heiß. So, jetzt weg vom Auswärtigen Amt. Jetzt spricht Georg Witschel, aber auch hier mit einer gewissen Skepsis. Ich glaube, man sollte die Rolle der Kommunen auch nicht überstrapazieren. Bei bestimmten Großkonflikten oder Dauerkonflikten sehe ich nicht, wie eine Kommune oder auch mehrere Kommunen diese hätten verhindern können oder noch verhindern könnten. Im Krieg im Irak wäre mit Städtepartnerschaften auch zwischen einigen amerikanischen und irakischen Städten nichts zu machen gewesen. Die Lage im Iran wollen wir mit diplomatischen Mitteln lösen. Ich hoffe es kommt da nie zum Krieg. Aber auch hier geht es um Interessen, bei denen Städtepartnerschaften vermutlich nicht mehr viel ausrichten können. Drittes Beispiel Sri Lanka, die Tamilen-Gebiete: ein Tamilen-Führer lässt sich nicht von Städtepartnerschaften beeindrucken, eher besteht die Gefahr, dass er Städtepartnerschaften, Kommunalvertreter für seine ziemlich widerwärtigen Zwecke ausnutzt.

Wo ich aber gute Chancen sehe, ist erstens die ganz frühe Phase der Krisen- und Konfliktprävention, wenn es darum geht, im Dialog Konfliktpotentiale abzubauen, bevor diese ein hochkritisches Stadium erreichen und kurz vor dem Umschlag in Konflikte sind.

Wo ich es zweitens ganz stark sehe, ist bei dem, was man heutzutage *post-conflict peace building* nennt, sprich eine Stabilisierung nach Abflauen eines heißen Konfliktes, nämlich dann, wenn ja häufig auch die Notwendigkeit der Hilfe und Zusammenarbeit der Beratung am höchsten ist. Aber ich will hier ganz bewusst auch Euphorie vermeiden. Bitte überstrapazieren Sie dieses Instrument nicht. Man muss auch sehen, wo bestimmte Mittel nicht mehr taugen und wo das Konfliktpotential so ist, dass noch nicht mal mehr große Staatengruppen etwas dagegen tun können. Danke.

Bärbel Dieckmann

Ich finde, Sie haben das engagiert vorgetragen. Es gibt Städtepartnerschaften mit Städten aus der arabischen Welt, es gibt Städtepartnerschaften mit palästinensischen Orten, aber ich sage Ihnen, es gibt auch viele Komplikationen. Wir haben im letzten Jahr mit der UNO-Flüchtlingshilfe und mit HELP e.V. zusammen mit Kabul eine Partnerschaft aufgebaut. Da gibt es viele Dinge zu beachten, was wir auf der kommunalen Ebene nicht alleine können. In diesem Jahr haben wir eine Partnerschaft, in der wir den Irak zusammen mit HELP unterstützen. Die HELP-Mitarbeiterin, eine Irakerin aus Bagdad, kam zum Internationalen Frauentag nach Bonn und hat vor mehreren hundert Leuten berichtet. Die Frau ist ein Glücksfall für die Organisation. Sie könnten überhaupt niemanden von Deutschland aus in den Irak schicken. Und ich will ein drittes Beispiel nennen. Bei unserer Partnerschaft mit Minsk erhalten wir seit vielen Jahren zum Teil enge Beratung vom Auswärtigen Amt, weil es viele schwierige Fragen gibt. Wie stabilisiert man ein System? Was ist mit denen, die sich im Bonn-Club in Minsk engagieren? Werden diese Menschen benachteiligt? Wir haben diese Komplikationen durchgehalten. Es hat aber auch Zeiten gegeben, zu denen wir die Partnerschaft auf ganz niedrigem Level fahren mussten, weil wir wussten, dass die Teilnahme an dieser Zusammenarbeit für Bürgerinnen und Bürger aus Minsk riskant war. Wir haben wieder intensiv im Auswärtigen Amt beraten, was man jetzt nach den Wahlen in Weißrussland macht. Ich will dies nur einmal erwähnen, weil die Kommunen mit derartigen Situationen teilweise überfordert sind. Man muss hier gut aufpassen, dass man nicht in Abläufe hineingerät, die man dann selbst nicht mehr beherrscht.

Hermann von Richthofen, Botschafter a. D.

Vielen Dank dem Panel für die sehr interessanten Darstellungen. Ich kann aus meiner beruflichen Erfahrung sagen, dass die Städtepartnerschaften ein wichtiges Instrument von *public diplomacy* sind. Ich habe immer vor Ausreise an einen neuen Dienort den Deutschen Städtetag aufgesucht, Bonn – Oxford möchte ich hier mal nennen, auch meine eigene Heimatstadt Königswinter. Ich erinnere aber auch an die Bedeutung von Städtepartnerschaften mit der DDR während des Kalten Krieges. Das war ein wichtiges politisches Instrument. Ich habe nach meiner Pensionierung ein bisschen für den Ministerpräsidenten von Brandenburg in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen gearbeitet und damit möchte ich jetzt eine Frage verbinden.

Hier gibt es nämlich Zwillingstädte entlang der Grenze, ich nenne mal Frankfurt/Oder und Slubice oder Guben und Gubin oder Görlitz und Zgorzelec. Und wir haben im deutsch-französischen Verhältnis das Karlsruher Abkommen, das es ermöglicht, die völkerrechtliche Grenze zu überwinden und grenzüberschreitende Zweckgemeinschaften von Gebietskörperschaften zu machen, die wir dringend auch in anderen Teilen Europas bräuchten. Meine erste Frage, Frau Dieckmann, was machen Sie in der Europäischen Union? Kümmert man sich darum, dass man diese Modelle weiterbringt? Meine zweite Frage, Görlitz und Zgorzelec haben sich beworben um die Kulturhauptstadt Europas und ich fände das sehr interessant, mal eine Zwillingstadt entlang der Grenze zur europäischen

Kulturhauptstadt zu machen. Kontrahent ist die Stadt Essen. Unterstützt Ihr Verband diese Bewerbung? Vielen Dank.

Bärbel Dieckmann

Ich nehme jetzt nicht Stellung dazu, welche Stadt ich für die Kulturhauptstadt unterstütze. Das könnte mir Widerstand in Nordrhein-Westfalen einbringen, wenn ich jetzt Ihre Position vertrete. Aber ich denke, beide Städte sind gute Bewerber und eine wird es werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, für die es seit langem konkrete Beispiele wie z. B. Aachen gibt, halte ich für sehr wichtig. Diese Zusammenarbeit wird sowohl vom Deutschen Städtetag aber auch vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas unterstützt, weil sie für viele Gebiete zukunftsweisend ist. Ich kann das nur voll unterstützen. Gerne will ich auch noch einen Satz zu den innerdeutschen Partnerschaften sagen, die auch eine große Bedeutung haben. Wir haben ja z. B. eine mit Potsdam, die vor 1989 entstanden ist, und wir feiern nach wie vor abwechselnd in den beiden Städten den 3. Oktober, den Tag der Deutschen Einheit, einmal in Bonn und alternativ in Potsdam, und zwar immer in Veranstaltungen mit vielen hundert Menschen. Ich glaube, das war eine ganz wichtige innerdeutsche Entwicklung.

Dr. Günther Taube, Inwent

Ich möchte mich zunächst bei meiner engagierten Oberbürgermeisterin Frau Dieckmann für ihre Einsätze in der kommunalen Partnerschaft bedanken. Ich habe zwei kurze Fragen zum Stichwort Netzwerkbildung, die sich an die beiden Praktiker aus Pretoria und Bonn richten. Die erste Frage: man kann ja die Verwaltung einer Stadt auch als Kontaktvermittler, als Broker zu verschiedensten Themen verstehen. Sie erwähnten z. B. die Feuerwehr, Vereine und Unternehmen. Vor dem Hintergrund der modernen Informationstechnologien *Shared Works Basis*, Internet, E-mail, muss es da doch erhebliche neue Möglichkeiten geben. Wie nutzen Sie die zum Beispiel? Einfach in der Vermittlung von Kontakten, als Wissensvermittler von einem Oberbürgermeister zum anderen? Zweite Frage: Städte wie Bonn, aber auch viele andere große Städte haben eine ganze Reihe von Partnerschaften. Welche Bestrebungen gibt es dort, diese Städte miteinander zu vernetzen, sozusagen wiederum als Broker tätig zu werden, um ein Netzwerk von Partnerstädten zu schaffen, zu fördern und weiterzuentwickeln?

Bärbel Dieckmann

Die Netzwerkbildung findet natürlich vielfältig statt, übrigens nicht nur zwischen den Städten, sondern auch mit unterschiedlichen Organisationen. Ich habe ausdrücklich InWent und andere Organisationen genannt. Ich glaube, dass wir inzwischen ein ganz breites Netzwerk von Engagierten in der internationalen kommunalen Entwicklungszusammenarbeit haben. Ohne sie würde diese überhaupt nicht funktionieren. Ich habe keinen Ehrgeiz, die Rolle der Kommune über zu bewerten. Ohne InWent zum Beispiel, hätten wir keine der Konferenzen der letzten Jahre, auch kommunale Konferenzen, organisieren können. InWent ist immer dabei gewesen, genauso wie die Ministerien, und die Servicestelle ist schon genannt worden.

Die zweite Netzwerkbildung, die natürlich ganz intensiv stattfindet, geht über unsere Weltorganisationen, also die Städteorganisationen, die weltweit natürlich auch Netzwerke darstellen. Das sind z.B. Einrichtungen wie der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI), die für Nachhaltigkeitsstrategien arbeiten. Inzwischen sind weltweit 800 Städte bei ICLEI organisiert. Es gibt vielleicht schon zu viele getrennt arbeitende Netzwerke, weil man sich dann manchmal auch ein bisschen verzettelt. Deshalb engagieren wir uns auch immer in den offiziellen Netzwerken. Der Kontakt innerhalb von

Partnerschaften wird auch durch die EU gefördert. Es gibt eine ganze Reihe von EU-Projekten, die nur finanziell unterstützt werden, wenn drei Partnerstädte beteiligt sind. Solche Projekte haben wir auch schon gemacht, Beispiel Potsdam – Bonn – Petropolis in Brasilien, ein größeres Projekt. Ich habe eine gute Mannschaft in der Verwaltung, die das macht. Man muss sich aber trotz allem ein bisschen begrenzen, denn solche Projekte bedeuten unendlich viel Arbeit. Deshalb habe ich am Anfang auch die europäischen Partnerschaften genannt, die später ein ganzes Stück von selbst laufen, wie unsere Partnerschaft mit Oxford. Auch mit Yalova in der Türkei besteht eine wunderbare Partnerschaft, die nicht mehr sehr viel Arbeit durch die Stadt erfordert. Im Rahmen dieser Partnerschaft gibt es regelmäßige Besuche und Treffen von Schulen und Fußballvereinen beider Städte. Andererseits erfordern Partnerschaften in Ländern, in denen die politische Situation etwas komplizierter ist, eine ganze Menge Koordinationsaufwand. Wenn sich dann sogar drei Städte zusammenschließen, muss man sich schon wirklich intensiv koordinieren. Trotz des Aufwands finde ich es gut, dass die EU diese Art von Netzwerk unterstützt, denn sie zwingt uns genau zu überlegen, mit wem wir uns und warum zusammenschließen.

Mkhatshwa

I think we should make a distinction between networking with other people, which merely implies a much more efficient dissemination of information and data, and which is opposed to a network that is based on trust. Because we have to win over people to believe in what we are marketing, setting and so on and therefore have to extract from them a readiness to go all the way with us. I think it is important to make this distinction.

Werner Heinz, Deutsches Institut für Urbanistik

Wir haben vor drei Jahren im Auftrag der GTZ eine Studie gemacht über kommunale Entwicklungspartnerschaften und da wollte ich etwas sagen, das ist jetzt fast so wie Wasser in den Wein zu schütten. Bonn ist sicherlich eine Ausnahme. Es gibt noch ein paar andere Städte in der Bundesrepublik, die ich zu diesen Ausnahmen zählen würde. Sonst trifft allerdings zu, was Herr Articus anfangs sagte: Die meisten Städtepartnerschaften sind nach dem Krieg entstanden. Es sind vielleicht etwas mehr als 6 000 zwischen europäischen Städten. Sie dienten der Versöhnung, dem Aufbau von Beziehungen. Mit so genannten Entwicklungsländern waren es vor drei Jahren etwas weniger als 200 Partnerschaften. Ein Teil davon ist aus politischen Gründen in den 70er, 80er Jahren mit mittel- oder südamerikanischen Ländern hergestellt worden, Nicaragua lässt grüßen. Die Partnerschaften, die danach kamen, wurden in Zeiten klammer städtischer Kassen, hauptsächlich mit den so genannten Transformationsstaaten und China eingegangen. Und wenn man guckt, welches die Gegenstände der Partnerschaften waren, dann waren es ökonomische Beziehungen, Messen usw.. Das heißt also, bestimmte Bereiche dieser Welt, die aus ökonomischen Gründen von den *global players* links liegen gelassen werden, werden auch von den Städten ziemlich links liegen gelassen, wenn auch nicht so sehr wie von den global players. Deshalb meine Frage: Kann man etwas dagegen tun?

Bärbel Dieckmann

Die Beschreibung ist richtig, was ich am Anfang auch angedeutet habe. Bonn hat eine gewisse Ausnahmesituation als internationale Stadt, als UN-Stadt, als Sitzstadt vieler Nichtregierungsorganisationen und mein Anliegen war immer, dass Bonn sich auch selbst damit identifiziert. Ich würde immer den Rat geben, mit Organisationen, die in den Ländern engagiert sind, zusammen zu arbeiten. Ich habe deshalb auch die Komplikationen eben beschrieben. Es ist sinnvoll, auf Einrichtungen und Entwicklungsorganisationen zuzugehen, die in den Ländern aktiv sind, und mit ihnen zusammen ganz konkret ein oder

zwei Projekte vor Ort zu unterstützen. Und ich will auf noch etwas hinweisen, wovon ich glaube, dass wir gemeinsam etwas tun können: Es hat ganz lange in der Bundesrepublik öffentlich keine wirkliche Unterstützung für diese Partnerschaften gegeben. Sie galten immer als etwas Exotisches, und es gab Geschichten von wirklich böartigen Presseartikeln über einen angeblichen „Kommunaltourismus“ von Bürgermeistern, die es wagten, vier Tage ins Ausland zu reisen. Ich habe das selbst nicht erlebt, weil Reisen im Rahmen von bestehenden oder geplanten Städtepartnerschaften in Bonn auch von der Öffentlichkeit akzeptiert worden sind. Aber ich denke, dass wir da für Verständnis werben müssen.

Es ist meine Überzeugung, dass wir für die Erreichung der Millenniums- und Nachhaltigkeitsziele kommunales Engagement brauchen. Und das erfordert auch einen persönlichen Austausch. Vielleicht wird eine Konferenz wie diese hier auch dazu beitragen, dass dies in der Öffentlichkeit besser verstanden wird. Es wird nicht ohne die Kommunen gehen. Das gilt für uns in Europa, aber das gilt erst recht für manche Städte in den sich entwickelnden Staaten. In Städten mit 10 oder 20 Millionen Einwohnern erreichen Sie die Millenniumsziele nicht, wenn die Städte sich nicht ganz intensiv engagieren. Ich kenne die Analysen, die mich aber auch noch nicht pessimistisch machen. Sie zeigen nur, dass wir weitermachen müssen. Natürlich sind die europäischen Partnerschaften häufig unkomplizierter, aber wir müssen auch Partnerschaften mit außereuropäischen Städten eingehen.

Moderator

Ich kann dem Befund ja auch nicht widersprechen. Ich habe in der Vorbereitung auf diese Tagung geguckt, von 6 500 Partnerschaften sind jetzt 208 in Afrika, Asien und Südamerika. Aber ich finde persönlich, auch was Herr Witschel noch mal berichtet hat und damit will ich bekräftigen, was Frau Dieckmann eben sagte, das Tsunami-Engagement der deutschen Städte zeigt eigentlich, welches Potential noch in der internationalen kommunalen Zusammenarbeit steckt, gerade in Entwicklungsfragen. Wohin das Tsunami-engagement der deutschen Kommunen z.B. führt, kann man nicht wissen, aber man muss auch es als einen Entwicklungsprozess ansehen. Insofern ist es schon berechtigt, wenn man mal den Wein gekostet hat, bevor man Wasser reingießt, dann ist er auch nicht verloren gewesen, dann weiß man was man hat und kümmert sich drum.

Elisabeth Kiderlen, Journalistin

Ich bin Mitinitiatorin einer Städtepartnerschaft eher ungewöhnlicher Art, nämlich derjenigen zwischen Freiburg im Breisgau und der iranischen Stadt Isfahan. Die Idee zu dieser Städtepartnerschaft ist 1999 auf einer Reise mit zwei Bundestagsabgeordneten geboren. Ich war als Journalistin dabei. Wir waren damals in Isfahan, wo eine NGO für ökologische Fragen auf uns zukam und fragte, wie könnt ihr uns helfen? In diesem Zusammenhang entstand die Idee der Städtepartnerschaft. Es war natürlich eine günstige Zeit, weil Präsident Chatami im Iran Präsident war und sagte, wir wollen das Land öffnen. Ein Reformier war Bürgermeister im Rathaus von Isfahan. Rolf Böhme in Freiburg hat das auch sehr gefördert und das Auswärtige Amt auch. Es war und ist eine sehr erfolgreiche Städtepartnerschaft, nachdem es heftige Konflikte im Gemeinderat gab, weil viele Frauen sagten, ein Land, wo die Frauen ein Kopftuch tragen müssen, das ist kein Grund für uns, eine Städtepartnerschaft einzugehen. Es wurde aber dann doch gemacht. Viele Bürgerreisen fanden statt und die Diskussion in der Stadt über den Iran und über Isfahan haben ein hohes und engagiertes Niveau erreicht.

Die Frage war dann, was passiert jetzt nach dem Regierungswechsel und dem Amtsantritt von Präsident Ahmadineschad? Es gab Bestrebungen, auch von EU-Abgeordneten, die Städtepartnerschaft auf Eis zu legen. Es wurde ziemlich intensiv in der Bürgerschaft diskutiert. Letztendlich hat sich die Haltung durchgesetzt, dass es die Ebene der Diplomatie, des Nationalen gibt und es gibt die Ebene des bürgerschaftlichen Engagements, nämlich der Zivilgesellschaft. Die Kommune Freiburg ist auf der Ebene der Zivilgesellschaft, selbst wenn man natürlich nicht alles immer total trennen kann. So gab es, nachdem zunächst eine Mehrheit die Städtepartnerschaft abgelehnt hatte, schließlich eine Mehrheit, die zur Fortsetzung der Partnerschaft stand. Dann sollte eine Delegation nach Isfahan fahren, zwei Tage nachdem Ahmadineschad seine Äußerungen über Israel gemacht hatte. Unser Bürgermeister hat es abgelehnt, zu fahren. Später aber ist eine Kulturdelegation gefahren und eine nächste Bürgerreise findet statt. Was sehr schön war: vor kurzem waren fünfzehn Leute aus Isfahan in Freiburg für eine ganze Woche. Nachdem ich drei Monate in Isfahan was, hatte ich den Eindruck, dass die Städtepartnerschaft in Freiburg sehr stark auch eine Sache der Kommune ist, der Bürger, in Isfahan aber eher des Rathauses. Diese Delegation von fünfzehn Leuten, die waren eher aus der NGO-Richtung, da war niemand vom Rathaus dabei, es war keine offizielle, sondern eine Bürgervisite. Die wollen jetzt auch einen Isfahan-Freiburger Freundschaftskreis gründen, was ich mit größter Freude zur Kenntnis genommen habe, weil auf diese Weise auch der Ansprechpartner mehr von Bürger zu Bürger ist. Es gibt jetzt schon Schulkontakte und Kooperation zur Solar-Energie.

Wenn man in Isfahan ist, sprechen einen sehr viel Leute an und sagen: „Wie findet ihr Iran? Wie findet ihr Isfahan? Sind wir nicht ein freundliches Land? Sind wir nicht gastfreundliche Leute?“ Die kennen natürlich, weil sie alle ausländische Sender gucken, genau das Bild, das in Europa von Iran existiert, nämlich dies dunkle Land des dunklen Tschadors. und die Menschen sind dann glücklich, wenn man sagt, ja die Leute sind freundlich und es ist ein schönes Land und es ist ein höchst kultiviertes Land, was ja auch eine Tatsache ist. Diese Städtepartnerschaft hat inzwischen ein Bedürfnis der Isfahaner erfüllt oder getroffen. Es ist wirklich interessant, dass die Freiburger sich jetzt selber unglaublich stark engagieren. Das wollte ich nur mal sagen, weil das hier anscheinend nicht bekannt ist und unterzugehen scheint. Es geht nicht nur um Messen und um gute Geschäfte, sondern es gibt auch Städtepartnerschaften mit politischer Wirkung.

Dr. Georg Witschel

Vielen Dank, das wusste ich auch nicht, ich finde es toll. Da kommt natürlich auch der Charme zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit von Städtepartnerschaften zum Tragen. Dann, wenn wir als Bund, als Staat gezwungen sind, Beziehungen ein Stück weit einzueisen, nur noch auf bestimmte Spitzengebiete einzuengen, weil wir eben der Regierung des anderen Landes sagen wollen, so geht es nicht weiter, dann glaube ich werden zivilgesellschaftliche Verbindungen besonders wichtig, denn wir wollen ja normalerweise der staatlichen Elite da oben sagen, so nicht weiter und wir wollen ja nicht die gesamte Bevölkerung, die im Zweifel jedenfalls in Teilen dieses Verhalten des Staates nicht mitträgt, abstrafen. Wir wollen möglicherweise mit denen zusammenarbeiten, die es eben nicht mittragen. Auch Sie haben in Ihren Ausführungen, so glaube ich, Augenmaß bewiesen, indem Sie sagten, diese Leute wollen aber erzählen, wie sie leben, wie sie sind. Aber Sie haben nicht die Behauptung aufgestellt, dass die Leute von Isfahan durch die Städtepartnerschaft Herrn Ahmadineschad von seinen Zündeleyen mit Atomwaffen abhalten. Und das fand ich auch sehr gut. Der klare Ansatz, der liegt wahrscheinlich am Freiburgerischen.

Rainer Rothfuß, Landeshauptstadt Stuttgart

Ich wollte berichten, die Landeshauptstadt Stuttgart hat im Rahmen des EU-Programms URBAL seit dem Jahr 2000 ein europäisch-lateinamerikanisches Städtenetzwerk aufgebaut. Nach 10 Jahren Laufzeit des URBAL-Programms hat die EU beschlossen, die Städtenetzwerk-Förderung insgesamt einzustellen, nachdem ca. 2 500 Mitgliedstädte insgesamt in 13 verschiedenen thematischen Städtenetzwerken zusammengeführt wurden und in diesen Städtenetzwerken ist ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Europas und Lateinamerikas vertreten. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat glücklicherweise gestern im Gemeinderat einstimmig den Beschluss gefasst, dieses Netzwerk weiterzuführen und auch zu öffnen, für andere Städte aus Asien, Afrika und den Bereich städtische Verkehrsprobleme in diesem Netzwerk weiter zu behandeln. Wir begrüßen natürlich auch sehr, dass die Städte immer mehr wahrgenommen werden, auf nationaler und supranationaler politischer Ebene und auch immer mehr Unterstützung finden. Aber langfristig gesehen bräuchten wir als Stadt Stuttgart einfach mehr Aufmerksamkeit seitens der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, die bisher hauptsächlich zwischen Nationalstaaten stattfindet. Notwendig ist auch die Schaffung von Fonds, bei denen Stadtverwaltungen, die sich in Städtenetzwerken engagieren, Projektvorschläge einreichen können, um ihre Kooperation zu finanzieren. Die Stadtverwaltungen können gegenüber den Bürgern nicht argumentieren, dass sie Aufgaben, die eigentlich der internationalen Zusammenarbeit dienen, allein aus dem Gemeindehaushalt finanzieren. Da würden wir uns sehr wünschen, wenn man engere Kooperationsverbindungen zur Bundesregierung aufbauen könnte. In Spanien z. B. wird ein Städtenetzwerk, das von Barcelona koordiniert wird, von der Nationalregierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Die haben jetzt sogar ein Abkommen geschlossen. Wir würden uns sehr freuen, wenn es sich in diese Richtung weiterentwickeln würde. Danke.

Moderator

Vielen Dank für diesen Bericht aus Stuttgart. Wir nähern uns jetzt dem Punkt wo es Zeit wird, good bye zu sagen. Ich möchte vielleicht noch mal ganz kurz zusammenfassen, dass ich den festen Eindruck habe, dass sich diese Sektion oder dieses Panel sehr gelohnt hat. Wir wissen, dass zu diesem Thema sehr viel geleistet wird, was noch zu wenig bekannt ist, dass es aber auch noch Entwicklungsmöglichkeiten gibt, über die wir hier sehr konkret gesprochen haben. Ich finde die Tatsache, dass Sie so lange geblieben sind, obwohl Sie durchaus schon vor einer halben Stunde hätten gehen können, zeigt, dass es auch ein Thema ist, für das ein breites Interesse war. Ich möchte zum Abschied noch einmal ganz herzlich danken den Teilnehmern auf dem Podium, Frau Gateau, Herr Mkhathwa, Frau Dieckmann, Herr Witschel. Ich möchte den Dolmetscherinnen danken, die einfach länger geblieben sind, um uns noch bei unserer Diskussion zu helfen und zu begleiten, dafür herzlichen Dank. Ich möchte vielleicht für die, die es nicht wissen, als Städtetag einmal noch mal bekennen, dass wir uns in diesem Thema auch engagieren. Wir haben auch eine Partnerschaft mit der GTZ zu diesen Themen, die seit vielen Jahren läuft und auch hoffentlich noch lange intensiv weiterläuft. Das macht auch Spaß. Also auch wir sind da Ansprechpartner für den einen oder anderen Zusammenhang oder für die eine oder andere Initiative. Und dann wünsche ich Ihnen noch für den weiteren Verlauf des 13. Forum Globale Fragen viel Erfolg. Danke schön.

Panel 3: Nachhaltige Entwicklung in Megastädten und Ballungszentren: Strategien und Akteure

Moderation: Dr. Manfred Konukiewitz, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Konukiewitz, Moderator

Wir haben heute ein Thema, das nahtlos an unsere mehr analytischen Sitzungen von gestern anschließt und auf Strategien und Akteure fokussiert, auf Handlungen und Aktionen. Ich denke, dass die Leitfragen der heutigen Sitzung folgende sind, und ich möchte es auf Englisch sagen: First, what needs to be done in the cities, in local communities and then, of course, who needs to do it and who needs to do what. My conclusion of what needs to be done is based on yesterday's analysis and consists of three points. First, what needs to be done is to improve local governance. Second, improve liveability and livelihoods on the local level which addresses the issue of local services, local infrastructural services, but also other kinds of services on the local level. And the third challenge is, to improve sustainability on the local level. That, of course, points to issues beyond the city - we talked about the urban footprint yesterday - and beyond our time towards future generations. Those are the two important aspects of sustainability, I think. This morning we would like to give our perspectives on what needs to be done in our various roles as actors in this field and in this context and I would like to welcome our five panellists.

In the past years we have had a major reflection on the relationship between developing countries, institutions in developing countries, governments in developing countries, civil society in developing countries on one hand and aid organizations, particularly organizations of official development assistance such as donor governments and international financial institutions on the other hand. The result of these reflections was summarized in the Paris Declaration. The spirit of this declaration, which is also called a new paradigm for partnership, says that we need to re-define our respective roles. Developing countries - and that includes not only governments, but also other institutions from the civil society and local authorities - will commit to define their political priorities in a democratic participatory way and the donor organizations commit to respect those priorities and to align their actions, their priorities with those political statements, for those political programmes in the developing countries. There are many more facets, but it clearly is a shift in the responsibility. It is no longer the World Bank jumping into countries, telling the government what it should do, jetting out, coming back to you later and counting the beans. It is a democratic and participatory process, focused on solutions to poverty in developing countries, coming out with clear statements of priorities, whether they are called poverty reduction strategies or something else. Then it is the donor organization who respects this, who pledges to give their financial support, support for capacity building. So we are all reorganizing our systems of aid, our procedures and this goes to many technical details in the spirit and we would like to hear from our panellists here today how they see their role in the light of this new paradigm. I am pleased to ask Minister Oqubay to give his statement.

Arkebe Oqubay, State Minister for Works and Urban Development, Ethiopia

Ladies and Gentlemen, I will primarily focus on what needs to be done at the local level and the national level and then finally indicate briefly what the international community should do to align its efforts with the efforts made at local and national levels. First I would like to mention, that I have been working in the government office as well as in the

business community as an executive director of a business group. I also had a chance to work at local level as the mayor of the biggest city in Ethiopia, with a population of 4 million people and 25% of the urban population in Ethiopia. I have also worked as vice president of one of the states in Ethiopia. I believe this gives me a unique opportunity to see from different perspectives how development functions.

Yesterday we have seen a lot of figures in relation to urbanization and I would like to highlight some additional facts, which were not emphasized. Africa is the continent with the fastest growth of cities or with the fastest pace of urbanization in the 20th and 21st century. Urbanization rates in the developed world have been 1 % in the last few decades while the rate of urbanization in Africa is about 5 %. What does this really mean? In 1950 Africa's urban population was only 15 %, thus 32 million people were living in cities, while globally this percentage was 30 %. In the year 2000 in Africa 40 % of the population lived in cities, which is close to 300 million. By the year 2010 about 50 % of the urban population in Africa will be living in cities, which will be close to 426 million. By the year 2030 two thirds of Africa's population will be living in cities. It is important to consider this fact, because it really shows us that we have to intervene. Yesterday it was mentioned that urbanization could be an opportunity, but if it is not accompanied by economic growth it is going to be a liability and a risk. That is what is happening in Africa. So the second fact is that Africa's urbanization is accompanied by weak economic growth, with increasing urban poverty. Facts show that in 1991 only 101 million out of Africa's population were slum dwellers. After ten years, in the year 2001, this number has increased to 166 million. In terms of global share of slum dwellers in 1990: 14 % of the global slum dwellers were living in Africa, by the year 2000 it has increased to 18 % and by the year 2020 it will be increasing close to 30 %. This shows us that the weak economic growth and the increasing urban poverty coupled with urbanization are going to be a risk not only to Africans, but also globally. In general, I would say the real challenge in Africa would be how can we address poverty, how all interventions be aligned in order to address the issues of the urban poor?

In this respect I would like to bring in the local perspective with Addis Ababa as an example of a city in Africa with the highest level of urban poverty. The city has a population of 4 million and by the year 2015 - when the Millennium Development Goals should be accomplished - the population of the city will be 10 million, which makes Addis a mega city. In Addis Ababa we have about 40 % of unemployment, an informal sector of 60 % and 50 % of the population are living below the poverty line. And HIV Aids though at national level it is only 4 %, in the city it is about 12 %. The population below 25 years represents about two third of the city's residents. So when I took over the city as the mayor three years ago, the question was how to address these critical issues. We know that local governments have limited possibilities. As local actors we have to focus, therefore, on a few strategic areas and we need to make an intervention that will be effective. So the key intervention area was addressing the issue of urban poor and reducing poverty. Here we decided to focus on three key strategic areas.

The first was to reduce unemployment through developing micro and small businesses as we know that we cannot create as much employment as needed through large investments only. As global experience shows more than 70 % of the jobs are created by small and medium sized companies. So we designed a special programme to support micro and small businesses by providing them with integrated support such as micro credits, providing production premises and training support and creating market opportunity for these small businesses. In terms of credit we managed to increase the amount of money provided to

small businesses and we have seen that among the beneficiaries about 60 % were women. We have witnessed that credits provided to the poor people and to small businesses are guaranteed to be repaid and the repayment rate so far has been 98.6 %. This is quite impressive when compared with the formal financial sector or with the banks' repayment rate. We also made available more production premises to be rented at a low rate for more than 100 000 micro and small business operators. We also made sure that the markets are organized in a way that will create jobs and in the last two or three years about 175 000 jobs were created within the city. We have created 13 000 jobs from garbage collection and composting and 7 000 jobs by institutionalizing that companies would outsource the parking lots.

The second key area was to address the shelter issue, which is one of the expressions of poverty in most African cities. In terms of housing development we followed a multiple approach. We encouraged people and created conducive environment for housing cooperatives or housing associations to build houses. We made plots available for more than 70 000 city residents in just three years. We also encouraged real estate developers although they are addressing the housing need of the middle and high classes, but by creating conducive business environment and incentives we made sure that 125 real estate developers came into this business and we also institutionalized tenure security and revised rental taxes so that people would be encouraged to build houses for renting. Other than this in order to address the need of the poor and the low income people we designed an integrated housing programme, which is quite big and we allocated close to 50 % of our capital budget for housing development. This scale was designed in a way that about 50 000 houses will be build every year and so far 45 000 jobs have been created in the construction sector for housing development. Parallel to it, in order to reduce the slums, community based neighbourhood development was initiated and the private sector, NGOs, faith-based organizations and the government jointly improved the neighbourhood by improving the access to roads, public toilets etc. Through these interventions we have gained some good experience which could also be scaled up at national level.

The third focal area was the youth, because two thirds of the urban population is aged less than 25 years. In this area we focused on improving the quality of education and addressing the HIV Aids challenge. In the city we have close to 600 000 students, who follow their education through a double shift system. Our aim is to have a full day education and in order to achieve this we need to construct 4 000 class rooms. This programme was launched to construct 4 000 classrooms in a period of two years and we are now about to conclude it successfully with almost finalizing the construction of these 4 000 class rooms which will allow us starting from September to have a full day education. We believe this will greatly contribute to improve the quality and we have also been training more than 3 000 additional teachers. Concerning HIV we have designed a special awareness creation programme similar to "move campaign" based on the German experience. There are now signs that the percentage of HIV virus affected people are reducing.

All these things, however, cannot be done without resources and the usual approach would be to expect donors to provide assistance. In Addis Ababa we did not wait for the donors' assistance, but focused on improving the revenue of the city. In the first year the revenue of the city was 100 million USD. By improving the revenue collection system, by coming up with new revenue sources we managed to double the revenue in one year. So in the second year it was 200 million US-Dollars and in the third year the amount has increased to 300 million US-Dollars. We also reoriented the whole system of budget allocation. Previously

about 60 or 70 % were allocated for administrative expenses. Through the reallocation of the budget, however, the capital budget of the city now is 70 % and this capital budget is primarily allocated for housing development and job creation, which will essentially help to reduce poverty.

I am convinced that we could not achieve this without improving the governance situation. Governance would be a critical factor in this process and our main initiative was decentralization. For example whereas in many cities the schools are not managed by the cities, in Addis Ababa the city is directly responsible for the primary schools, high schools and colleges. So it has free hand to make required interventions. When I say decentralization, I refer to decentralization within the city, because we introduced a system of 10 municipalities in Addis Ababa and within each municipality there are ten neighbourhoods or small government entities. About 95 % of the services provided by the city are provided through the municipalities. So we prioritized the allocation of human resources and we managed to decentralize most of the activities and the budget as well.

The second intervention in terms of governance was to improve the service delivery provided to the city residents. In order to be registered as a tax payer it used to take six months. We had to redesign the whole process and now a tax payer can get registered within just one hour. In order to get a birth certificate or a marriage certificate, you had to wait for three weeks and you had to pay a bribe, but through improved service delivery systems now residents can now get these certificates in less than one hour and there is no need to pay a bribe. To get title deeds you had to wait up to three or four years and you had to pay a lot of bribe. Through an improved system we managed to make sure that title deeds are provided in less than a week. All these interventions helped to get the support of the community and this improved service delivery has greatly contributed to have a stronger private sector, because if services are not provided efficiently there is no way that the private sector can operate in a competitive way.

The other issue is participatory democracy. We have introduced a mechanism whereby on every major decision which is taken by the municipality the community has to discuss and a consensus has to be reached with all stake holders and in particular with the local community. In terms of governance we also focused on capacity building of the government offices.

So generally I believe that if we are going to address the issue of urbanization and the challenges coming along with it, local governments should primarily focus on reducing poverty, on addressing the issue of the urban poor, which is the majority of the city residents. Secondly they should have a clear vision and a strategic focus, as well as an integrated programme to make interventions, because without this it will be impossible to address poverty in short, medium and long term perspective. Having said this, I strongly believe that we cannot tackle poverty at local government level only. The national framework should be designed in a way to address poverty as well.

At the national level Ethiopia is characterised by a federal system like Germany. We have more than 80 different nations and nationalities with diverse languages and cultures. It is a country with about 45 % Muslims and 55 % Christians and with a total population of 75 million. Out of these, 12 million live in urban areas and we have about 1 000 towns. The growth of urban population is about 5 % and in the next ten years the urban population is expected to be coming close to 25 million. At national level unemployment is the biggest problem, ranging between 26 % up to 40 % and 40 % of the population lives below the

poverty line. In the last five years the intervention at federal level in relation to municipalities and local governments has been first of all to make sure that cities are recognized as legal entities through the proclamation of a legislation of cities. Now in Ethiopia all cities are considered as legal entities and thus there is a base to provide support to them. The urban agenda has been given much attention in the first five year plan. It was observed that the urban programmes were initially not included in the national *Poverty Reduction Strategy Paper* (PRSP), a five years plan which is the basic document for mobilizing resources. So this was a very important limitation. Furthermore the institutional arrangement did not appear to be satisfactory and the resource base was quite limited. Now a new five to ten year programme has been designed, which goes up to the year 2015, the target date for the Millennium Development Goals (MDG). A new ministry focusing on urban development has been created and on the new PRSP, which represents the Millennium Development Goals and the “Urban Package” has been incorporated at national level.

This programme is also designed in a way that cities are enabled to effectively facilitate and complement rural development, to support rapid economic development such as market service and as industrial centres in order to promote global competitiveness. Cities should be designed to promote a more participatory democracy and inclusiveness and to ensure that residents and other investors have access to land and basic services. Cities should also provide a healthy attractive sustainable living environment and finally make sure that federal regional and public authorities have the capacity to fulfil their mandate. If the required capacity is missing at national level, despite what is done at local level, it will be impossible to address the urban issues. Based on the experience of Addis Abeba, a comprehensive program has been developed with challenging targets, such as reducing unemployment by half in the coming five years, setting up a housing development programme, improving access to basic services and reducing the slums by 50 %, by actually intervening on the existing slums and by preventing new slums. The small towns, which are developing are planned to be provided with basic services so that they will not finally evolve into slums.

We have also given special attention to strengthening the urban-rural linkage, because in Ethiopia 80 % of the population still live in rural areas. In terms of the Millennium Development Goals, access to water and sanitation also includes the rural areas. In order to improve the competitiveness of companies and the private sector we should make sure that investments are expanded in the rural areas, in the agricultural sector. So a special attention has been given to good urban governance and capacity building. More interventions will be made to deepen decentralization as well. From this perspective I would say at national level it is very important to have the political commitment to make sure that poverty in urban areas is addressed, that the urban and rural areas are properly linked and to develop a programme that will be serving as a platform for making interventions from the international community as well.

Finally I would like to say few words on what the international community or development partners can contribute in this respect. In the last ten years in particular the engagement from Germany and the World Bank has been of a good quality. If we just refer to the support provided through the GTZ, it has been a very important support for urban development and for capacity building of urban governments. Assistance for introducing Urban Development Fund was given and technical support was also made for housing development, micro and small enterprises development, for technical and vocational training programmes and also for environmental sustainability. The intervention by the

World Bank has been quite impressive in terms of capacity building and improving infrastructure. Here the cooperation relationship has been more of a partnership with these development partners. The Ethiopian government clearly defined its programs and was not waiting for donors to come up with a programme. The government has developed the Poverty Reduction Strategy Paper and then sat down with the donors and reached an agreement on how to turn this strategy into a successful programme. So the relationship has not been a paternalist relationship.

In order to make the support more effective donors have to refrain from spoon-feeding approach. They have to consider the interest of the recipient country and to discuss and reach a conclusion on an equal basis. The principle of partnership should be respected. The second thing, they should focus on working to achieve the Millennium Development Goals (MDGs). I strongly believe that it was a great success that all nations under the umbrella of the United Nations discussed and signed the MDGs and, of course, more resources should be allocated, because if we are going to achieve these goals in the coming ten years more resources are required. The third aspect would be that the support required should not be limited to financial supports. In fact it is very important to pay special attention to the technical support. In the partnership with Germany so far most support has been not financial, but more a technical through development institutions like the GTZ and it really has helped us to have sustainable programmes at national and local levels as well. Lastly, in order to address poverty in continents like Africa it is important that development partners contribute to peace building. There have been cases that some of the countries in the developed world have played a negative role by provoking, by contributing to the instability in some African countries. It is quite important that at least they do not get involved and do not mess in the developing countries. But it is also important to contribute to peace building. If these principles are well considered, I believe that it will have a very positive impact on the fight against poverty.

Finally I would say, the first lesson we learned is the need for political will and commitment to address poverty, the second is to have a clear vision, strategy and integrated programmes to achieve all targeted MDGs, the third is that partnership is important as the basic principle between all stake holders. In this perspective I believe this forum will greatly contribute to reach a consensus. In June we are expecting that the World Urban Forum III in Vancouver will also be a platform to bring the urban agenda to the forefront and some important resolutions will be agreed at that forum. I believe that whoever is able to participate in the Vancouver World Urban Forum III should plan to contribute and I hope to see you in Vancouver. Thank you.

Moderator

Thank you very much, Minister. I immediately want to turn the microphone to Somsook Boonyabancha. You have the floor, please.

Somsook Boonyabancha, CODI, Bangkok

Thank you Mr. Chairman. I will represent two organizations. I am working as Secretary General of the *Asian Coalition for Housing Rights*, which is a regional coalition platform, linking key groups to work together and to learn from each other since 1989. We plan the support for different countries and now cover about 15 countries in Asia with kind support from MISEREOR of Germany. This kind of international cooperation among the people is crucial. In Asia we have practiced this cooperation in the past 16 or 17 years already. So in a way we are the international link association in the region. I am also the director of the Community Development Organisations Institute in Thailand, which is a new form of a

public institution. This is a way in which the society institutionalizes the civic society process into a system and this is exactly what is needed in most of the countries. We are talking about a new dynamic society, a new world, but we are always looking at old institutions. Many of the ministries in our country have not been adapted for maybe centuries. There is a need to think of a new design, of how the people, the poor themselves could become the key actors and they themselves could initiate and implement development. Why not having this as the government system? I am working in this sector in Thailand, where we support the community process at national level.

Allow me to talk about the slum upgrading programme, which we are now implementing in 200 cities all over the country, but also in the rural areas, in the community forest, the community water protection system, the community welfare, etc., anywhere where the communities themselves are the actors. I will focus on the work of the slum upgrading and the experience in Thailand. Whatever we do in Thailand, has come from learning and experience in the region and we contribute at the same time to the learning of many of our partners in the region. It is important that international cooperation is done in a way in which good examples from other countries or societies contribute to the actual regional learning, so that there would be no need to go too far away and bring it back in a different way.

In the case of Thailand we have been working in the slum upgrading programme and the housing development of the urban poor in 200 cities for a period of two years now. Today it is possible to think of a new way of doing this, which is not led solely by the government or an institution, *but led by the people*, a process driven by the urban poor themselves. Therefore, it is important that we start changing our approach when looking at the poor only as recipients. Most of the government programmes look at the poor as illegal, passive recipients or beneficiaries. But if we look at the poor as actors, saying: “you are going to provide your own solution and the government will be happy to support you in what you try to do”, then suddenly all the poor people in the country can probably move at the same time. This is the approach I would like to propose to you: to search for this possibility. We have to try to do this in Thailand, we have supported the urban poor communities in different cities to work together and work with city authorities and development agencies, city by city. They started to survey how many slums, how many squatters existed in their city, and then sat together to discuss how they were going to solve their problems together, in such a way that the urban poor themselves would have to be the ones who do the detail survey in the slum communities, organize savings and negotiate with the administration and landlords. So you leave the negotiations to the slum dwellers, and try to get support from the city authorities and many others and they start negotiating whatever commitment they agree on.

The planning of the budget has also to be done in new ways. It needs to be very flexible and must be given directly to the communities. Our role is to pass financial support to the community that has been selected for implementation. Key elements like land and saving activities must be organized. If the communities agree on them, we pass the budget and then the people will become the owners of the project. It is important that they organize themselves, no matter whether they buy the land which they occupy or the land nearby or whether they lease public land, whether they construct houses and whether they work as individuals, families or a group. And because we link all the communities in the city together, when you develop one community, another 30 communities in the same city will see that and get into the active process. In the past two years we have been working in 200 cities, following this process and we already approved almost 400 projects covering 500

slums. Through this process we were able to convince the Thai government to follow a national policy of upgrading of slums, to give support to slum dwellers and to establish a budget for this. This was possible, because the finance was designed in a way, which allows the people to be the key actors. With this decision you can multiply the development onto a very big scale, where people are in the driving seat with the support of the city, the development agencies and the universities, which send the architects to support the design of the new upgraded community settlements.

If we look at the people as the key actors and allow them to change their life, change the development aspect, then we create new development mechanisms, which are quite important. Why has development to be done by governments? This is not necessary. The issue is, how this new kind of government would facilitate developments go into the same direction and how the direction will be decided on by various development actors especially the communities involved. Many people who are sitting here will say “how can we let the poor people, who do not have knowledge and who are unorganized be the key actor?” This is exactly the issue. It means that there is a need for building capacity for these unorganized people to drive development themselves. As the people initially do not have enough capacity we have to create a platform on which the peer-groups have been strengthened through the creation of different task forces: on saving activities, on construction, on checking who is doing what, on cooperation with local government etc.,. So this is something that we have to build and it will lead you into the right direction of how development could be decided and implemented by people themselves.

The decision on the financial system is another important thing. In my opinion we have to think a lot more about the development of flexible financial systems, of how we decide about financial support, which allows new freedom to people. Whenever we decide on a budget everybody becomes very stiff, very top-down, according to the rules. But we don't need to be like that. Finance is just like water that flows according to various forms of design, it gives you a lot of space, it can actually be very flexible, but it has to be correct as well. That needs a lot of creative ideas. The process of slum upgrading is an investment, something productive. It is not an expenses, it is an investment in people, a generation of an economic asset. You are investing in the people to be an active asset. So we need to think about how finance can go into this sector in a more active and creative way. Most of the government support to low income housing or upgrading, is done through subsidies. Most subsidies have been decided on in a non-participatory, top-down way. If we decide, however, in a way that allows the people more freedom and participation, they will develop a sense of ownership and decide their way, in their best interest.

The government in Thailand allocates in the period of three years around 19 billion Thai Baht (about 400 million Euro) to support 2 000 communities, to develop secured housing and to improve their living conditions. This amount of money is equivalent to only 25 % of the total investment required for these improvements. Other investments come from communities in terms of housing loans, from local organizations and so on. So, it means that the government puts 25 % of the required money and suddenly you are creating 100 % assets to the poor people. And once the 100 % asset has been created suddenly the government will have tax income, which is going to be more than those 25 % contributed by the government anyway. So the money will come back. But people will have active assets in their hands.

We have the CODI fund of about 50 million Euro to give loans to community organizations. The community will manage the whole upgrading as a group, which means

that they have to start community saving and credit from day one. No saving, no housing. No saving, no upgrading. So saving is compulsory, because it links people into a communal development process and to a communal fund. Communal financial capacity for the poor is crucial, not only for housing, but also for many other kinds of development, including family spending. In the upgrading process we made it very clear, that a ceiling for subsidies grant per family is 500 € So if you have 100 families you multiply this by 500 and you know the exact amount of the upgrading fund and they can decide for which infrastructure or community facilities to use it. The community will come and sit together to decide and we pass this budget to the community. This flexible financial model opens up an enormous possibility of participation where people can have different kinds of planning and where development actors multiply, people who are leading the development process all by themselves in different cities.

Another point I would like to make is that upgrading projects for the poor have to be made, otherwise many cities will have serious problems with people coming without knowing where to go. What is important about upgrading, is that we have to understand it as a more integrated system, with aspects of governance, welfare, social structure in which the slum dwellers are the agents of the development of their own life. In this way maintaining human security is the most important thing. And the people take care of that collectively. They must have a community fund to take care of the most needy as a community and as individuals. On the other side we have the physical development management, which is the architect who sits with the people to see how they imagine their own social system. So, in other words it is something like reformalizing the informal community into a new formal housing system, where you translate a social arrangement into a physical structure. And then they have the welfare system, the community organizations, groups that deal with the elderly issue, with garbage collection and many other things.

Since 2004 up to now at CODI we cover about 200 cities and 40 000 families in 390 projects. With this process we link with several Asian countries, like Cambodia, Nepal, Philippines and Mongolia. Many exchange trips take place and it has been an extensive learning process. Many countries like Cambodia have changed from slum eviction to slum upgrading. Not only in Phnom Penh, but also in ten other cities. And everything is developed by the community of the people with the collaboration of the city.

At the end I would like to conclude with five important points. 1) we have to look at new ways of turning people into active actors. 2) we have to look at creating flexible finance and allow new financial freedom for the development of people, the city group and the city as a whole. 3) there is a need for new forms of institutional set up, a new participatory process within the governmental support system. If we cannot find new institutional arrangements in the newly developed social structures there will be no further development. 4) there is great need for international cooperation, but it should not be too much sectoral or free standing in itself. 5) we have to reduce the difference between the West and the East, between the big cities and the small cities, between urban and rural areas, between high income and low income groups and so on. In the developing countries today we have the First World and the Third World co-existing in the same city. The income of the private sector is equivalent to the First World and then you have the very poor, with an income which is as low as in the Third World's rural areas. The disparity is big and this difference has to be adjusted. That is the vision for a society which is more just and is developing in the right direction. Thank you.

Moderator

Thank you very much. I was particularly intrigued by your statement that finance flows like water. In fact this has helped me to understand the deeper meaning of the term “financial flows” and, of course, I understand your plea for more flexibility. I observe that it is always the same situation: those who give the money want stricter rules and those who receive the money want more flexibility. We as the government are in the same situation, vis-à-vis the parliament, which insists on very strict rules. If you have not spent the money by December 31st, it is gone. Of course, we want more flexibility. There is a constant need, but we all need to come together and find a reasonable middle ground. Thank you very much. I would like to ask the next panellist who brings in the view of external aid organisations to share her observations and I am pleased to give the floor to Cornelia Richter from GTZ.

Cornelia Richter, GTZ

Thank you very much. Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass es ein großes Zauberwort in der internationalen Diskussion gibt, bei dem es relativ einfach ist, Konsens herzustellen, egal über welche Probleme wir weltweit sprechen. Ob in den Industrieländern oder in den Entwicklungsländern, dies ist das Zauberwort der nachhaltigen Entwicklung. Es ist relativ einfach, auf einer allgemeinen Ebene Konsens darüber herzustellen, dass wir angesichts der gestern vielfach beschworenen demographischen Trends und ökologischen Herausforderungen natürlich einen Ausgleich zwischen Arm und Reich, sowie andere Wirtschaftsformen brauchen und uns natürlich mit dem Thema der Ressourceneffizienz auseinandersetzen müssen. Schwieriger wird es hingegen, wenn wir uns darüber verständigen, wie nachhaltige Entwicklung hergestellt wird und wie wir nachhaltige Entwicklung in den Städten herstellen können. Die GTZ als Bundesunternehmen für internationale Zusammenarbeit versteht nachhaltige Entwicklung als Auftrag und natürlich auch als Verpflichtung. In 30 Jahren Tätigkeit für die Bundesregierung in über hundert Ländern haben wir gelernt, dass es nicht nur um das „Was“ der Beratung geht, sondern ganz entscheidend natürlich auch um das „Wie“.

Drei Aspekte der nachhaltigen Entwicklung haben sich für die deutsche technische Zusammenarbeit als Erfolgsdeterminanten herausgestellt. 1) Nachhaltige Entwicklung können wir nur erreichen - und das klang gestern in den Diskussionen vielfach an - wenn wir aus dem sektoralen Schubladendenken herauskommen und indem wir immer wieder bei allem, was uns begegnet, sowohl die ökologische, die wirtschaftliche, die politische und die soziale Dimension mit im Blick behalten. 2) Nachhaltige Entwicklung ist kein Endzustand, sondern bedarf immer wieder der Aushandlung der Neuadjustierung zwischen den verschiedenen Akteuren. Das klang auch bei Herrn Minister Oqubay aus Äthiopien an, der auf das Zusammenspiel zwischen Regierung und Zivilgesellschaft aufmerksam gemacht hat. Für uns ist natürlich auch die Wirtschaft ein weiterer wichtiger Akteur, der bei der Implementierung der Projekte vor Ort beachtet werden muss. 3) Nachhaltige Entwicklung können wir nur herstellen, wenn wir einen werteorientierten Ansatz wählen. „Werteorientierter Ansatz“ aus unserer Perspektive bedeutet ein klares Bekenntnis zu *good governance*, zu Menschenrechten und zu dem Leitbild der sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft. Im Bereich der Stadtentwicklung kommen die verschiedenen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen zum Zuge, und es ist gut, dass wir auch unterschiedliche Instrumente haben. Immerhin geht es um sehr komplexe Fragestellungen von Wasserversorgung, Infrastruktur, Stadtplanung, Sanierung, Umwelt und heutzutage ganz entscheidend auch Sicherheit.

Ich kann darauf hinweisen, dass die deutsche technische Zusammenarbeit in den letzten 30 Jahren einige Metamorphosen durchlaufen hat. Der Begriff der technischen Zusammenarbeit ist irreführend. Wir haben unser Profil heutzutage sehr stark von einer fachlich-technischen Beratung zu einer politischen Beratung hinentwickelt. Lassen Sie mich Ihnen kurz sechs Lernerfahrungen, insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung der letzten 30 Jahre, zusammenfassen:

1. Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass wir nicht nur die Potentiale der Städte nutzen sollen, sondern auch die Risiken, die auf städtischer Ebene gegeben sind, und natürlich die nationalen Rahmenbedingungen im Auge behalten müssen.

Armutsbekämpfung auf der lokalen Ebene läuft ins Leere, wenn es nicht gelingt, auf den verschiedenen Ebenen die verschiedenen Akteure in die Lage zu versetzen, die wichtigen sozialen Fragen zu lösen. Noch bis vorgestern war ich in Ägypten und konnte mir einen Einblick darüber verschaffen, wie das Thema Stadtentwicklung bei dem Riesenmoloch Kairo in guter Zusammenarbeit auch deutscher Institutionen, mit den Partnern in Ägypten gelöst wird. Wer die Situation in Kairo - mittlerweile ein Ballungsraum von 18 Millionen Menschen - kennt, kann ermessen, was es bedeutet, wenn man Lösungsmöglichkeiten sowohl auf der nationalen Ebene, als auch auf der lokalen Ebene mit den Partnern gemeinsam entwickelt, wie es in einem beteiligungsorientierten Entwicklungsprogramm gelungen ist, wo Kreditanstalt für Wiederaufbau und GTZ gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen in den Nachbarschaftsvierteln die Menschen befähigt haben, ihre konkreten Anliegen auch in die Stadtplanung mit hinein zu nehmen. Eine wichtige Aussage, die ein ägyptischer Partner zu mir machte, als ich ihn fragte, was wir denn gemeinsam gelernt haben, war: Stadt kann nicht nur geplant werden, Stadt muss immer wieder verhandelt werden. Und so sagen wir ganz klar ja zu einem Mehr-Ebenen-Ansatz, das ist für uns eine wichtige Quintessenz auch aus Projekten in anderen Teilen der Welt.

2. Lernerfahrung: Angesichts der komplexen Probleme ist es nahe liegend, dass ein rein sektoraler Ansatz den Problemen in den Städten heutzutage nicht gerecht werden kann. Integrierte Ansätze sind notwendig. Dies wird auch bei einem Kooperationsvorhaben in Rumänien, in Sibiu, einer Perle der Kultur, eindrucksvoll dokumentiert, wo es gelungen ist gemeinsam mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau das Thema Denkmalschutz, wirtschaftliche Förderung, partizipative Sanierung von Wohnraum sowie Verkehrsberuhigung in den Griff zu bekommen. Wichtig war auch hier das Fazit, dass ohne den politischen Willen der Partnerseite auf allen Ebenen, sowohl auf Regierungsebenen, nämlich auf der Ebene des Kultusministeriums, auf der Ebene der lokalen Behörden und ohne die Befähigung der Bevölkerung solche Ansätze nicht möglich wären. Strategische Konzepte, partizipative Arbeitsweise und solide Finanzierungsmechanismen sind also notwendig.

3. Lernerfahrung: wir haben gelernt, dass es nicht nur reicht, sich darauf zu konzentrieren, dass wir die notwendigen Inputs über Finanzen und Experten leisten, sondern dass wir uns in erster Linie - und das beginnt bereits bei der Planung - auf Wirkungen orientieren müssen. Das heißt, dass wir bereits in der Planungsphase uns darüber Rechenschaft ablegen, welche Wirkungen sollen für wen eigentlich erreicht werden. Auch dies ist ein Aushandlungsprozess mit der Partnerseite. Und hier kommt es dann darauf an, Kontextspezifisch, dafür gibt es keine Vorlage, jeweils eine Mischung aus Fachberatung, Politikberatung, Prozessberatung und Organisationsberatung zum Einsatz zu bringen.

Die 4. Lernerfahrung fasse ich unter der Überschrift *institution matters* zusammen. Nicht nur die nationale oder die lokale Ebene müssen in diesen komplexen Prozessen gestärkt werden, sondern es geht allentscheidend darum, dass Institutionen auch auf der städtischen Ebene gestärkt werden müssen. Das Beispiel der Dezentralisierung, was auch schnell zum Zauberwort wird, um die vielfältigen Probleme, die der Staat nicht mehr lösen kann, auf unterer Ebene zu lösen, kann nur dann klappen, wenn die verschiedenen Akteure tatsächlich qualifiziert werden. Auch dafür gibt es vielfältige Ansätze im Bereich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

5. Lernerfahrung: die Entwicklungszusammenarbeit kann sehr wohl eine Moderatoren- und auch eine Vermittlungsfunktion wahrnehmen, wenn es darum geht, Entwicklungspartnerschaften unter Städten - in Süd-Süd-Kooperation, ein eindrucksvolles Beispiel ist die Kooperation zwischen Addis Abeba und Johannesburg, aber auch das Städtenetzwerk im Kaukasus - zusammenzubringen. Hier geht es in erster Linie um Wissenstransfer, um den gemeinsamen Austausch von Erfahrungen und auch darum, entsprechende Anliegen in die entsprechenden Institutionen, Interessensinstitutionen der Städte hineinzubringen.

6. Lernerfahrung für uns als Durchführungsorganisation: das Wissen, das wir in 30 Jahren gewonnen haben, muss aufbereitet werden und wir sind darauf angewiesen, wir können nur in guter Kooperation in Netzwerken mit anderen Institutionen diese komplexen Aufgaben wahrnehmen. Da spreche ich in erster Linie einmal alle Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit an, die Nichtregierungsorganisationen, die Kirchen, die politischen Stiftungen und - für uns mittlerweile sehr wichtig - natürlich auch die wissenschaftlichen Netzwerke mit universitären Institutionen. Nur gemeinsam schaffen wir es tatsächlich, das Thema nachhaltige Entwicklung aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen Instrumenten zu adressieren.

Ich glaube die Zeit ist gekommen, dass wir von reinen Beschwörungsformeln wie nachhaltige Entwicklung oder von der Beschwörung der demographischen Szenarien, die wir seit 30 Jahren sowohl in unserer eigenen Gesellschaft als auch für die Entwicklungszusammenarbeit immer wieder miteinander austauschen und aktualisieren wegkommen. Vielmehr geht es im Bereich der Stadtentwicklung, das haben die interessanten Beiträge des gestrigen Tages deutlich gezeigt, auch um eine neue Form des Agenda Settings. Ich bin der Meinung, dass das Thema Stadtentwicklung ein aktives neues Agenda Setting erfordert und ich denke, eine der nächsten guten Gelegenheiten dazu wird das World Urban Development Forum in Vancouver sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Moderator

Vielen Dank Frau Richter. Ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Gregor Meerpohl.

Gregor Meerpohl, Misereor

Guten Morgen meine Damen und Herren. Ich habe auch zu danken, dass ich hier als Vertreter einer der kleineren Organisationen innerhalb der Entwicklungsarbeit anwesend sein und zu Ihnen reden darf. Das Problem allerdings ist, dass wichtige Sachen, die eigentlich mit auf meiner Agenda standen, schon bereits von Vorrednern wie Sheela Patel und Somsook Boonyabanha, vorgetragen worden sind. Ich kann mich daher kurz fassen.

Kurz zu Misereor: die Entwicklungsorganisation der Deutschen Bischofskonferenz, Misereor selbst implementiert keine Projekte, was vielleicht ganz wichtig ist im

Verständnis unserer Arbeit. Wir unterstützen Partner und arbeiten auch als eine - im offiziellen Jargon - Nichtregierungsorganisation. Im deutschen Kontext arbeiten wir auch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, sprich Nichtregierungsorganisationen in Entwicklungsländern. Wir können nicht, oder nur in ganz begrenzten Ausnahmefällen, mit Regierungen und Munizipalitäten zusammenarbeiten. Dies ist die Aufgabe der bi- und multilateralen Zusammenarbeit. Aber wir unterstützen unsere Partner in ihren Ansätzen, in der Zusammenarbeit mit lokalen Stellen, mit Munizipalitäten und Regierungen, entweder wo es gilt, dort die Regierung in die Pflicht zu nehmen, oder aber auch um zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu kommen.

Die Beispiele, die wir bisher aus Indien und aus Thailand gehört haben, speziell auch Asian Coalition for Housing Rights, sind wichtig, weil sie zeigen, wo eine solche Kooperation möglich ist. Ich bin seit über 30 Jahren bei dieser Institution und es geht mir ähnlich wie Herrn Konukiewitz, vielleicht wird es auch Zeit, sich zurückzuziehen und ein bisschen zu reflektieren, denn die Gefahr, dass man in manchen Sachen ein bisschen zynisch wird, weil sich viele Sachen immer in Wellenbewegungen wiederholen, ist einfach da. Misereor ist eine der wenigen Organisationen gewesen, die schon sehr früh im Bereich der städtischen Entwicklung aktiv tätig gewesen ist, obwohl die Hauptagenda bis heute im ländlichen Bereich liegt. Eine meiner ersten Erfahrungen z. B. ist: als ich bei Misereor anfang und für den Bereich der städtischen Entwicklung zuständig war, kam ein Antrag aus den Philippinen als Papst Paul VI die Stadt Tondo besuchen sollte. Das war Anfang der 70er Jahre, und wir erhielten dann einen Antrag, dass die Gehwege, die hölzernen Stege, die in die Slums reinführten, verbessert werden mussten, so dass der Papst dort gehen konnte, und dort schnell ein paar Zinkbleche auf die Dächer kommen sollten, damit das ein bisschen ordentlicher aussah. Die zweite Verbindung mit dem städtischen Problembereich, den ich jetzt persönlich erlebt habe, ist dann etwas später gewesen, 1973 oder 1974, als eine deutsche Consulting für Infrastrukturmaßnahmen und für den Hafenausbau in Tondo zuständig war. Die erstellte ein Gutachten, das auch umgesetzt werden sollte, und hatte unglücklicherweise völlig vergessen, dass dort, wo die Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden sollten, Zigtausende von Menschen lebten, die überhaupt nicht berücksichtigt worden waren und plötzlich damit konfrontiert waren, zwangsumgesiedelt und einfach aus ihren Gebieten vertrieben zu werden, was damals zu einem großen Aufruhr führte. Der Vorfall ist thematisiert worden auf der ersten UN-Habitat-Konferenz in Vancouver, 1976. Das Image Deutschlands wurde damals angekratzt. Danach kam der Hilferuf: Können die Kirchen nicht helfen? Das waren so die ersten Erfahrungen, die wir hatten.

Wenn wir uns heute den Bereich der städtischen Entwicklung im Kontext der Globalisierung ansehen, stellen wir fest, dass es durch den Wettbewerb der Städte und Standorte um Investoren zu erheblichen Investitionen in Infrastrukturbereiche kommt und zum Teil auch zu Privatisierungen von Maßnahmen, wie z. B. im Transportwesen, bei denen über Generationen gewachsene informelle Siedlungen plötzlich weichen und Platz machen müssen. Die Siedlungen werden zerstört, die Leute werden vertrieben, ohne dass Kompensationen gezahlt werden, ohne dass irgendwelche Alternativen geschaffen werden, und die Leute werden obdachlos. Sie fallen noch tiefer in Armut, werden diskriminiert und werden gesellschaftlich und sozial ausgeschlossen. Und Armut, das wissen wir heute, ist nicht nur Einkommensarmut, sondern auch Ausschluss aus gesellschaftlichem und politischem Leben. Ich denke, wenn wir diese Bereiche mit einbeziehen, dann ist Armut zum Teil wesentlich größer, als es heute gesehen wird.

Der Abriss von Slums und die Vertreibung von deren Bewohnern sind kontraproduktiv zur Erreichung von Armutsbekämpfung, aber auch zur Erreichung der Millennium

Development Goals, wo es darum geht, dass in den nächsten Jahren Millionen von Menschen aus Armut herausgeführt werden sollen. Es sind Millionen von Menschen, die jedes Jahr aus ihren Städten vertrieben werden. Ich gebe einige Zahlen von den letzten beiden Jahren, in Indien z.B. in Delhi, Kalkutta und Mumbai waren es fast 800 000 Personen, in Simbabwe waren es im letzten Jahr landesweit 700 000, in Nigeria mit Abuja und Lagos 800 000, in Kenia 50 000. Die Liste könnte fortgeführt werden. Ich war im letzten Jahr in Djakarta, in Indonesien, im Tsunami-Gebiet und musste vorher nach Bombay und war in einem Gebiet, wo kurz vorher an die 30 000 Menschen vertrieben worden waren. Ich habe einige Aufnahmen von diesem Gebiet nach der Vertreibung gemacht und ich habe Aufnahmen vom Tsunami gemacht. In der Berichterstattung hinterher bei den Kollegen wurden die Aufnahmen gezeigt und ich habe sie gefragt: Was ist das? Da sagten beide: Das ist der Tsunami. Das war auch der Tsunami, aber der eine war *man made*, der andere war *natural made*. Die Bilder glichen sich fast aufs Haar. Es waren völlig ausradierte Flächen und was da zerstört wurde, waren wichtige Vermögenswerte der Armen, die über Jahre geschaffen worden waren.

Es gibt viele Ansätze für Lösungen. Somsook Boonyabancha und Sheela Patel haben aufgezeigt, wie es zu Lösungen kommen kann, die auch Vertreibungen verhindern. Ich will eine ganz kurz vorstellen, die aus der Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit UN-Habitat entstanden ist. Unter der Schirmherrschaft von UN-Habitat ist eine task force entstanden, eine *advisory group on eviction*, die versuchen will, präventiv zu wirken, Lösungen in von Vertreibung bedrohten Gebiete anzubieten, die Betroffenen einzubeziehen, Exposure-Programme zu möglichen alternativen Modellen anzubieten und den Menschen zu zeigen, wie Lösungen aussehen und Alternativen geschaffen werden können. Diese task force war sehr aktiv und hat einen sehr positiven ersten Bericht vorgelegt. Ob es einen zweiten Bericht geben wird ist offen, weil plötzlich keine Finanzierung da ist. Es sind keine großen Mittel, die gebraucht werden, aber ein solches wichtiges Instrument auf einer solchen Ebene, das helfen kann, Vertreibungen zu vermeiden, hat plötzlich keine Mittel mehr. Vielleicht besteht die Möglichkeit bei der Bundesregierung, da mal aktiv zu werden, und auch über die EU-Ebene zu intervenieren, ob solche Maßnahmen nicht weiterfinanziert werden können.

Das Wichtige aber sind die Lösungen, die von den Betroffenen selbst erarbeitet werden. Ich denke, das bezieht sich nicht nur auf die Vertreibung, sondern insgesamt auf die Lebensbedingungen in diesen Gebieten. Ich denke, dass heute ein Großteil des Wohnungsbedarfs in den Städten von den Armen selbst in informellen Strukturen und Ansätzen errichtet wird. In manchen Städten übersteigt die Zahl der informell errichteten Wohnungen bereits erheblich die Zahl der Wohnungen, die formal errichtet werden. Allein in Karachi werden für die informell errichteten Wohnungen Zahlen zwischen 60 und 70 % genannt. Das heißt, die Armen leisten einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Wohnraumversorgung. Aber diese informelle Versorgung steht in Konflikt mit dem formalen System und den hier vorherrschenden Planungskonzepten, denn die werden völlig ignoriert. Das Informelle soll ersetzt werden durch formale Strukturen. Anstatt den informellen Wohnungsbau durch formelle Strukturen zu ersetzen, sollten die bestehenden positiven Vorarbeiten im informellen Wohnungsbau, die dort bereits eingesetzte Energie und Kreativität aufgegriffen, fort- und in formelle Strukturen überführt werden. Ich denke das ist auch mein Appell an die Experten hier, sich in die Prozesse, in Lösungen, die in den Siedlungen stattfinden, einzuklinken und gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen zu suchen. Aber ich brauche das nicht zu wiederholen. Es bedarf nur neuer kreativer Ansätze und der Akzeptanz der formalen Welt, dass es informelle Strukturen gibt, die mit eingebunden werden müssen.

Ich denke bei der Mobilisierung des Selbsthilfepotentials spielen Spar- und Kreditprogramme, die in Eigenverantwortung der Betroffenen durchgeführt werden, wie auch das gegenseitige Lernen der Gruppen aus ihren Erfahrungen eine wichtige Rolle. Denn der Austausch mit anderen, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, stärkt die Kompetenz zur Problemlösung. Die Gemeinschaften befruchten einander. Dabei findet ein horizontaler Lernprozess statt, der sich qualitativ massiv von den vertikal ausgerichteten Schulungsprogrammen unterscheidet und bei dem bestehende Ressourcen identifiziert werden und deutlich wird, was Gruppen selbst zur Entwicklung beitragen können. Der Austausch macht den Armen sichtbar, dass sie in ihrem Überlebenskampf nicht allein sind. Sie erkennen, dass sie Teil einer globalen Gemeinschaft sind. Und dieser prozessorientierte Ansatz ist eine wichtige Voraussetzung für langfristige Lösungen.

Ich komme gerade aus Südafrika zurück, wo es in Zusammenarbeit mit den Ministerien und den Gruppen aus Slumgebieten, die sich in einer Föderation zusammengeschlossen haben, die sich national vernetzt haben, zu einem *Memorandum of Understanding* kommt. Dort kommt es zu einer ganz klaren Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Basisgruppen, wo genau dieser Prozess der Akzeptanz des Informellen durch die Formalstrukturen aufgegriffen wird. Das geht über Südafrika hinaus. Die Regierung von Indien und Brasilien werden ebenfalls mit eingebunden. Dieses *Memorandum of Understanding* soll als Modellbeispiel unter Umständen - wenn es bis dahin zu einer endgültigen Einigung kommt - auf dem Weltforum in Vancouver vorgestellt werden. Ich schließe hiermit. Vielen Dank.

Moderator

Vielen Dank Herr Meerpohl. Sie, Herr Dill, haben jetzt die Aufgabe, Ihre Erfahrung aus der Stiftungsarbeit hier darzulegen.

Dr. Günter Dill, Konrad Adenauer Stiftung

Schönen Dank Herr Vorsitzender. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich in einem langen Erfahrungsprozess im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit der Arbeit in und über Megacities zugewandt. Die Arbeit der Stiftung ist dabei komplementär zur Arbeit der GTZ. Von dort kam eigentlich die Anregung, im Hinblick auf die Probleme in den großen Städten bis hin zu den Megacities, konkrete Beratungshilfe zu leisten. Ich bin 2004 als Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Bukarest gegangen und bin in eine Hauptstadt mit rund 2 Millionen Einwohnern gekommen. Das ist die offizielle Zahl, eigentlich sind es bis zu 3 Millionen. Dort bin ich exakt mit den Problemen konfrontiert worden, die uns hier im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit berühren. Das geht von schlechter Luftqualität - hier diskutieren wir über Feinstäube, in Bukarest diskutiert man über Grobstäube - über hohes Verkehrsaufkommen, Lärmbelästigung, schlechte Qualität der Umwelt, stillgelegte Flächen, Treibhausgas-Emissionen und Landschaftszersiedelung bis hin zum Problem Abfall und Abwasser. Die meisten Haushalte in den Außenbezirken von Bukarest sind überhaupt noch nicht an das Wassernetz angeschlossen. Hier kumulieren sozusagen die Fragen, mit denen wir es jetzt zu tun haben und man erlebt die falschen Reaktionen unterschiedlicher Sektoren in der Verwaltung darauf. Da kauft man einerseits für den öffentlichen Nahverkehr neue Busse und auf der anderen Seite werden zur gleichen Zeit neue Parkhäuser in der Innenstadt gebaut.

Ich habe mir überlegt, ein paar Dinge neu zu überdenken und als *incentive* für das anschließende Panel zu formulieren, weil ich sehe, dass auch einfach Daten wie z.B. die

aggregierten Daten und Entwicklungstrends bei der weltweiten Urbanisierung unter dem Aspekt von Nachhaltigkeit neu überdacht werden müssen. Armut tangiert in den Entwicklungsländern exakt die Bereiche, die von Nachhaltigkeit betroffen sind, wie zum Beispiel den Verkehr und öffentlichen Transport. Wenn man sich überlegt, dass in Buenos Aires, einer Stadt, in der Fachkräftemangel herrscht, die Leute aus den Armenvierteln am Südrand der Stadt nicht das Geld haben, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Das heißt, Armut ist ein Faktor der ausschließt, dass man sich in den regulären Arbeitsmarkt integrieren kann. Das gilt genauso für den Bereich Schule und für den Bereich Wohnung. Wenn Sie das Thema Wasserversorgung, das in den Megacities immer stärker ein Problem ist, ansprechen, dann sehen Sie, dass, wenn keine regulären Wasserleitungen vorhanden sind, das Wasser einfach teurer wird. Herr Töpfer hat das gestern im Fall Nairobi angedeutet, dass sozusagen Stadtviertel, in denen auf der einen Seite der Straße die Gärten gesprengt werden, die Leute auf der anderen Seite aus dem Tankwagen für teures Geld ihr Wasser kaufen müssen. Ein anderes Beispiel: die Stadt Bejing will jetzt ihre Wasserversorgung aus dem Jangtse organisieren, was bedeutet, eine Wasserversorgungsleitung über 2 000 km zu legen. In Rumänien merke ich schon bei 100 km, was da für Probleme drinstecken. Also Sie merken, wenn man die Frage unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten stellt, wird Armut, Lebensqualität, auch die Annahme, dass Nachhaltigkeitsprobleme mit rascher Urbanisierung zusammenhängen und dem Urbanisierungsprozess inhärent sind, schon wieder in Frage gestellt.

Gestern hat Herr Töpfer Curitiba genannt, ich würde noch Porto Alegre in Brasilien dazu nehmen. Das sind Beispiele, wie es auf der kommunalen Ebene in Millionenstädten gelungen ist, in einigen Bereichen wirklich so etwas wie Lebensqualität herzustellen, sei es im Umweltbereich, sei es im Verkehrsbereich. Ein anderes Beispiel aus dem Verkehrsbereich ist Bogotá mit einem mustergültigen Lösungsmodell für den öffentlichen Nahverkehr. Es gibt durchaus die kritischen Trends der Urbanisierung, die hier beschrieben wurden. Es scheint mir aber wichtiger, wie jetzt auf dem Wasserforum in Mexiko geschehen, sich auf die Strategien zum Umgang mit diesen Trends zu konzentrieren, allen voran auf *local actions*, also lokale Handlungen für globale Herausforderungen zu finden. Das ist der entscheidende Punkt.

Das Zauberwort heißt natürlich, wie Sie alle es ja schon angesprochen haben, Dezentralisierung. Ich habe mir daraufhin mal unter dem Aspekt von Nachhaltigkeit Ökonomie, Ökologie und Soziales einen Leistungskatalog zusammengestellt, mit den Aufgaben, die die nationalen und internationalen Entwicklungsagenturen den Kommunen vorschreiben, um die Herausforderungen von Nachhaltigkeit zu erfüllen. Dieser Katalog reicht von der Energieversorgung, Management von Luftreinhaltung, Wasserqualität, Abfallwirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen, Ökosystem-Ansatz bei der Wirtschaftsansiedlung, Herstellung von Lebensqualität, erschwinglichen Wohnraum, bis hin zur Verbesserung der Gesundheit. Dann stelle ich mir natürlich die Frage des *empowerment* der Städte und der Dezentralisierung generell. Und bei der Dezentralisierung innerhalb der Städte gibt es zwei Fallen in der ganzen Diskussion. Die erste Falle heißt: Warum Dezentralisierung? Häufig versagen die Zentralregierungen bei der Stellung von Leistungen bis an die Basis. Gestern hat Herr Töpfer darauf hingewiesen, dass sofort Slums entstehen, wenn es keine Leistungen der Stadt gibt. Das kann ich aus meiner eigenen Erfahrung zu hundert Prozent unterstreichen. Diese Delegation ist also häufig ein Ausdruck der Schwäche der Zentralregierungen. Sie verlagern mit nicht ausreichenden Mitteln die Kompetenzen an die Basis. Die zweite und noch größere Falle ist, wenn die Kommunen, die jetzt kommunale Selbstverwaltung praktizieren, meinen, dass sie in dieser gewonnenen Freiheit, dieser dezentralisierten Kompetenzzuweisung auch noch in der Lage

sein könnten, alle Aufgaben selbst durchzuführen. Dann müssen sie scheitern. Das ist ganz klar, das klappt ja auch bei uns nicht, wie man in der Diskussion um unsere kommunale Selbstverwaltung deutlich sieht. Insofern Achtung, wenn man dieses Zauberwort hört, dann muss man auch sehen, wo die Pferdefüße sind. Integrierte Lösungsansätze sind wichtig, weil sonst diese Form von Sektoralisierung der Hilfen entsteht, die scheitern muss.

Was uns als Stiftung sehr am Herzen liegt, und da kann ich Frau Richter nur dankbar sein, dass sie das angesprochen hat, ist die Moderatorenrolle von NGOs, von Stiftungen, die die Erfahrungen von Partnerschaften zwischen großen Städten unterstützen und auch fördern. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt: ich bin jetzt lange genug in dem Geschäft der kommunalen Selbstverwaltung und missioniere für ein *empowerment* der Kommunen, moderner Kommunen, leistungsfähiger Kommunen in den Übergangsländern in Osteuropa, aber mir ist völlig klar, dass auch wir lernen müssen, dass die transparente, leistungsfähige Verwaltungen die wir in Deutschland vorfinden, im Grunde den Herausforderungen dieses Jahrhunderts schon nicht mehr gerecht werden können. Sie brauchen sich nur die Reformdiskussion anzuschauen: als Verkehrsteilnehmer zum Beispiel werden Sie in den Verwaltungen bei uns, und das ist eben die Ineffizienz, bei sieben Ämtern geführt, vom Führerschein bis hin zu Umweltfragen. Das heißt, die Verwaltung ist nicht organisiert, um die Bedürfnisse der Bürger zu erfüllen, sondern nach ihrer eigenen Logik, Verwaltungslogik als Organisation. Wenn diese Modelle - und ich habe mich selbst in Entwicklungsländern vergewissert - auch noch adaptiert werden, dann ist das Scheitern vorprogrammiert. Dann sind solche Selbsthilfeorganisationen das Einzige, wo sozusagen eine Perspektive entsteht und gerade das unterstützen wir als Stiftung. Ich denke, der Problemkatalog ist hiermit deutlich geworden und kann als Anregung für das nächste Panel dienen. Schönen Dank.

Moderator

Vielen Dank Herr Dill. Als Letzter standen Sie besonders unter dem Druck, sich kurz zu fassen. Ich glaube, Sie haben Ihre Zeit sehr gut genutzt. Wir haben jetzt noch Zeit für vier Fragen und ich schlage Ihnen vor, sich in Ihren Fragen darauf zu orientieren, was von den verschiedenen Akteuren prioritär zu tun ist. Wir gehen auf das World Urban Forum III zu. Dort werden zwar keine Entscheidungen getroffen, aber es ist ein großes Diskussionsforum, das natürlich auch im Hinblick auf Aktionen und Entscheidungen diskutiert. Deswegen ist das, was wir hier zusammentragen, auch wichtig als Input für dieses große Treffen.

Diskussion

Martin Vogt, VDBIO Potsdam

Ich habe mehrere Fragen an Herrn Oqubay Sie haben hier den Ruf nach mehr internationaler Zusammenarbeit getan. Die Hilfe, die die internationale Geber-Gemeinschaft anbieten kann, hat natürlich Grenzen. Aber es gibt sehr viel, was in den Empfängerländern getan werden kann. Da ist z. B. die Frage der Demografie. Was tut die äthiopische Regierung, um das enorme Bevölkerungswachstum einzuschränken? Ein Bevölkerungswachstum von nahezu 5 % ist nicht wirklich tragbar. Zweitens ist eines der größten Hindernisse bei der wirtschaftlichen Entwicklung, dass in der äthiopischen Konstitution privates Land nicht besessen werden kann, es ist nur *state hold*. Welche Anstrengungen unternimmt Äthiopien, damit das in der Konstitution ausgeräumt wird und Privateigentum an Land möglich wird? Drittens, was ist getan worden, um den

Militärhaushalt, der ja in den letzten 25 Jahren außerordentlich hoch war, zu begrenzen?
Danke.

Florah Ikawa, TU Berlin

I have a question to the honourable Minister Oqubay. You have given us a long list about what the government has done in Addis Abeba and if I was a citizen of Addis Abeba I would be very content with education and economy. But towards the end of last year there were many civil unrests, which were dealt with a heavy hand by the government. I would like to know the root of the civil unrest, if it was related to poverty or if it was related to governance, because we understand that you recently decentralized and maybe you may not have had institutional capacity to decentralize and people might not be very comfortable with the mode of governance. Thank you.

Arkebe Oqubay

Thank you for your questions. I think the population growth in urban areas is coming from two sources. One is the natural population growth, which is completely different from Europe. And the second is rural-urban migration. The key solution in this respect would be first of all education in terms of family planning and access to education in rural and urban areas. If women and girls, for example, could go to school already at early age much ignorance about the possibilities of individual family planning could be avoided. The second solution would be to make sure that growth is also prevailing in the rural areas. As I have mentioned before, we have to work in urban areas, as well as in rural areas in order to have an impact on rural-urban migration. A lot of effort is being spent in this respect and we focus on rural development strategies.

The second answer is in relation to land ownership: land is considered a public property, but the right to use it is there for private investors or for the farmers. If we look at urban areas, it has not been a problem for private investors, because in terms of land systems you find the free hold system, the land lease system in many countries. Even Hongkong has a land lease system similar to the one we have in Ethiopia and we have not seen it becoming a constraint or an obstacle for private sector investment.

The third point is on the military budget. I would guess it is history now. After the end of the military regime, which was a totalitarian government that ruled Ethiopia for 17 years, we now have reoriented the whole economy. The defence budget today is probably one of the smallest sectors in terms of budget allocation. We had a very unfortunate war with Eritrea some years back but we are making all our efforts so that a war-like situation does not return and many development partners and donor countries are also working in this direction. We really need peace.

On decentralization and governance, let me emphasize once again that it was only possible to make successful interventions to reduce poverty, because of the active participation of the communities. We have enjoyed this support from the communities, because we deliberately prepared and designed institutional arrangements which activated such involvement.

Concerning the civil unrest, particularly after the election: I would not like to go into details, but we have to remember that Ethiopia is a country which has seen probably 60 years of totalitarian administration, 40 years of emperors' time and 17 years of communist regime and we have struggled to practise democracy in the last 13 or 14 years. We know that even for Europe it has not been easy to practise democracy. We know that from time

to time we have to critically assess things that need to be improved and we always have to be open minded to grasp opportunities to improve policies. As I mentioned to you earlier, democracy is and will remain the basic foundation for our society and our state but all of us Africans we have to display more efforts to make it more effective.

Moderator

Thank you very much. I would like to thank all panelists for their contributions and would just like sum up what I am taking away from here: In the development community you quite often hear: “Megacities, let’s stay away from them. Once you have a megacity you can’t govern it, it’s chaos, it’s slums, it’s gang wars. Let’s stay away from it. Let’s focus on medium size cities or villages.” Today we have heard about solutions in megacities. Solutions, which require action by all stakeholders, the local and national government, community organisations, civil society at large and also international development partners. I am very happy that this was the focus and I think we all have taken good note of the comments made. We realize that there is still a lot of potential for improvement by listening more to the concerned people and by using the corepower of community development. I think that if we can take that message to the World Urban Forum III in Vancouver, this would be a very good outcome of our session.

Panel 4: Wissenschaftsobjekt Megastadt: Der Beitrag der deutschen Forschungsinitiativen zu Verständnis und nachhaltiger Entwicklung von Megastädten

Moderation: Christian Much, Auswärtiges Amt

Meine Damen und Herren, zu unserem 4. Panel „Wissenschaftsobjekt Megastadt – der Beitrag der deutschen Forschungsinitiativen zum Verständnis und nachhaltiger Entwicklung von Megastädten“ möchte ich Ihnen zunächst das Podium vorstellen. Hier sitzt die Crème de la Crème der deutschen Forschungsinitiativen zu diesem Thema.

Frau Professor Kraas hat im Schwerpunkt Geographie studiert und in Bonn über Entwicklungsdynamik und Regierbarkeit des Großraums Bangkok zur Bedeutung sozio-kultureller Einflussgrößen in der Megastadt habilitiert. Seit 2000 ist sie Professorin für Anthro-Geographie am Geographischen Institut der Universität Köln.

Professor Udo Ernst Simonis vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) ist Professor für Umweltpolitik, war Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), ist Mitglied des UN-Komitees für Entwicklungspolitik (CDP) und war vier Jahre lang Präsident der World Society for Ekistics (WSE).

Professor Eckart Ehlers ist Professor der Geographie in Bonn, früher in Gießen und Marburg. Seine Hauptarbeitsgebiete sind ländliche und urbane Entwicklung in der Dritten Welt, insbesondere im islamischen Orient und dabei Schwerpunkt auf der sozialwissenschaftlichen Dimension des globalen Umweltwandels. Hier sitzt er als Hauptgutachter des Förderschwerpunkts Megastädte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Professor Bernd Hansjürgens ist Volkswirt und seit 1999 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Umweltökonomik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er leitet das Department Ökonomie am UFZ Umweltforschungszentrum in Leipzig-Halle in der Helmholtz-Gemeinschaft.

Kommen wir zur Sache. Sie sehen hier nicht nur herausragende Wissenschaftler, Sie sehen Wissenschaftler, die zusammen über die nächsten zehn Jahre ungefähr 80 Mio. Euro für Forschung zum Thema Megastädte ausgeben werden. Warum?
Zur Relevanz der Forschungsinitiativen erteile ich zunächst Prof. Hansjürgens das Wort.

Prof. Hansjürgens

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zunächst einige Gründe anführen, warum Forschung zu Megacities betrieben wird. Danach möchte ich Ihnen eine von drei Forschungsinitiativen, die im Moment in Deutschland im Entstehen sind, vorstellen.

Warum Forschung für Megacities? Ich habe mir hierzu vier Gründe aufgeschrieben: Erstens spielt Urbanisierung im globalen Wandel eine besondere Rolle. Das bedeutet: Das, was derzeit weltweit in den Megacities passiert, betrifft letztlich uns selbst direkt oder indirekt. Zweitens tragen wir eine Verantwortung im Rahmen der Politik. Die Politik hat sich in verschiedenen internationalen Kommuniqués zu dieser Verantwortung bekannt. Forschung trägt auch diese Verantwortung, weil sie nicht nur interessengeleitet, sondern vor allem relevanzgeleitet sein sollte. Wenn man dies akzeptiert, dann muss Forschung

auch zu drängenden Fragestellungen in der Welt, wie der Mega-Urbanisierung, Stellung beziehen. Drittens: Megacity-Forschung hat etwas mit Zusammenarbeit und Kooperation zu tun. Alle Initiativen, die Ihnen hier vorgestellt werden, versuchen, solche Kooperationen vor Ort in verschiedenen Partnerstädten aufzubauen. Kooperationen sind im Interesse der wissenschaftlich-technischen, aber auch der ökonomischen Zusammenarbeit. Mein vierter Grund ist eigentlich das, was viele Wissenschaftler als Erstes nennen würden: Forschung zu Megacities ist einfach spannend. Im Programm haben die Veranstalter dazu geschrieben: „Neu am Problem der Mega-Urbanisierung sind nicht nur die bisher unbekannt Dimensionen quantitativen Wachstums, die hohe Konzentration von Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaftskraft und nicht selten politischer Macht, sondern vor allem auch die Gleichzeitigkeit, Komplexität und wechselseitige Wirkung verschiedener Prozesse“. Das ist unheimlich gut getroffen, in dieser Formulierung sind zig Forschungsfragen enthalten, die man auf kleineren Skalen einfach so nicht antrifft.

Die Initiative der Helmholtz-Gemeinschaft trägt die Überschrift „*Risk Habitat Megacity*“. Das ist die Initiative, für die ich als Sprecher stehe. Unsere Betrachtungsweise ist so angelegt, dass wir sagen, die Mega-Urbanisierung birgt besondere Risiken. Wenn wir den Begriff Risiken benutzen, meinen wir natürlich auch Chancen. Auf diese Risiken wollen wir in besonderer Weise den Blick richten. Dabei sind erstens natürliche, naturbedingte Risiken angesprochen, also z.B. Tsunamis, Vulkane, denen die Bevölkerung in den Mega-Regionen oft ganz besonders ausgesetzt ist. Es geht zweitens um menschlich beeinflusste Risiken, also Armut, Hunger, Kriminalität. Und es geht drittens um Risiken, die sich wechselseitig bedingen, vor allem solche Risiken, die natürlicher Art sind, aber durch menschliche Aktivitäten verstärkt oder verschlimmert werden. Überschwemmungsgefahren sind z.B. oft solche menschlich beeinflusste Risiken. Hangrutsche werden für den Menschen zu Risiken, weil Bebauung dort stattfindet, usw. Diese Fragen des Risiko-Lebensraums Megacity stehen im Fokus der Helmholtz-Initiative, und wir verfolgen damit im Wesentlichen vier Ziele. Es geht einmal darum zu fragen: Was heißt überhaupt nachhaltige Entwicklung für diese urbanen Räume? Was sind die Ziele, die man hier definieren kann? Zweitens, wie sind die Risiken zu bewerten? Drittens, welche Strategien können wir zum Management von Risiken entwickeln? Können wir bspw. dazu beitragen, dass bestimmte Risiken reduziert werden, dass die Entwicklung nachhaltiger gestaltet wird? Und viertens ist unser Ziel auch die Entwicklung von *capacities* im Sinne der Forschung. Das heißt, es geht um *capacity building*. Meine Vision ist, dass wir jährlich dreißig oder vierzig Doktoranden aus verschiedenen Städten der Welt zusammenziehen, insbesondere aus Lateinamerika, die sich jährlich in einem *Centre for Sustainable Urban Development* treffen und ihre Forschungsergebnisse austauschen.

Ich möchte noch eine weitere Besonderheit des Forschungskonzepts *Risk Habitat Megacity* ansprechen. Das Forschungskonzept behandelt unterschiedliche Risiken, die in gänzlich verschiedenen Bereichen liegen können, also im Wasserbereich, im Energiebereich, im Transport, in der Luftverschmutzung usw. Unser Anliegen ist es, in besonderer Weise quer dazu stehende Themen zu bearbeiten. Diese Querschnittsthemen, die in jedem dieser Anwendungsfelder berücksichtigt werden sollen, sind erstens Nachhaltigkeitskonzepte. Wir versuchen zu klären, was nachhaltige Entwicklung im Energiebereich, in der Wasserver- und -entsorgung usw. heißt. Zweitens versuchen wir eine Bewertungsebene hineinzuziehen, indem wir Risikokonzepte auf die verschiedenen Anwendungsfelder beziehen, und drittens betrachten wir die Frage des Handelns, sprich die Governance Aspekte. Welche Akteure handeln? Wie ist das Zusammenwirken der Akteure? Wie sind die intergovernmentalen Beziehungen ausgestaltet? Wie sind die Beziehungen zwischen dem formalen und dem informalen Sektor?

Die Helmholtz Initiative hat einen Fokus auf Lateinamerika. Dafür haben wir uns aus verschiedenen Gründen entschieden und als ‚Ankerstadt‘ Santiago de Chile ausgewählt. Hierfür sprechen u.a. organisatorische Gründe sowie die guten bisherigen Erfahrungen in der Kooperation mit Institutionen in Santiago de Chile. Für uns ist sehr wichtig, dass wir in Santiago einen Multiplikator haben, der auf ganz Südamerika wirkt. Ein wichtiger Partner dieser Initiative ist das CEPAL-Institut, die Regionalkommission der Vereinten Nationen, die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Lateinamerika und der Karibik verantwortlich ist.

Soviel zu der ersten der genannten Initiativen. Sie werden gleich auch noch hören, wie wir versuchen, diese drei Initiativen, die Ihnen vorgestellt werden, auch miteinander zu verknüpfen, um zusätzliche Synergie-Effekte hieraus zu ziehen.

Moderator

Vielen Dank, Professor Hansjürgens. Nun zu Ihnen, Frau Professor Kraas. Sie sind Sprecherin des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Megastädte, informelle Dynamik des globalen Wandels“.

Prof. Frauke Kraas

Professor Hansjürgens hat bereits darauf hingewiesen, dass wir in Deutschland gegenwärtig drei Säulen von Megastadt-Forschung betreiben. Die eine Säule ist „Risiko Lebensraum Megastadt“ von der Helmholtz-Gemeinschaft, mit Schwerpunkt lateinamerikanische Megastädte. Die zweite Säule ist das DFG-Schwerpunktprogramm, das sich vor allem mit Informalität in ausgewählten Regionen Asiens beschäftigt. Und die dritte, die größte Säule ist die Säule des BMBF „Nachhaltige Entwicklung in Megastädten“ mit keinem regionalen Fokus, sondern sehr stark anwendungsorientiert. Diese drei Säulen existieren zwar parallel, haben aber ganz erhebliche Überlagerungsbereiche und sind komplementär zueinander entwickelt worden. Sie sind ein Beispiel für komplementäre koordinierte Programmforschung in Deutschland, über die innerhalb der nächsten Monate gewissermaßen ein Dach gelegt werden soll.

Das Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft zielt auf die Bedeutung des informellen Sektors innerhalb der Strukturen und Prozesse der Megastadt-Forschung sowie zweitens auf deren Verknüpfung mit den Strukturen und Prozessen des globalen Wandels. Aus diesem Grunde auch der Titel „Megastädte – informelle Dynamik des globalen Wandels“. Lassen Sie mich von den beiden Ausgangspunkten ausgehen. "Globaler Wandel" wird hier explizit nicht im lange Zeit vorherrschenden Sinne als *global environmental change* verstanden, sondern darüber hinaus als *global socio-economic and political change*. Vor diesem Hintergrund muss Megastadt-Forschung hier auch auf die Komplexität der verschiedenen Wissenschaftstraditionen hinarbeiten. Auf die zentralen Fakten ist bereits mehrfach hingewiesen worden, die eminente gesellschaftspolitische Relevanz brauche ich nicht mehr zu unterstreichen. Auch die Tatsache, dass wir es mit Risikoräumen auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber eben auch mit globalen Knotenpunkten zu tun haben, mit großem Potential der globalen Transformation, muss wohl nicht unterstrichen werden.

Der zweite Ausgangspunkt des Schwerpunktprogramms zielt auf den Aspekt der Informalität und widmet sich damit einem Zukunftsthema. Es ist unverkennbar, dass Megastädte zunehmend einen bisher nicht gekannten Verlust an Regierbarkeit und Steuerbarkeit erfahren. Immer mehr Prozesse laufen informell, unregelt, zum Teil auch

illegal ab. Aber es mangelt bislang an einer systematischen Untersuchung dieser hochkomplex informell ablaufenden mega-urbanen Prozesse in ihrer Beziehung auf die Reorganisation von räumlichen, sozialen und institutionellen Beziehungen im Rahmen des globalen Wandels. Die stark wachsenden Räume erfordern die Einrichtung von Wohnraum, von Infrastruktur, von Ent- und Versorgungseinrichtungen für Hunderttausende von Menschen. Und dies angesichts eines immer schwächer werdenden öffentlichen Sektors. Dies erfordert ein Regulationsregime, welches Informalität eindeutig bevorzugt. Dazu gehören informelle Siedlungs- und Wirtschaftsprozesse, aber auch die zunehmende Zahl von Akteuren und Netzwerken, die in einer staatlich nicht reglementierten Form miteinander agieren und diese Megastadt-Dynamik eindeutig prägen. Stadt wird zumindest in den Megastädten der Entwicklungsländer zunehmend nicht mehr regiert und gesteuert, auch nicht geplant, sondern Stadt wird von den verschiedensten Akteursgruppen ausgehandelt, bei denen die staatliche Komponente bestenfalls eine dieser Akteursgruppen ist. Es zeigt sich, dass die herkömmlichen Konzepte und Strategien, aber auch die Instrumente und Prioritäten der Stadtentwicklung, wie wir sie bislang gefahren sind, weder den Bedingungen einer Verstädterung in Armut entsprechen, noch geeignet sind, Informalität als weithin vorherrschendes Grundprinzip des städtischen Lebens, des Wirtschaftens und des Siedelns zu akzeptieren.

In diesem Spannungsfeld zwischen globalem Wandel und Informalität bestimmen vier Kernthemen die aktuelle Forschungsfront – und auf diese richtet sich das Schwerpunktprogramm. Erstes Kernthema ist der Verlust von Planung, Steuerungsfähigkeit und Kapazität – *capacity building* oder *capacity performing* – und auf der anderen Seite der Einfluss neuer Steuerungsformen. Zu fragen ist beispielsweise, in welcher Weise Steuerungstechniken und Institutionen exogener Herkunft sich mit lokalen Regelungsprozessen verbinden. Die Frage nach der Effizienz von Regierungssystemen, von Kosten-Nutzen-Verhältnis unterschiedlicher Regime wird hier thematisiert, oder auch der unterschiedliche Grad an Informalität und parallelen Normensystemen, die lokal existieren, in globale Zusammenhänge eingebettet sind. Das zweite Kernthema richtet sich auf die Dominanz und die Ausdifferenzierung urbaner Ökonomien, die inzwischen eine erdrückende Dominanz im Verhältnis mit nationalen Ökonomien zeigen. Hier geht es z.B. um die Struktur informeller Sektoren als Bindeglieder zwischen den Kreisläufen informeller und formeller Ökonomien, die oftmals rhetorisch voneinander getrennt werden, aber nicht separat voneinander gesehen werden sollten. Es stellt sich die Frage, ob informelle Institutionen Risiken minimieren und Transaktionskosten senken können, dabei Defizite formeller Institutionen aufgreifen und inwieweit informelle lokale Ökonomien unter dem Einfluss global bestimmter Güter und Dienstleistungsproduktion überhaupt weiter existieren können. Das dritte Kernthema richtet sich auf die Frage der Komplexität und der Dynamik der Stoff- und Ressourcenströme, ganz spezifisch auf die Prozesse etwa der Luft- und Wasserdynamik, der Energieströme, der Informationsströme, aber eben auch Verkehrs- und Migrationsströme, deren Komplexität ja zugenommen hat. Um nur ein Beispiel anzusprechen: Gesundheitsprobleme im Zusammenhang mit Epidemien. Wir bedürfen eines vertieften Verständnisses neuer Prozesse, die als Störfaktoren zum Kippen von Gesamtsystemen führen können. Ich erinnere nur an die so genannte Asien-Krise, die wir in dieser Hinsicht als eine urbane Krise haben identifizieren können. Das vierte Kernthema richtet sich auf die Dynamik der Siedlungsentwicklung, ganz besonders deshalb, weil Siedlungsentwicklung die Dynamik von Migration und Expansion der Megastädte am eindrucklichsten widerspiegelt und von ihr eine zentrale Kontrollfunktion vielzelliger Entwicklung in der Megastadt ausgeht. Die siedlungsstrukturelle, planungsstrukturelle Bedeutung des Wohnungssektors ist wohl unbestritten. Auch hier wird die Mehrschichtigkeit der Aushandlungsprozesse deutlich.

Im Rahmen des Schwerpunktprogrammes ist dann über die Frage der regionalen Schwerpunkte diskutiert worden. Im Rahmen des Schwerpunktprogramms konzentriert sich die Forschung auf zwei Regionen mit den kontrastierenden Kategorien "autoritär-zentralistisch mit teilweise behinderter Informalität" und "demokratisch-dezentrale Informalität" mit einem hohen Verlust an Steuerbarkeit und ausgeprägten Differenzierungen von Informalität, die eine in einem wachsend prosperierendem Umfeld und die andere in einem wachsendem armen Umfeld mit sehr hybriden Interaktionsformen. Die Wahl ist hier einmal auf das Pearl River Delta in China gefallen und auf Dhaka, die Hauptstadt von Bangladesch.

Erlauben Sie mir noch zwei abschließende Bemerkungen. Erstens die Frage: Warum Megastädte als zentrale Elemente globaler Friedenspolitik? Es ist bisher nicht adäquat wahrgenommen worden, dass die Tragweite der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die mit globalisierten informellen Prozessen einhergehen, letzten Endes mit den Veränderungen im Gefolge der Industrialisierung Mitteleuropas und Nordamerikas im 19. und 20. Jahrhundert vergleichbar ist oder sie an Bedeutung gar übersteigt. Zweitens möchte ich auf die wissenschaftspolitische Bedeutung der Megastadt-Forschung eingehen. Es gehen von ihr ganz erhebliche Chancen für die Megastadt-Forschung aus. Wissenschaftspolitisch deshalb, weil Deutschland die größte megaurbane Region Europas, das Rhein-Ruhr-Gebiet besitzt. Im globalen Wettbewerb wird diese als Megastadt wahrgenommen, nicht aber bei uns. Es mangelt am Bewusstsein, hier eine Expertise zu besitzen, die exportfähig ist. Deutschland hat eine große Stadtexpertise. Wir merken innerhalb der Wissenschaftslandschaft, dass die Zusammenschlüsse der stadtbezogenen Wissenschaftler bei weitem noch nicht so vorangeschritten sind, wie es hätte sein sollen. Das zeigt die hohe Resonanz auf alle drei gerade genannten Programme. Deutschland kann und sollte meines Erachtens das Thema Stadt auch global aktiv in die Wissenschaftslandschaft einbringen, speziell in der Verbindung mit starker Kompetenz im Bereich der *global change*-Forschung. Das wäre kein schlechter Nebeneffekt, wenn die Frage der Informalität auch auf diese Weise auf unsere eigenen Prozesse, die wir in den Städten zunehmend besitzen und die ebenfalls einen gewissen und zunehmenden Charakter an Informalität haben, reflektiert würde. Vielen Dank.

Moderator

Vielen Dank, Frau Professor Kraas. Professor Ehlers, Sie sprechen zu uns als Hauptgutachter des „Förderschwerpunkts Megastädte“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Prof. Ehlers

Meine Damen und Herren, ich möchte die Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hier kurz skizzieren, die sich in mancherlei Hinsicht von den vorher dargestellten Initiativen unterscheidet. Zunächst lassen Sie mich aber sagen, und da stimmen wir alle drei Sprecher überein, dass es aus wissenschaftlicher Sicht ein Glücksfall ist, dass gleich drei große Forschungsinitiativen von Deutschland ausgehen, die zudem, obwohl weitgehend voneinander unabhängig konzipiert, synergetische Potentiale von großer Tragweite enthalten. Vier Aspekte sind für alle drei Programme kennzeichnend:

- a) Sie sind sowohl international als auch multidisziplinär.
- b) Sie sind sowohl thematisch als auch regional ergänzend und damit komplementär.
- c) Sie sind sowohl grundlagen- als auch anwendungsorientiert.
- d) Und alle drei sind langfristig, d.h. durchweg auf 8 – 10 Jahre angelegt

Die BMBF-Initiative unterscheidet sich von der der Helmholtz-Gesellschaft und der der Deutschen Forschungsgemeinschaft in zweierlei Hinsicht. Erstens ist die BMBF-Initiative durch eine Fokussierung auf die Megastädte von morgen gekennzeichnet, also auf Megastadt-Entwicklung *in statu nascendi*. Zweitens ist die BMBF-Initiative durch ein offenes Ausschreibungsverfahren mit der Annoncierung dieser Programminitiative gekennzeichnet gewesen, in deren Folge dann über 100 Anträge eingereicht worden sind. Diese Ausschreibung hat ganz bestimmte Dinge vorausgesetzt und eine Orientierung vorgegeben, die diese Aktivitäten von DFG und Helmholtz unterscheiden. Zum einen wurde angeregt und erwartet die Erarbeitung und Umsetzung beispielhafter, lösungsorientierter und integrierter Planungs- und Managementkonzepte für nachhaltige Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der drei Säulen Ökologie, Ökonomie, soziale Entwicklung. Ich möchte daran erinnern, dass gestern Prof. Töpfer darauf hinwies, dass die soziale Nachhaltigkeit *the most difficult field of sustainable development* sei. Die zweite Vorgabe war, sich bei der Programmentwicklung an konkreten Bedarfsfeldern zu orientieren. Zum dritten sollten die Projekte der Prävention und Therapie urbaner Fehlentwicklungen dienen mit der Konsequenz, dass bei Megastädten von morgen ein Schwerpunkt nicht auf einer ex-post-Analyse dessen liegt, was zu Fehlentwicklungen oder zu den gegebenen Situationen geführt hat. Viertens geht es um eine Betonung nutzerorientierter und partizipativer Ansätze mit dem Ziel der Erarbeitung von Orientierungs- und Entscheidungswissen. Auch Sheila Patel hat gestern darauf hingewiesen, dass *“the underprivileged population wants to participate and benefit from globalization”*. Das heißt also die Einbeziehung dieser Gruppen. Und fünftens schließlich sollen die Projekte die Einbindung der vor Ort für die urbane Entwicklung zuständigen Institutionen sowie relevanten Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten. Und auch hier ist gestern schon Entscheidendes gesagt worden, nämlich dass internationale Zusammenarbeit und Allianzenbildung eine Voraussetzung für erfolgreiche Stadtentwicklungen sein sollten. Als ultimatives Ziel wird die Erarbeitung von *good practice*- oder gar *best practice*-Ergebnissen erhofft, die wie in den anderen Projekten auch Transfer- und Modellcharakter haben sollen.

Das Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens waren insgesamt über 100 Projektskizzen unterschiedlichster Forschungskonsortien aus Wissenschaft, Wirtschaft und/oder kommunalen bzw. privaten Forschungseinrichtungen. Von diesen sind dann 16 Projekte für eine Pilotphase von zwei Jahren ausgewählt worden. Diese 16 Projekte werden sich in etwa einem Jahr einer neuerlichen Bewertung und Zwischenevaluierung zu unterziehen haben, um dann die Endauswahl für diesen über 10 Jahre angelegten Forschungsschwerpunkt definitiv zu treffen.

Angesichts dieses Verfahrensmodus ist es keine Überraschung, dass sich bislang eine breite Palette von thematischen und regionalen Fallstudien ergeben hat. Ich will hier nur einige wenige nennen, und zwar solche, die hier schon explizit auch als Bedarfsfelder angesprochen worden sind. Zum Beispiel ein Projekt, das sich mit nachhaltigem Wohnungsbau zwischen Wachstum und urbaner Erneuerung in Vietnam befasst. Ein zweites: Wasser, Gesundheit und Lebensqualität in einem vergleichenden Ansatz zwischen einem chinesischen und einem indischen Beispiel. Andere Vorhaben betreffen etwa energieeffiziente Verkehrssysteme im chinesischen Kontext, *new towns* als Entlastungsstädte in einem extrem ariden Milieu, Beispiel ist in diesem Falle Iran; Wasser- und Abwasserproblematik in Lima/Peru oder, was heute Morgen von dem Minister für Stadtentwicklung aus Äthiopien angesprochen wurde, *income generation* durch Nutzung von Siedlungsabfällen und Recycling, Beispiel Addis Abeba. Diese und andere Studien

sind derzeit in der Pilotphase und decken die breite Palette von Themen und Problemfeldern ab, die nicht nur die oben angegebenen Ausschreibungskriterien erfüllen, sondern zugleich wissenschaftspolitische und entwicklungspolitische Funktionen erfüllen. Entwicklungspolitik wird in Zukunft zu einem gewichtigen Teil Stadtentwicklungspolitik sein und das BMBF hat sich in diesem Kontext auch der beratenden Einbindung und Begleitung der GTZ in Projektabläufe versichert.

Die wissenschaftspolitische Dimension ist ganz klar vorgegeben. Aus der Sicht des Ministeriums geht es zum einen um die Schaffung solider Wissensgrundlagen für politisches Handeln. Das ist der eigendefinierte Nutzen, der hier zum Ausdruck kommt. Aber auch, und wohl mehr noch wird angestrebt, die Erzielung von Synergien mit anderen nationalen, europäischen und internationalen Forschungsprogrammen, die Nutzung von bereits laufenden Forschungs- und Entwicklungsprojekten zur nachhaltigen Entwicklung als Basis bi- und multinationaler wissenschaftlich-technologischer Zusammenarbeit, und schließlich auch die Erfüllung außenpolitischer Verpflichtungen gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit diesen BMBF-spezifischen Interessen ist auch das Rahmenthema dieses 13. Forums und seines Untertitels „Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt – Globalisierung, Urbanisierung und internationale Politik“ angesprochen.

Ich möchte mich abschließend noch einmal auf das Wissenschaftsobjekt Megastadt konzentrieren. Lassen Sie mich die Metapher des Glücksfalls noch einmal aufgreifen. Angesichts der Triade Helmholtz – DFG – BMBF ist es eine einmalige Situation, die es aus der Sicht der Wissenschaft zu nutzen gilt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ein Plädoyer an alle drei in diesem Panel vertretenen Fördereinrichtungen und der in ihnen engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler richten: Erstens, lassen Sie das uns zugefallene Potential über die projektbezogenen Forschungsprioritäten und über die individuell unterschiedlichen Ergebnisorientierungen hinaus zu einer einander ergänzenden komplementären Verbundforschung zusammenschweißen, in der Erfahrungsaustausch über Erfolgsstrategien und Problemerkahrungen über Projektgrenzen und Förderinstitutionen hinweg gepflegt werden. Dass so etwas im Gange ist, hat Frau Kraas eben angedeutet, also eine nationale Initiative, die dann möglicherweise auch über diese drei Programme hinausreicht. Zweitens, lassen Sie uns die Chance nutzen, im Rahmen der Projekte die offenkundigen Defizite einer heute mehr denn je notwendigen Interdisziplinarität abzubauen. Die projektinternen Kooperationen von Natur- und Sozialwissenschaften, von Wirtschafts-, Geistes- und Ingenieurwissenschaften stellen dafür hervorragende Voraussetzungen dar. Sie sollten aber auch über die Programminitiativen hinweg kultiviert und verabsolutiert werden. Drittens, lassen Sie uns dort, wo dies bislang als Defizit empfunden wird, die Anwendungs- und Problemlösungskompetenz von Wissenschaft stärken. Ich denke, dass hier spezifische Felder des Wissenschaftskanons hervorragende Gelegenheit haben, ihre Potentiale zu beleben und zu fördern. Neben den Postulaten nach Interdisziplinarität, Anwendungs- und Problemlösungskompetenz ist der Aspekt der politisch gewollten und wissenschaftlich gewünschten Internationalität so selbstverständlich und projektimmanent, dass er hier keiner weiteren Erwähnung bedarf. Es wurde mehrfach auch die Rolle der Mittlerfunktion von solchen Projekten und nationalen wie internationalen Allianzen besprochen. Auch diese Projekte können dazu dienen.

Meine Hoffnung, Erwartung und Bitte geht an alle Beteiligte, an Forschungsförderer, Projektträger wie Projektnehmer, an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: lassen Sie uns in einem offenen Dialog die Chancen dieses wissenschaftlichen Glücksfalls nutzen.

Moderator

Professor Simonis, wir sitzen hier umringt von einem „Glücksfall“. Sehen Sie das auch so?

Prof. Simonis

Na, wollen wir lieber mal abwarten, ob der finanzielle Glücksfall auch ein fachlicher Glücksfall wird. Meine Damen und Herren, hier sitzt ein Emeritus vor Ihnen ohne eigene Projektinteressen, aber doch mit höchstem Interesse daran, dass bei uns sinnvolle, global relevante Forschung etabliert wird, insbesondere natürlich zu dem uns heute gestellten Thema, dass diese Forschung strikten Regeln unterworfen wird und international evaluiert werden sollte. Nun, worüber soll ich reden, der ich keine der neuen großen Initiativen repräsentiere?

Ich dachte, als Wissenschaftler sollte ich mit der Rolle von Büchern und Berichten beginnen. Um es vorweg zu sagen: Nur wenige Bücher haben die Welt wirklich verändert. Da wird man an die Bibel und den Koran denken, doch schon der Blick auf den Buddhismus, den Hinduismus oder den Taoismus zeigt, dass religiöse Tradition nicht unbedingt des geschriebenen Wortes bedarf. In der Wissenschaft aber ist es, so könnte man meinen, anders. Da wurden wir beispielsweise, gerade in diesem Jahr, sehr häufig an Einstein erinnert. Dessen wissenschaftliche Leistung hat aber wohl eher mit seinen Aufsätzen, Vorträgen, Experimenten und insbesondere mit seiner Lehre zu tun, als mit Büchern. Auch in der Art und Weise, wie er andere zum Denken veranlasst hat, war er bedeutend. In meinem eigenen thematischen Schwerpunktgebiet, der Umweltpolitikforschung, scheint es ähnlich zu sein. Zwar gibt es das mit mehr als 850.000 Exemplaren meistverkaufte Buch „Die Grenzen des Wachstums“ (1972), doch das meistzitierte wissenschaftliche Werk in der Umweltforschung ist ein Aufsatz von Garrett Hardin über „The Tragedy of the Commons“ (1968) von nur 6 Seiten. So entsteht die Frage, wie es denn aussehen könnte mit Büchern und sonstigen wissenschaftlichen Aktivitäten bei der heutigen Thematik „Megastädte“.

Ich wurde durch die Einladung auch an ein Produkt erinnert, das man „Allianzbuch“ nennen könnte. In jüngster Zeit gab es mehrere Untersuchungen von so genannten Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die zu einer Allianz zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik führen und wichtige Marksteine für unser Verständnis des Zusammenhangs von natürlicher Umwelt, wirtschaftlicher Entwicklung und Urbanisierung geführt haben. Und wenn ich an die Welt als Ganzes denke, so hat es bedeutende kollektive Berichte von Weltkommissionen gegeben, wie die der Brandt-Kommission, der Palme-Kommission und besonders natürlich der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (den Brundtland-Bericht) von 1987, der das Thema nachhaltige Entwicklung (*sustainable development*) auf die internationale Bühne gebracht hat.

Insofern bedaure ich es außerordentlich, dass der im Jahre 2000 erstellte Bericht der Weltkommission über städtische Entwicklung mit dem Titel „Urban 21“ ohne große Wirkung geblieben ist. Ob dies an fehlerhafter Kommunikation liegt, sollte unbedingt einmal untersucht werden. Wenn ich uns, die hier Anwesenden hier gleich mit in die Verantwortung nehmen darf: Ich bedaure, dass dieser Bericht weder gestern noch heute auch nur einmal zitiert worden ist. Das ist schon allein deswegen schade, weil einer der beiden Co-Chairs dieser Weltkommission ein Deutscher war (Ulrich Pfeiffer). In diesem Bericht ist ein Großteil der fachlichen und politischen Probleme, die bisher angesprochen wurden, aber auch ein Großteil der Lösungen, an die man denken kann, enthalten. „Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt“ - das Auswärtige Amt verdient ein Lob, dass es dieses Thema direkt oder indirekt, wissend oder zufällig aufgegriffen hat. Nun wünsche ich

mir natürlich, dass nach dieser Tagung und insbesondere aufgrund der Initiativen, die soeben angesprochen worden sind, dieses Buch wieder aus der Versenkung geholt wird. Wiedergutmachung ist angesagt.

Mein zweiter Punkt, die Urbanisierung selbst, geht in mehr oder weniger enger Korrelation mit Industrialisierung (aber auch mit Motorisierung) einher. Wo das Mehr an dieser Korrelation überwiegt, überwiegen auch die Probleme, wie ressourcenintensive Wirtschaft, umweltbelastende Gesellschaft, Raubbau an Ressourcen, Umweltbelastung und -zerstörung. Und wenn zu ungebremsten Marktkräften auch noch schlechte Politik hinzukommt, dann wird es ernst, dann gibt es Grenzüberschreitungen, dann wird Urbanisierung kritisch.

Die Umweltbelastung, von der Luftverschmutzung über die Wasserverschmutzung bis zur Humanbelastung, folgt, wenn man sie empirisch analysiert, historisch einer umgekehrten U-Form, der so genannten Environmental Kuznets Curve (EKC): Das Wirtschaftswachstum führt zu einer überproportionalen Zunahme der Umweltbelastung, bis dann, nach einem mehr oder weniger langem Zeitraum, eine Entlastung eintritt. Dies hat mit der Steigerung der Energieproduktivität zu tun, die zu einer relativen Entkoppelung von Wirtschaftswachstum (ausgedrückt im Bruttoinlandsprodukt) und Energieverbrauch führt. Eine solche Entkoppelung aber ist beim Materialverbrauch bisher nicht festgestellt worden. Der Materialverbrauch steigt, von ganz wenigen Beispielen abgesehen, weiter an. So beträgt der globale Materialaufwand des einzelnen Europäers etwa 52 t pro Kopf und Jahr, der des Deutschen rund 80 t. Ein Teil davon sind die im Ausland der Natur entnommenen Ressourcen – wir nennen das die „ökologischen Rucksäcke“ bzw. den „ökologischen Fußabdruck“. Die Konsequenz: Der durchschnittliche Deutsche liegt, was den materiellen Ressourcenverbrauch angeht, bei rund dem Zweifachen dessen, was die natürliche biologische Kapazität in Deutschland hergibt. Wir leben also auch in diesem Sinne „über unsere Verhältnisse“.

Es gilt, eine Fußnote hinzuzufügen: Dort, wo der Zugriff auf heimische Ressourcen zurückgegangen ist – vorhin wurde das Ruhrgebiet erwähnt –, kam es vielfach zu steigenden Importen: Hierauf fußt die These, dass wir es mit einer Neuform des „ökologischen Imperialismus“ zu tun haben könnten.

Nun stellt sich die Frage, ob das, was zur Korrelation von Industrialisierung und Umweltbelastung ermittelt worden ist, auch für den Zusammenhang von Urbanisierung und Umweltbelastung zutrifft. Man muss wohl sagen, dass die Beantwortung dieser Frage zu einem guten Teil noch der empirischen Forschung bedarf. Der urbane Metabolismus ist bisher nur mangelhaft erforscht worden. Folglich wissen wir nicht genug darüber, was die chronischen urbanen Stoffwechselkrankheiten, was urbane Gicht, urbanes Rheuma und urbane *Diabetes mellitus* sind. Vielleicht, hoffentlich, erbringen die neuen großen Forschungsinitiativen auch hierzu einen Beitrag.

Daneben ist aber sicherlich einiges zu der These zu sagen, dass die Stadt auf Kosten des Landes lebt, dass die urbane Kultur Macht über die rurale Kultur hat, dass die städtische Welt die nicht-städtische Welt dominiert. Da stellt sich natürlich die Frage, gibt es Alternativen? Gibt es nennenswerte markante Alternativen *zur* Urbanisierung oder zumindest Alternativen *in* der Urbanisierung?

Hier bietet die Welt wohl ein vielfältiges Bild und erfordert ein differenziertes Denken. Dort, wo der „demographische Übergang“ stattgefunden hat, kommt es zur Stagnation beziehungsweise gar zum Schrumpfen der Bevölkerung. Dies kann, muss aber nicht zum

Ende der Urbanisierung führen. Es kann sich nämlich um subtile Formen der Sub-Urbanisierung handeln, wie wir das in Berlin beispielsweise erleben. Migration vom Land in die Stadt ist, generell gesprochen, eine Funktion der gegebenen Anreizstrukturen. Insofern sind Migration und Urbanisierung auch grundsätzlich steuerbar. Der Mensch ist aber nicht nur Nutzenmaximierer, ein rationaler Akteur, der in die Stadt zieht, wenn es sich für ihn lohnt. Er ist auch (zumindest gelegentlich) ein großer Verdrängungskünstler. Die Stadt ist kurzfristig (höchst) attraktiv, weil man die langfristigen Effekte kurzfristigen Tuns (massiv) verdrängt. Viele haben solche Verdrängungsprozesse mit der Gesundheit bezahlt, andere gar mit ihrem Leben.

Nun werden Sie mich auch fragen wollen, wie sieht es denn mit der Urbanisierung insgesamt aus? Ich möchte hier und heute ganz kurz auf einen historisch einmaligen Umfang von Urbanisierung eingehen. China, das wurde schon ein paar Mal erwähnt, hat die größte urbane Bevölkerung der Welt. Im Jahre 2004 lebten dort 554,83 Millionen Menschen in 661 Städten, davon 46 besonders groß, also „Megalopolis“. Nach einer jüngsten Szenario-Betrachtung steigt die urbane Bevölkerung Chinas bis zum Jahr 2020 auf 750 Millionen an, wenn man eine Urbanisierungsrate von 0,6 % pro Jahr unterstellt, aber auf über 900 Millionen, wenn man von 1,2 % jährlich ausgeht. In absoluten Zahlen ausgedrückt: die Stadtbevölkerung Chinas wird bei der niedrigeren Rate um 13 Millionen pro Jahr zunehmen, bei der höheren Wachstumsrate aber um 22 Millionen. Das sind 4 beziehungsweise 7 zusätzliche „Berlins“ pro Jahr.

Eine internationale Task Force ist jüngst der Frage nachgegangen, ob das denn alles nachhaltig sei? Immerhin, die Task Force hält ein Wachstum von 1 %, was etwa 19 Millionen zusätzlicher Stadtbewohner entspricht, für machbar, wodurch dann die gesamte Urbanisierung Chinas im Jahr 2020 bei 57 % liegen würde. Der zentrale Engpass wird dabei aber nicht verschwiegen, meine Damen und Herren. Und dieser Engpass liegt in der Wasserversorgung. 420 von 661 chinesischen Städten haben schon jetzt Wasserprobleme, 114 davon absolute Wasserknappheit.

Zum Schluss noch ein kurzer Blick von der maximalen zur optimalen Urbanisierung. Dies ist eine alte, eine uralte Frage, auf die es wahrscheinlich keine Antwort gibt - und auch die heute hier präsentierten neuen Forschungsprojekte werden es da schwer haben. Die Annahmen, die in das Thema „optimale Urbanisierung“ eingehen, sind hoch komplex, vielfältig und vor allen Dingen auch widersprüchlich. Ganz sicherlich kann man die Urbanisierungsrate steuern – allein die Tatsache, dass zurzeit noch die Mehrheit der Chinesen auf dem Lande lebt, ist ja ein Beweis dafür. Doch es geht in Wirklichkeit und für die ganze Welt betrachtet wohl eher darum, wie man den komplexen Prozess der urbanen Transformation in eine Balance zwischen den verschiedenen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung bringt. Bei der Suche nach diesem Optimum aber scheiden sich die Geister. Je nachdem, ob man einem sektoralen Politik- und Planungsverständnis oder aber einem integrierten, holistischen Verständnis verhaftet beziehungsweise verpflichtet ist - oder, um die Griechen noch einmal zu zitieren, ob man dem *Technos* oder der *Polis* huldigt.

Es gilt zunächst, die städtischen Grundfunktionen zu erfüllen und zu sichern: Energieversorgung, Wasser, Verkehr, Wohnen. Insofern kann das Thema Nachhaltigkeit zu zentralen Indikatoren führen, an denen man in Zukunft Politik ausrichtet. Da ist beispielsweise die sektorale Möglichkeit der Verdoppelung der Energieproduktivität einer Stadt. Da ist die Möglichkeit der Halbierung des Wasserverbrauchs, der Verdoppelung des Wasserzugangs für die arme Bevölkerung. Da ist auch die Frage der Reduzierung des Verkehrsaufkommens, nicht nur der Optimierung des *modal split*. Da ist die Möglichkeit

der weiteren Verdichtung des Wohnungsbestandes, usw. In größeren Zusammenhängen zu denken gibt dann integrierten Konzepten wie der urbanen Kreislaufwirtschaft oder dem urbanen Ressourcen-Management einen besonderen Appeal. Eine grüne, umweltverträgliche Stadt mag vor allem jenen am Herzen liegen, die nie wirklich verstanden haben, was eine soziale Stadt ist oder sein soll.

Dies Alles, meine Damen und Herren, sind vor allem Entscheidungen, die mit Hilfe des Konzepts der Nachhaltigkeit strategische Qualität bekommen können. Dabei kann es um die sorgfältige Abstimmung ökonomischer, sozialer, ökologischer Aspekte der Entwicklung gehen; man ist dabei auf der Suche nach einer „neuen Harmonie“ - ein magischer Begriff. In einem sophistizierteren Ansatz kann es aber auch um die Inbeziehungsetzung eines strategischen Dreiecks gehen, um Effizienz, Suffizienz und Konsistenz.

Die Meisten, insbesondere die Erfolgreichen und die Ökonomen, favorisieren natürlich Effizienz. In der Tat, alles Mögliche an den etablierten urbanen Strukturen könnte noch effizienter werden. Dass Teilsysteme aber auch besser abgestimmt werden können, insbesondere dass industrielle und ökologische Systeme verträglicher, also konsistent werden müssten, das ist bisher im Wesentlichen nur von Experten der „Industriellen Ökologie“ thematisiert worden. Und dass die Gier des Menschen eingegrenzt werden muss, wenn Nachhaltigkeit werden soll, dass Genügsamkeit und Bescheidenheit auch in städtischen und nicht nur in ländlichen Strukturen gelten sollten, ist nur einer Minderheit bewusst – und wird nur von einer Minderheit favorisiert.

Die mit der weiteren Urbanisierung der Welt fast zwangsläufig einhergehende Verknappung wie Verteuerung natürlicher Ressourcen und der Belastung wie Zerstörung ökologischer Systeme wird aber - so denke ich - nicht nur die Effizienz befördern, sie wird auch früher oder später Konsistenz und Suffizienz zu strategischen Handlungsvariablen machen, wenn die Welt als Ganzes eine friedliche Welt sein, bleiben oder wieder werden soll. Vielen Dank für Ihre Geduld.

Diskussion

Moderator

Professor Simonis, vielen herzlichen Dank für diesen Überblick aus Ihrer langen beruflichen Erfahrung, wo sicher sehr Vieles zusammengefloßen ist. Dass Sie trotzdem nicht dazu gekommen sind, uns zu sagen, was optimale Urbanisierung ist, wird Ihre Kollegin und Kollegen rechts und links beruhigen. Das muss also weiter geklärt werden. Damit kommen wir jetzt zur Diskussion. Bitte schön.

Hilmar von Lojewski, Senatsverwaltung Berlin

Ich bin Planungspraktiker in Diensten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hier in Berlin und habe vor 15 Jahren die Gelegenheit gehabt, zwei Jahre in Nepal als Stadtplaner zu arbeiten. Meine Frage an die Wissenschaftler ist: Wie möchten Sie vermeiden, dass Sie forschungsredundant arbeiten, dass Sie das, was Sie vor 15 Jahren schon gelesen oder selbst geschrieben haben, im dritten Aufguss wieder aufarbeiten? Wie wollen Sie, einen Wissenschaftler-Tourismus vermeiden? Wie wollen Sie vermeiden, dass es Forschungsergebnisse gibt, die hier in den Bibliotheken stehen, aber deren Rezeption in den betroffenen Ländern aufgrund fehlender Forschungskoooperation Null ist? Wie wollen Sie vermeiden, dass Ihre wissenschaftlichen Partner vor Ort als Folge der Teilrezeption

Ihrer Forschungsergebnisse oftmals hanebüchene Blödsinn über ihre eigenen Länder schreiben?

Prof. Hansjürgens

Die Frage bezieht sich zum Teil auf Redundanz in der Wissenschaft. Herr Ehlers sprach von einem wissenschaftspolitischen Glücksfall. Es ist in der Tat so, dass zwischen den drei Initiativen in Teilen gemeinsame Schnittflächen bestehen, in größeren Teilen aber unterschiedliche Fragestellungen angegangen werden. Und das ist der wirkliche Glücksfall, weil das auch anders hätte sein können. Wie will man nun weitergehende Redundanz vermeiden? Man versucht sich abzustimmen. Und das ist das, was in der nationalen Initiative beabsichtigt ist. Ich möchte noch etwas sagen zu dem von Ihnen dargestellten Kontrast zwischen Wissenschaft als abgehobenem System einerseits und den drängenden Problemen vor Ort andererseits. Dieser Hinweis ist in der Tat berechtigt. Alle hier vertretenen Initiativen sind sich dessen bewusst. In allen drei Initiativen versucht man jedoch, diesen Fehler zu reduzieren, indem man die Wissenschaftler zur Kooperation mit Akteuren vor Ort verpflichtet.

Prof. Ehlers

Für das BMBF ist eine starke Einbindung von Wissenschaftlern aus den Ländern, die, ich sage jetzt mal: „beforscht werden“, vorgesehen. *Capacity building* ist eine der in die Forschungsprogramme eingebauten Forderungen, die auch die Projektnehmer einzulösen haben. In der gegenwärtigen Pilotphase finden sehr intensive Austausche und Workshops statt, sowohl in Deutschland als auch in den Ländern, in denen die Untersuchungen stattfinden.

Prof. Simonis

Zwei Antworten. Ich habe einen Kollegen, der seit geraumer Zeit nur noch Reden hält und keine Aufsätze mehr schreibt, weil er festgestellt hat, dass in seinem Fachgebiet ein Aufsatz im Schnitt nur von drei Personen gelesen wird. Ich stelle auch fest, dass wissenschaftliche Bücher, zumindest in Deutschland, eine rückgängige Konjunktur haben, dass andererseits aber das Buch „Kollaps“ von Jared Diamond auf der Bestsellerliste steht. Selbstverständlich habe ich es sofort gelesen und rezensiert. Ich wollte wissen, wo liegt das Geheimnis? Ich habe es gefunden, verrate es Ihnen aber nicht.

Ich verrate Ihnen stattdessen das Ergebnis einer mehrjährigen, großangelegten Forschungskoooperation von BMBau und BMBF zum Thema „Stadtökologie“. Es war – so meine ich - das beste Forschungsprojekt, das jemals in Deutschland gelaufen ist, kurz nach der Wende, auf Basis strikter Prinzipien: Ein Projektantrag musste von einem Projektpartner im Osten und im Westen gemeinsam eingebracht werden. Wenn der eine Theoretiker war, musste der andere Praktiker sein. Und von den Städten, die empirisch untersucht werden, musste eine im Osten und eine im Westen Deutschlands liegen. Dieses große, ca. 100 Teilnehmer umfassende Projekt hat zu zahlreichen Präsentationen und zu sechs Büchern geführt, die jetzt irgendwo in der Bibliothek verstauben. Der Beirat des Projekts, dem ich angehörte, hat damals leider nicht daran gedacht, dass man die Universitäten dazu hätte bringen müssen, das Thema „Stadtökologie“ zu ihrem Thema zu machen. Es ist an den Universitäten auf diesem Gebiet aber nichts Institutionelles passiert. Und da wir so viele Universitäten in Deutschland nicht haben, hätte man das erzwingen können. Die Öffentlichkeitswirkung von (teurer) Forschung muss man organisieren. Das kann man nicht einzelnen Wissenschaftlern überlassen.

Prof. Kraas

Ich würde drei Antworten auf die Bemerkung geben. Ich denke, wir können Redundanzen reduzieren, aber nicht vermeiden. Zweitens: Das Bewusstsein dafür, dass wir nicht allein forschen *über*, sondern vor allem forschen *mit* und forschen *für*, hat bereits bei der Programmkonzeption aller drei Programme eine ganz erhebliche Rolle gespielt. Drittens: Was für uns in unseren Wissenschaftssystemen redundant sein mag, muss nicht notgedrungenenerweise auch als Redundanz im interkulturellen Prozess des Erarbeitens empfunden werden. Gerade dann, wenn wir in Ländern des Südens arbeiten, ist ein erheblicher Teil des interkulturellen Voneinander-Lernens alles andere als redundant. Es muss neu erarbeitet werden. Es müssen neue Glossare erstellt werden, neue Begriffe für Phänomene, die wir vielfach überhaupt nicht mit unseren eigenen Schemata erfassen können. Und auch das ist ein Teil der Arbeit, bei der wir uns fragen müssen, ob wir hier eigentlich noch von Redundanzen oder wirklich von Weiterentwicklung sprechen.

Fragesteller

Mir hat eine wichtige Frage gefehlt, nämlich nach der *human security* in Megastädten. Wie funktioniert die Polizei, wie funktioniert die Gesetzgebung, wie ist der soziale Zusammenhalt, wie sehen die *crowding*-Probleme aus, usw.

Prof. Ehlers

Zunächst einmal würde ich persönlich den Begriff *human security* per se weiter fassen, denn es gehören ja auch andere Bereiche dazu, wie etwa die Überlebenseicherung, Überlebensstrategien, *empowerment*-Strategien, die Frage der *vulnerability*. Bei der Frage der Stadtentwicklung ist der Aspekt der innerstädtischen Sicherheit ein immanentes Thema, ohne dass es als explizites Eigenthema aufscheint. Und so verhält es sich auch in anderen Kontexten. *Human security* ist in manchen Projekten ein typisches Querschnittsthema, das allerdings nicht spezifisch exemplifiziert, thematisiert und in den Mittelpunkt eines Projektes gerückt ist. Es ist also eine durchgängige Fragestellung in einzelnen Projekten.

Frau Prof. Kraas

Das Wort Querschnittsthema ist gefallen. Auch im Rahmen des Schwerpunktprogramms sind Sicherheitsfragen, gerade was Informalität, aber auch Illegalität angeht, als Querschnittsthema in den Schwerpunktprogrammen mit drin. Sie sind nicht der zentrale Fokus, aber da wir uns mit Konflikten, mit Aushandlungsprozessen etc. beschäftigen, spielen sie zwangsläufig eine Rolle. Wie groß diese Rolle sein wird, das wird sich auch im Zusammenhang mit den Projektpartnern vor Ort dann entsprechend weiter herauskristallisieren. Ich würde aber gerne in diesem Zusammenhang nochmals auf etwas hindeuten, von dem wir uns meines Erachtens zumindest teil-verabschieden müssen. Und zwar von der Auffassung, dass wir meinen, wir könnten derartige Prozesse wirklich steuern. Wir sollten zunächst einmal verstehen, welche Form der Selbstorganisation hinter derartigen Fragen stehen, um uns dann Gedanken um die zentrale Frage zu machen, wie der Staat, welche seiner Organe, welche Organisationsformen hier zurückgebracht werden sollten.

Prof. Simonis

Ich würde mir wünschen, dass von dieser Veranstaltung ein neuer Impuls auf die internationale Diskussion ausgeht. Aber wir müssen sehen oder befürchten, dass diese Art der internationalen Verständigung, die so selten stattfindet, einfach nicht durchgreifend ist. Das findet höchst sporadisch statt, mit immer wieder neuen Personen. Es ist keine Kontinuität vorhanden, die neue Ideen über lange Frist hin tragfähig macht. Dafür sind wir

auch im System der Vereinten Nationen zu schlecht aufgestellt. Ich darf Ihnen gar nicht verraten, wie wenig Leute beispielsweise in Nairobi am Thema Urbanismus beziehungsweise Habitat sitzen. Das wäre allzu deprimierend am Schluss dieser so schönen und harmonischen Veranstaltung.

Moderator

Ich möchte jetzt zum Schlusswort kommen und dabei die Frage von Professor Simonis aufgreifen, wie wir für Wissenschaft und für das hier Besprochene Öffentlichkeit schaffen können. Diese Veranstaltung ist ein Versuch, Öffentlichkeit zu schaffen. Ob er gelingt, hängt von Ihnen ab. Die wahre Öffentlichkeit ist draußen und nicht nur draußen in Deutschland, sondern auch draußen in Vancouver und sonst wo. Sie haben jetzt also die Chance, das dort hinzutragen. Das ist, glaube ich, der Beginn des Schlussworts und vielleicht der wichtigste.

Der zweite Punkt ist, was wir heraustragen. Ich habe die beiden vergangenen Tage als ein enorm komplexes und reichhaltiges Zusammentragen von Ideen, Meinungen, Fakten, Wertungen und Analysen empfunden. Dafür möchte ich allen sehr herzlich danken: den Panellisten und vor allem Ihnen, die Sie an der Veranstaltung teilgenommen zugehört und mitdiskutiert haben.

Lassen Sie mich versuchen, die Ergebnisse kurz zusammenzufassen. Es wurde auffallend viel von der Zentralität der Stadtentwicklung gesprochen, für die Städte selbst, für deren Umfeld, für das gesamte Land, in dem die Stadt liegt, und für das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele. Frau Richter, Professor Herrle und Frau Professor Kraas haben allerdings auch darauf hingewiesen, dass Zentralität auch bedeuten muss, einen neuen Fokus auf das Thema Stadtentwicklung zu legen und eine neue Agenda zu setzen. Das Dritte World Urban Forum ist dafür der nächste Anlass.

Immer wieder wurde auch die Notwendigkeit integrierter, multidisziplinärer Lösungsansätze betont. Das wurde in verschiedenen Formen ausgesprochen. Zentrale Fragestellungen waren immer wieder Fragen der Governance: Welche neuen, stadt-spezifischen, an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Steuerungsmechanismen können wir finden, die die verschiedenen formalen und informalen *stakeholders* zusammenbringen, die einen Ausgleich schaffen können, die vermitteln können? Das können Mechanismen sein, die staatlich sind, para-staatlich oder informell, flexibel. Aufgabe der Außen- und Entwicklungspolitik ist es, auf solche Mechanismen einzugehen und sie zu fördern. Vom Funktionieren dieser Mechanismen hängt ab, ob Städte den Globalisierungsdruck als positives Stimulans empfinden werden oder ob sie in Marginalisierung und Verelendung getrieben werden, mit allen politischen, sozialen Sicherheitsproblemen, die damit verbunden wären.

Es wurde auch über Strategien zur nachhaltigen Entwicklung gesprochen. Auch da stand auch die Frage nach der Verbesserung von Steuerungs- und Governance-Mechanismen wieder im Vordergrund. Besonders eindrücklich betonten mehrere Panelmitglieder die Frage des *empowerment* der zivilgesellschaftlichen Akteure. Mehrfach wurde gesagt: Die Stadt kann nicht nur geplant werden, sie muss verhandelt werden. Und die Personen, die das verhandeln, die muss man eben haben und zusammenbringen. Wenn man sie noch nicht hat, dann muss man dafür sorgen, dass es sie gibt, dass sie wachsen, sich entfalten können.

Im Rahmen der Strategien wurde auch großer Wert auf Armutsreduzierung gelegt, konkreter: Arme als Akteure zu stärken. Das wurde mit Beispielen unterlegt: Mikrokredite,

Schutz vor Vertreibung, rechtliche Sicherheit. Es wurde auf dezentrale, flexible Lösungen gedrängt und natürlich die Rolle von Gebern unterstrichen, um die angestrebten Prozesse zu unterstützen, nicht nur mit Geld, sondern auch mit *capacity building*.

Ein weiterer Schwerpunkt war naturgemäß die Kooperation von Städten. Nord-Nord scheint ziemlich entwickelt, Nord-Süd und Süd-Süd in Entwicklung, in den beiden letzteren Fällen vermutlich mit etwas anderen Motiven, auch mit anderen Inhalten: nicht nur Hilfgewährung, Assistenz usw., sondern bis hin in schwierige, politische Bereiche wie *city-to-city diplomacy*. Es wurde gesagt, dass die UNO versucht, Städte als Akteure für *post-conflict peace building* zu rekrutieren. Es wurde aber auch davor gewarnt, Städtepartnerschaften oder Städte-Allianzen zu überfordern, sie also nicht in Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik zu verwickeln, bei denen selbst Staaten nicht weiterwissen. Kooperation beginnt sich nicht nur zwischen Städten, sondern auch zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Städten zu entwickeln.

Wir kommen damit zum Ende. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal denjenigen im Arbeitsstab Globale Fragen danken, die die Veranstaltung vorbereitet haben. Das waren zunächst Herr Hermann Nicolai und Frau Ulrike Ungewiß und unsere beiden Praktikantinnen, Carolin Fischer und Julia Wilink. Für wirklich guten fachlichen Rat und Input danke ich unseren Kooperationspartnern um Prof. Herrle in der Habitat Unit der Freien Universität. Dank auch der GTZ, die sich schon 2005 um das Thema verdient gemacht hat, dem Deutschen Städtetag und den hier anwesenden Bürgermeistern - stellvertretend für viele andere möchte ich die Bürgermeister von Jena und Hoyerswerda nennen - und andere Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen. Dank aber auch an die Dolmetscher und Dolmetscherinnen und an das technische Personal des Auswärtigen Amtes.

Panelistinnen und Panelisten

Articus, Dr. Stephan: Seit 1999 geschäftsführendes Präsidialmitglied und Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetags dem er seit 1992 als Beigeordneter in unterschiedlichen Positionen, als Finanzdezernent und Vertreter des Hauptgeschäftsführers und angehört. Mitglied u.a. des Verwaltungsrats und später Vorstands der Bundesanstalt für Arbeit. 1985-1989 war er zunächst Referent im Sozial- und Jugenddezernat der Stadt Münster und später Beigeordneter der Stadt Lüdenscheid als Dezernent für Soziales, Jugend und Sport. Studium der Sozialwissenschaften in Tübingen.

Boonyabanha, Somsook: Direktorin von CODI, einer Organisation des thailändischen Staates, zur Unterstützung von kommunaler Entwicklung. Generalsekretärin der Asian Coalition for Housing Rights. Mitglied in zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und internationalen Netzwerken, darunter: Generalsekretärin der Human Settlement Foundation (1987-1990), Direktorin von Urban Community Environment Development Activities (1996-2000), Beiratsmitglied der Cities Alliance, Mitglied der Taskforce on the Millenium Development Target 11, Mitglied der UN Habitat Advisory Group on Forced Eviction. Studium der Architektur in Bangkok und Kopenhagen (1977-1988).

Dieckmann, Bärbel: Seit 1994 Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn. Vorstandsmitglied der SPD. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte sind u.a. Jugend- und Familienpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, kommunale Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und neue Form der Städtepartnerschaften auf der Basis konkreter kommunaler Aufgabefelder. Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel, gegründet aus Anlass der 11. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention. Exekutivpräsidentin des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)..Studium der Philosophie, Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität Bonn.

Dill, Dr. Günter W.: Leiter der Außenstelle Bukarest der Konrad Adenauer Stiftung (KAS). Von 1979-1980 Leiter eines Planungsteams bei der Stadtverwaltung Offenbach. 1980-1985 Wiss. Mitarbeiter/geschäftsführender Assistent am Institut für Politikwissenschaft/Lateinamerika-Lehrstuhl der Universität Mainz. 1980-1993 Lehrauftrag für Politikwissenschaft an der Universität Mainz. 1986-1992 stellvertretender Leiter des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad Adenauer Stiftung (KAS). 1995-1998 Leiter der Hauptabteilung Kommunalwissenschaft der KAS. Dort seit 1998 Koordinator Internationale Verwaltungs- und Kommunalberatung, Internationale Zusammenarbeit der KAS. Studium der Romanistik, Geschichte, Sozialwissenschaften und Philosophie an der Universität Frankfurt.

Ehlers, Prof. Dr. Eckhart: Professor für Geographie an den Universitäten Gießen, Marburg und Bonn. Zahlreiche Auslandsaufenthalte und Gastprofessuren in Kanada,USA, Iran u.a.O. . Hauptarbeitsgebiete sind ländliche und urbane Entwicklungen in Entwicklungsländern (insb. islamischer Orient) und sozialwissenschaftliche Dimensionen des Globalen Umweltwandels. 1992-2000 Generalsekretär der International Geographical Union (IGU),1996-2002 Vorsitzender des Scientific Committee des International Human Dimensions Programme on Global Change (IHDP), 1997-2003 Vorsitzender des Nationalen Komitees für Global Change Forschung der Bundesrepublik Deutschland. Promotion (1965) und Habilitation (1970) in Geographie an der Universität Tübingen.

Gateau, Elisabeth: Generalsekretärin von United Cities and Local Governments (UCLG), dem größten internationalen Verband von.

Städten und Kommunen. Zuvor war Elisabeth Gateau als Generalsekretärin des Council of European Municipalities and Regions (CEMR), der europäischen Sektion von UCLG tätig. Als Generalsekretärin von UCLG legt Frau Gateau besonderen Akzent auf die Stärkung von Rolle und Einfluss lokaler Regierungen im Rahmen der Global Governance und den Beitrag von UCLG zu effektiver, innovativer, und bürgernaher Kommunal- und Stadtverwaltung. Elisabeth Gateaus Engagement für regionale und lokale Politik wurde im Juli 2004 mit dem Emperor Maximilian Prize ausgezeichnet.

Hansjürgens, Prof. Dr. Bernd: Sprecher des Programms „Nachhaltige Nutzung von Landschaften“ der Helmholtz-Gemeinschaft. Koordiniert in dieser Funktion die Forschungsinitiative „Risk Habitat Megacity“. Professor für Volkswirtschaftslehre und Umweltökonomik an der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg. Leiter der Abteilung Ökonomie am Umweltforschungszentrum (UFZ) Leipzig-Halle in der Helmholtz-Gemeinschaft. Nach Studium, Promotion und Habilitation in Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg 1995-1996 Tätigkeit an der George Mason Universität in Fairfax/Virginia und von 1998-1999 am Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld. Schwerpunkt auf Analyse von Instrumenten der Umweltpolitik, Governance-Prozessen und Mehr-Ebenen-Problemen mit Hilfe der Neuen Institutionenökonomik.

Herrle, Prof. Dr. Peter: Professor für Architektur und Stadtentwicklung, Leiter der Habitat-Unit an der TU Berlin. Seit 2002: beratender Professor an der Tongji University in Shanghai, China. Studium der Soziologie und Stadtplanung. Forschungsgebiet: Urbane und soziale und Entwicklungsfragen mit Schwerpunkt auf informellen Siedlungen, informeller Wirtschaft, Wohnungswesen, local governance und Stadterhaltung. Darüber hinaus Tätigkeit als Berater internationaler Entwicklungsorganisationen und NGOs in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Latein Amerikas. An der TU Berlin hat er vor kurzem ein neues Master Programm für urbanes Management eingerichtet, das sich v.a. mit den speziellen Bedingungen in Entwicklungs- und Transitionsstaaten beschäftigt.

Hoffmann, Bernd: Leiter der Abteilung „Staat und Demokratie“ der GTZ, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit., Inhaltliche Schwerpunkte: Governance, Stadtentwicklung, Dezentralisierung und Regionalisierung, sowie internationale Zusammenarbeit bei Konflikten und Katastrophen. Mitglied im Vorstand Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV), Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts, Conflict Prevention and Post-Conflict Reconstruction Network (CPR). Bernd Hoffmann ist Beauftragter der GTZ für die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und erfüllt Lehraufträge an der Universität Bochum und dem EIUC (European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation) in Venedig. Bernd Hoffmann hat Rechtswissenschaften studiert.

Konukiewitz, Dr. Manfred: Leiter des Referats „Wasser, Energie und Stadtentwicklung“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.(BMZ). Gründungsmitglied der „Cities Alliance“. Zunächst (1984) Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Dort Leiter des Grundsatzreferats Städtebau und Koordinator des deutschen Beitrags für die 2. UN-Konferenz über menschliche Siedlungen (Habitat II), Istanbul 1996. 1996-1998 Vorsitzender des OECD-Ausschusses für städtische Angelegenheiten. 1999 Eintritt in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,“. Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der Freien Universität Berlin und Indiana University, USA.

Kraas, Prof. Dr. Frauke: Professorin für Anthropogeographie, Geographisches Institut der Universität Köln. Sprecherin des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungs-

gemeinschaft (DFG) zum Thema „Megastädte: Informelle Dynamik des Globalen Wandels“. Vorsitzende der MegaCity Task Force der International Geographical Union (IGU), Mitglied des Executive Scientific Steering Committee (SSC) des International Human Dimensions Programme (IHDP) core project „Urbanization and Global Environmental Change“. Studium der Geographie, Biologie, Ethnologie, Philosophie in Bochum und Münster. 1991-1996 Promotion und Habilitation in Geographie an der Universität Münster.

Léautier, Dr. Frannie A.: Vizepräsidentin und in dieser Funktion Leiterin des World Bank Institute, des Forschungsinstituts der Weltbank. Stabschefin des Präsidenten der Weltbank. Vorher leitende Tätigkeit in der Abteilung für Infrastruktur. Bevor sie 1992 der Weltbank beitrug, lehrte Dr. Léautier am Center for Construction Research and Education und dem Department of Urban Planning des MIT, an dem sie auch studiert hat. Mitherausgeberin des *Journal of Infrastructure Systems*

Meerpohl, Gregor: Koordinator der Fachgruppe für städtische Entwicklung von MISEREOR mit Arbeitsschwerpunkten städtische Armutsbekämpfung, Aufbau von Organisationsformen der städtischen Armen und deren Vernetzung (national, regional und international), Lobbyarbeit bei und Entwicklung von Alternativen zu Vertreibung aus städtischer Behausung, Aufbau von selbstverwalteten Kredit- und Entwicklungsfonds für städtische Arme, Förderung des Süd-Süd-Dialogs, Begleitung von entwicklungsorientierten Wiederaufbauprogrammen nach Katastrophen. Studium der Architektur, sowie Stadt und Regionalplanung in Aachen.

Mkhatshwa, Father Smangaliso: Präsident von United Cities and Local Governments (UCLG) Afrika und der African Union of Local Authorities. 2000 bis 2005 Bürgermeister von Pretoria und der Tshwane Metropolitan Municipality. 1994 im Rahmen der ersten demokratischen Wahlen Abgeordneter des African National Congress (ANC) im Nationalparlament und 1996-2000 Kulturminister. Studium der katholischen Theologie in Kwazulu Natal, Pretoria (1960-1965), und Leuven/Belgien. 1965 Weihe zum katholischen Priester.

Oqubay, Arkebe: Bürgermeister von Addis Abeba, Staatsminister für Öffentliche Arbeiten und Stadtentwicklung von Äthiopien und Vorstandsmitglied der Regierungspartei, Peoples Revolutionary Democratic Front (EPRDF). Vorher war er Vizepräsident des Bundesstaates Tigray und Offizier der äthiopischen Befreiungsarmee. Staatsminister Arkebe Oqubay sieht bei seiner Arbeit als Bürgermeister Fragen von Good Governance, integrativer, gemeinschaftsbasierter Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen als vordringlich an. Als Bürgermeister setzt er sich außerdem dafür ein, Addis Abeba als Sitz der Afrikanischen Union und der afrikanischen Wirtschaftskommission zu stärken. Studium der Internationalen Beziehungen in Amsterdam, anschließend MBA in Großbritannien.

Patel, Sheela: Seit 1984 Gründerin und Präsidentin der Society for the Promotion of Area Resource Centres (SPARC), Mumbai. Studium am Tata Institute of Social Science von 1972-1974 in Mumbai. 1974-1984 Beschäftigung als Jugendberaterin und stellvertretende Direktorin im Nagpada Neighbourhood House, einem Gemeindezentrum in Mumbai. Mitglied im Beirat von Cities Alliance, im WHO Ausschuss für soziale Determinanten von Gesundheit und zahlreichen anderen nationalen und internationalen Organisationen.

Richter, Cornelia: Leiterin des Bereichs Planung und Entwicklung der GTZ. 1979-1980 Postgraduiertenausbildung am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin. 1980-1982 Referentin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Referat Planung und

Forschung. 1983-1984 Tätigkeiten als Referentin im Referat UNCTAD / GATT / UNIDO mit Teilnahme an UNCTAD-, GATT- und UNIDO-Konferenzen. 1984-1989 Tätigkeit für die GTZ als Regierungsberaterin im Wirtschafts- und Planungsministerium in Lesotho und 1989-1996 Leitung der Südasiendelegation und 1996-2001 des Asienbereichs in der GTZ. Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen.

Simonis, Prof. Dr. Udo Ernst: Mitglied des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB, dort 1988-2004 Forschungsprofessor für Umweltpolitik. 1973-88 Professor für Ökonomie an der Technischen Universität Berlin. 1981-1987 Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG), Berlin. 1967-1969 Berater des Präsidenten von Zambia. Mitglied des Committee for Development Planning der Vereinten Nationen (1988-1993). Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 1992-1996). Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW, 1997-1999). 1998 Umweltpreis Wissenschaft des Bundesdeutschen Arbeitskreises Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.). Seit 1999 Mitglied des Committee for Development Policy (CDP) der Vereinten Nationen. Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Mainz, Wien und Freiburg.

Töpfer, Prof. Klaus: Bis 31. März 2006 Exekutivdirektor des United Nations Environment Programme (UNEP). 1998-2000 geschäftsführender Exekutivdirektor des Siedlungsprogramms der Vereinten Nationen UN-Habitat. Als Mitglied der CDU 1987-1994 Bundesumweltminister und 1994-1998 Bundesbauminister. Davor Lehrtätigkeiten an den Universitäten von Münster und Hannover und mehrere Ministerämter in der Landesregierung von Rheinland-Pfalz.

Witschel, Dr. Georg: Beauftragter für internationale Terrorismusbekämpfung und -prävention im Auswärtigen Amt und bis Anfang 2006 Beauftragter für die Partnerschaftsinitiative zwischen deutschen und von der Tsunami-Katastrophe betroffenen Kommunen. Vorher Tätigkeiten im Auswärtigen Dienst in Slowenien, im Völkerrechtsreferat des AA, als politischer Referent an der deutschen Botschaft in Tel Aviv, als stellv. Leiter der Politischen Abteilung und Rechtsberater der ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York, im Bundeskanzleramt und als Leiter des Referats für Grundsatzfragen der Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat. Studium und Promotion in Rechtswissenschaften an der Universität Erlangen.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Abate, Tesfaye	Botschaft von Äthiopien
Abdelrahim, Anas	freischaffender Künstler
Aderhold, Eltje	Bündnis90/Die Grünen
Aehnelt, Reinhard	IFS Berlin
Affandi, Eva	Humboldt Universität
Affandi, Julius	Humboldt Universität
Albers, Karin	Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
Albertshauser, Ulrich	VDI Technologiezentrum GmbH
Alem G. Giorgis, Selamawit	TU Berlin
Alfonso, Sandra Patricia	Institut für Tropentechnologie
Altenberg, Joeran	
Altmann, Matthias	Universität Erfurt
Altrock, Uwe	Universität Kassel
Andersson, Judith Antonie	FU Berlin
Andraschko, Kay	DED
Angenendt, Dr. Steffen	DGAP
Angovi, Zainab	Embassy of Tanzania
Arndt, Dipl.-Ing. Wulf-Holger	TU Berlin
Arora, Prof. Dr. Dayanand	FHTW Berlin
Atlasbaf, Hamidreza	TU Berlin
Bähr, Barbara	Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
Balla, Tina	dropping knowledge e.V.
Bannach, Stefan	Initiative Südliches Afrika
Banse, Gerhard	Forschungszentrum Karlsruhe
Banse, Stephan	TU Berlin
Bär, Monika	Siemens AG
Barriga Larrain, Enrique	Botschaft Chile
Barthel, Jessica	Alfred Herrhausen Gesellschaft, Deutsche Bank
Bartscher, Ursula	Statistikamt Nord
Basteck, Dipl.-Ing. Timo	Universität Dortmund
Bei, Xiaoxu	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
Belitz, Steffen	HU Berlin
Berten, Prof. Dipl.-Ing. Peter	TU Berlin
Bertrams, Christoph	Forum Goethe-Institut
Bertuzzo, Elisa	TU Berlin
Blenk, Susanne	
Böker, Marion	Unabhängige Expertin für Frauen/Menschenrechte
Bose, Dr. Michael	Hafencity Universität Hamburg
Bothmer-Schlegtendal, Stephen von	GTZ
Brähmig, Horst-Dieter	Oberbürgermeister Hoyerswerda
Brähmig, Jochen	KfW
Breuer, Peter	DED
Bröckelmann-Simon, Dr. Martin	Misereor
Brugger, Veronika	Bund Deutscher Architekten
Cai, Lin	TU Berlin
Calließ, Jörg	Evangelische Akademie Loccum
Cassens, Hans-Jürgen	GTZ
Chang, Mandy	TU Berlin
Chennameni, Ramesh	HU Berlin

Chernopyatova, Nadya	Auswärtiges Amt
Chowdhury, Mohammad Hamidul Islam	TU Berlin
Conze, Peter	GTZ
Decker, Dr. Claudia	DGAP
Deil, Franziska	Deutscher Bundestag
Demel, Robert	delem architekten
Detering, Sven	Welthaus Bielefeld
Dick, Eva	Universität Dortmund
Dienel, Dr. Hans-Luidger	TU Berlin
Dierich, Axel	TU Berlin
Dieter, Heribert	SWP
Dilger, Ulrich	HfWU-Nürtingen
Dittrich, Denise	babelconsult
Dominik, Wilhelm	TU Berlin
Dömpke, Stephan	People and Nature
Dornig, Swen	SWP
Drüge, Lutz	Verband Deutsche Zeitschriftenverleger
Ebert-Groth, Claudia	WWF-Deutschland
Echtermeyer, Lyn-Cathrin	FU Berlin
Eichinger, Prof. Joachim	Münchner Stadtentwässerung
Elshorst, Hansjörg	Transparency
Eltrop, D. Ludger	IER Universität Stuttgart
Embola, Martin	TU Berlin
Emmenthal, Dipl.-Ing. Wolfgang	
Erge, Worku	Botschaft von Äthiopien
Faigle, Dr. Volker	EKD
Fallenstein, Julia	Deutscher Orchesterverein
Fellmer, Bettina	GTZ
Frank, Daphne	TU Darmstadt
Freiherr von Richthofen, Dr. Hermann	Botschafter a D
Frick, Dipl.-Ing. Matthias	TU Berlin
Friese, Carolin	berlinopolis e.V.
Fritsch-Oppermann, Dr. Sybille	Internationaler Rat der Juden und Christen
Fröhlich, Uwe	Stadtverwaltung Ludwigshafen
Fuhrmann-Mittlmeier, Dr. Doris	
Funk, Gabriele	Auswärtiges Amt
Funke-Bartz, Michael	InWEnt
Funke, Aloys	Pax Christi
Gallep, Bernd	Auswärtiges Amt
Garlichs, Dietrich	UNICEF
Gildemeister, Dipl.-Ing. René	TU Berlin
Glaser, Andrea	ADT
Gleichmann, Iris	Büro für Umweltplanung und Stadtentwicklung
Gloede, Oliver	BMF
Göbel, Dr. Barbara	Ibero-Amerikanisches Institut
Golka, Theresa	TU Berlin
Graetz, Manuela	TU Berlin
Gregorio, Rhoda Lynn	InWEnt
Grimmer, Sascha	Universität Basel
Grund, Dr. Sabine	SID-Chapter
Ha, Noa Kerstin	TU Berlin

Haarhoff, Heike	taz
Hackenberg, Klaus-Peter	Architekt
Haferburg, Christoph	Universität Hamburg
Hahn, Dr. Gerhard	BMBF
Haltermann, Ingo	SEF
Hagenguth, Gisela	Bündnis90/Die Grünen
Hallaschka, Stefanie	Auswärtiges Amt
Hamann, Bettina	TU Berlin
Hansen, Prof. Dr. Peter-Diedrich	TU Berlin
Hansjürgens, Prof. Dr. Bernd	UPZ
Hartnagel, Berend	Global Partnership Hannover
Haun, Galene	TU Berlin
Haupt, Stefan	Auswärtiges Amt
Hedrich, Klaus-Jürgen	
Heinrichs, Dr. Dirk	Umweltforschungszentrum Leipzig
Heinz, Werner	Deutsches Institut für Urbanistik
Heintze, Hans-Joachim	Ruhr Universität
Heitele, Bernhard	TU Cottbus
Heller, Wolfgang	ILO
Hemingway, Bernd	International Organisation for Migration
Herding, Maruta	Auswärtiges Amt
Herm, Paula	Menschenrechtszentrum, Universität Potsdam
Herrmann, Ulrike	Freie Planungsgruppe Berlin GmbH
Herterich, Frank	Auswärtiges Amt
Hill, Dipl.-Ing. Alexandra	Universität Dortmund
Hoang, Kim Thien	Vietnam Haus Berlin e.V.
Hoang, My Lam	Vietnam Haus Berlin e.V.
Hofmann, Hans-Peter	Auswärtiges Amt
Hohmann, Rene Peter	GTZ
Hohmann, Anna	WWU Münster
Holder-Koob, Elisabeth	Senatsverwaltung
Holz, Johannes	missio
Hoelzl, Corinna	
Huber, Isabel	KfW Entwicklungsbank
Huber, Monika	EED
Hülsmann, Wulf	Umweltbundesamt
Husar, Arnd	Universität Dortmund
Ikawa, Florah	TU Berlin
Isermeyer, Mareike	Jeutter-Consulting
Jacobsen, Dr. Ingrid	Universität Dortmund
Jachnow, Alexander	TU Berlin
Jain, Dr. Angela	Nexus Institut
Jarczyński, Lutz	Universität Dortmund
Jensen, Dr. Heike	Terre des Femmes
Jervis, Edward	Global City Forum
Jürgensen, Eila	Auswärtiges Amt
Kampffmeyer, Nele	
Keiner, Dr. Marco	ETH Zürich
Kelch, Kathlen	TU Berlin
Keller, Rudolf	The Press Office
Kennel, Corinna	BTU Cottbus

Kern, Ben	Büro für Umweltplanung und Stadtentwicklung
Kießig, Antje	TU Berlin
Kimmerle, Bruck M.	office for press, pr, new media
Kiderlen, Elisabeth	"Böll. Thema"
Klaus, Dr. Manfred	Deutscher Bundestag
Knoll, Michael	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Koch-Kraft, Dr. Andrea	DLR
Köfner, Gottfried	UNHCR
Koob, Eberhard	DED
Koppe, Rolf	Kirchenamt der EKD
Köppe Friederike	
Korff, Prof. Dr. Rüdiger	Universität Passau
Kortmann, Richard	KfW
Kotte, Marius	
Kracht, Matthias	FU Berlin
Krafft, Dr. Thomas	Nationales Komitee für Global Change Forschung
Krämer, Sascha	Deutscher Bundestag
Krause, Rolf Friedrich	Auswärtiges Amt
Krause, Wencke	DLR
Krischonewski, Dirk	dotBerlin
Krön, Gudrun	Auswärtiges Amt
Krück, Carsten	VDI
Kruse, Dr. Renate	Consultant
Kuczkowski, Kester von	TU Berlin
Kühl, Astrid	InWEnt
Kühnhenrich, Helga	
Kull, Dr. Heinz	Beratender Ingenieur
Lacker, Sabine	THW
Läger, Sabine	Agentur für Planung, Entwicklung und Communication
Lakenbrink, Simone	Universität Dortmund
Lambert, Wiebke	
Lampe, Dr. Otto	Senat Berlin
Landeros, Jan	TU Berlin
Lang, Volker	Auswärtiges Amt
Lange, Bastian	
Lange, Marianne	Langepress
Lechner, Nadine	
Lehn, Dr. Helmut	Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse
Lemke, Frank	Deutsche Welle
León, Christian	Universität Stuttgart
Ley, Astrid	TU Berlin
Liesegang, Christina	BTU Cottbus
Limberg, Margarete	DeutschlandRadio
Lindner, Dipl.-Ing. Christian	Universität Dortmund
Lojewski, Hilmar von	Senatsverwaltung Berlin
Lubenau, Peter	Stadt Ludwigshafen
Magnis, Michael Graf von	Bundeswehr
Mahmood, Dr. Dr. Talat	Wissenschaftszentrum Berlin
Mahrad, Asad	TU Berlin
Martin, Prof. Volker	BTU Cottbus

Mathes, Guido	Akademie der Bundeswehr für Information u.
Kommunikation	
Mayr, Anna Kristina	Stiftung Nord-Süd Brücken
Meier, Dominik	miller und meier consulting
Meinert, Günter	GTZ
Mekonnen, Demissie, Abel	TU Berlin
Mena, Jessica	mundo latino tv
Mercker, Hinrich	InWEnt
Meyer, Marisol	mundo latino tv
Meyer-Ohlendorf, Nils	Ecologic
Meyer zu Schwabedissen, Almut	
Michel, Dr. Harald	IFAD Berlin
Milzkott, Rainer	UrbanPR
Miyazaki, Shintaro	Universität Basel
Mocker, Anja	AgEnt e.V.
Möhlendick, Dr. Barbara	Stadt Köln
Mohr, Philipp	Hüttig+Rompf AG Immobilienfinanzierer
Morawetz, Prof. Dr. Wilfried	Universität Leipzig
Moser, Wolfgang	Auswärtiges Amt
Moss, Timothy	IRS Institut
Mühleck Maren	DED
Müller, André	BMVBS
Müller, Dipl.-Ing. Julia	Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau
Münch, Dipl.-Ing. Barbara	TU Berlin
Müller, Joachim	InWEnt
Müller, Oliver	Auswärtiges Amt
Nebel, Dr. Sonja	TU Berlin
Nehren, Udo	Institut für Tropentechnologie
Netzband, Dr. Maik	Umweltforschungszentrum
Nguyen, Dinh Tam	Vietnam Haus Berlin
Nitsch, Prof. Dr. Manfred	FU Berlin
Nneka, Sina	
Noebel, Thomas	Bundesingenieurkammer
Nordmeyer, Karin	UNIFEM
Nunez von Voigt, Tamara	inter3
O'Connell, Patrick	Deutscher Bundestag
Oeser, Jana	Auswärtiges Amt
Ohlmer, Katrin	dotBerlin
Oswalt, Philipp	shrinking cities
Ouan, Nina Narith	InWEnt
Paeßens, David	Menschenrechtszentrum, Universität Potsdam
Paitzies, Daniela	Konrad Adenauer Stiftung
Paproth, Lutz	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Patschull, Christine	Hipsy gGmbH
Paul-Weber, Prof. Elke	TU Berlin
Petri, Thilo	TÜV Rheinland
Poczka, Cornelia	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Pomar, Dr. Ana María	Botschaft der Republik Peru
Poulet, Wolf E.	Consultant Internationale Sicherheitspolitik
Pravda, Hans	Society for international Development
Ramalho, Dr. Luiz	InWEnt

Rathjen Elisabeth	
Reik, Peter	Auswärtiges Amt
Reulens-Bufacchi, Simon	
Reuscher, Katrin	Universität Dortmund
Röhlinger, Peter	Stadtverwaltung Jena
Rolffs, Lina	
Ronald, Eckart	BTU Cottbus
Roskamm, Nikolai	TU Berlin
Roth, Michèle	Stiftung Entwicklung und Frieden
Rothfuß, Rainer	Landeshauptstadt Stuttgart
Ruhenstroth, Natascha	Auswärtiges Amt
Ruth, Petra	GTZ
Rüttinger, Lukas	GTZ
Safi-Schöppe, Nermin	Architektin
Salomons, Machiel	UNHCR
Sanders, Janina	Deutscher Bundestag
Sandholz, Simone	Institut für Tropentechnologie
Sarkard, Dr. Dipankar	Embassy of India
Schäfer, Tanja	Planung Transport Verkehr
Schild, Hans	Transfer International
Schindler, Gabriele	Bundesarchitekturkammer
Schipper, Martin	Solinno
Schmidt, Oliver	Center For Metropolitan Studies
Schmidt-Eichstaedt, Gerd	TU Berlin
Schmiedchen, Frank	BMZ
Schmithals, Jenny	nexus-Institut
Scholz, Wolfgang	Universität Dortmund
Scholz, Carola	TU Berlin
Schöneberg, Dr. Regine	GTZ
Schreiber, Wolfgang	Universität Hamburg
Schreiner, Martin	Princeton University
Schroeder, Christoph	BPB
Schrötter, Dr. Hans Jörg	BPA
Schultheis, Andrea	AT-Verband
Schulz, Angelika	Institut für Verkehrsforschung
Schulz, Carl-Georg	Schulz+Schulz Büro für Architektur
Schulz, Stefanie	Schulz+Schulz Büro für Architektur
Schuster, Marina	Auswärtiger Ausschuss
Schwaigel, Dr. Bärbel	Institut für Energieforschung
Schwalfenberg, Claudia	Bundesarchitekturkammer
Schwencke, Prof. Dr. Olaf	Deutsche Vereinigung für kulturelle Zusammenarbeit
Schwinger, Peter	London School of Economics
Seelig, Sebastian	TU Berlin
Selter, Marie Charlotte	TU Berlin
Sens, Birgit	Universität Jena
Shah, Tarik	meier und miller
Simon, Carola	
Singh, Eric	Freelancer
Smaczny, Winfried	Ministerium f Wissenschaft, Forschung u Kultur des Landes Brandenburg
Steinbach, Dieter	AT-verband

Stellmacher, Florian	TU Berlin
Stemmler, Dr. Susanne	Center for Metropolitan Studies
Stephan-Henze, Juliane	freie Journalistin
Sterly, Harald	HU Berlin
Stierle, Dr. Wolfram	BMZ
Storch, Dr. Harry	BTU Cottbus
Strasser Cosima	FU Berlin
Strübel, Prof. Dr. Michael	Universität Erfurt
Stubner, Heiko	Deutscher Bundestag
Sussner, Katja	Center For Metropolitan Studies
Szubert, Mikolai	TU Berlin
Thamm, Alexander	Politikberatung
Taube, Dr. Günther	InWEnt
Tinkl, Susanne	UN
Tomuschat, Christian	Humboldt Universität
Utz, Judith	Böll Stiftung
Vehstedt, Astrid	Kultur
Visbeck, Brigitte	Universität Osnabrück
Vogt, Martin	VDBIO
Vogt, Helwig	
Vorholz, Mirtha	mundo latino tv
Voß, Katharina	Redaktionsbüro für Umwelt und Gesundheit
Voß, Dr. Hans	Verband für internationale Politik
Walch, Regine	Böll Stiftung
Waller, Prof. Peter	SID
Welter, Thomas	Bundesarchitektenkammer
Wenzel, Michael	KfW
Wepler, Nina	DSW
Werner, Anna-Maria	Botschaft der Republik Bulgarien
Werz, Prof. Dr. Nikolaus	Universität Rostock
Weth, Burkard	Auswärtiges Amt
Wiebel, Esther	Universität Hamburg, Institut für Geographie
Wiemers, Matthias	Rechtsanwalt
Wierheim, Arndt	Auswärtiges Amt
Wiese von Ofen, Dr. Irene	IFHP
Zehner, Carsten	IRS
Zeit, Dr. Gottfried	Büro des Bundespräsidenten a.D. Dr. Richard
v.Weizsäcker	
Zentel Karl-Otto	Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge
Zierock, Henning	Gesellschaft Kultur des Friedens
Zillich, Prof. Klaus	TU Berlin
Zimmermann, Claudia	Urban PR
Zimmermann von Siefert, Victoria	Bundeskanzleramt

Das Forum Globale Fragen

Das **Forum Globale Fragen**, 1999 vom Auswärtigen Amt im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen, befasst sich mit einem breiten Spektrum globaler Herausforderungen und führt staatliche und nichtstaatliche Akteure der internationalen Politik zu einem Meinungsaustausch zusammen.

1. 28.-29.04.1999 Globalisierung - Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik
2. 06.-07.10.1999 6 Milliarden Menschen - Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung
3. 08.-09.05.2000 Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft
4. 24./25.10.2000 Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel
5. 25.-26.06.2001 Neue globale Partnerschaften
6. 15.-16.10.2001 Globalisierung und Kommunikation
7. 16.-17.05.2002 Dialog der Kulturen
8. 20.-21.02.2003 Außenpolitik in Echtzeit? Die Medialisierung der Weltpolitik
9. 11.-12.12.2003 "Fest entschlossen, unsere Kräfte zu vereinen..." - Die VN als Motor globaler Strukturpolitik
10. 24.-25.06.2004 Kein Frieden ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Frieden - Sicherheitspolitik zwischen Militäreinsatz und Entwicklungshilfe
11. 19.04.2005 Global Players - Fußball, Globalisierung und Außenpolitik
12. 02.-03.06.2005 Welt ohne Grenzen? Globalisierung und Migration
13. 06.-07.04.2006 Die Welt als Stadt, die Stadt in der Welt – Globalisierung, Urbanisierung und Internationale Politik
14. 08.-09.09.2006 Völkerrecht im Wandel

In der seit 2003 laufenden Veranstaltungsreihe **Forum Globale Fragen – kompakt**, (jeweils eine Podiumsveranstaltung statt bis zu vier im Forum Globale Fragen) fanden bisher fünf Veranstaltungen statt:

1. 09.09.2003 Der Global Compact: *public responsibility* oder *public relations* ?
2. 20.09.2004 Eine Weltumweltorganisation: Ökokratie oder Motor globaler Umweltpolitik ?
3. 27.10.2004 Frieden braucht Frauen – Sicherheitspolitik braucht Geschlechterperspektive !
4. 16.02.2005 Vielfalt statt Einfalt – Muss die Kultur vor der Globalisierung geschützt werden ?
5. 20.10.2005 Stehen wir auf der Leitung? Wasserpolitik nach dem UN-Gipfel 2005.
6. 22.06.2006 Zukunftsforschung und Politik

Liste und Dokumentation bisheriger Veranstaltungen finden sich unter

www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/GlobaleHerausforderungen/ForumGF/Uebersicht.html

Sie können auch in Broschürenform bestellt werden bei

broschuerenstelle@auswaertiges-amt.de oder
Tel: 030 – 5000 4990
Fax: 030 – 5000 54990

Veranstalter: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen
Leiter: Christian Much
Sekretariat: Ulrike Ungewiß
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel: 030 – 5000 1923
gf09-s@diplo.de